Montag, 14. Januar 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 11 - 3.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,80 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Rüstung: US-Verteidigungsminister Weinberger hat den Verteidigungsexperten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Todenhöfer, wissen lassen, daß er eine deutsche Beteiligung am Forschungsprogramm für die Strategische Verteidigungsinitiative für wünschenswert hält. (S. 8)

Flüchtlinge: Ein Asylantrag zweier „DDR"-Seeleute, die von ihrem *Fischereischiff* geflüchtet waren, ist von Südafrika abgelehnt worden. Die beiden reisten daraufhin in die Bundesrepublik.

Pakistan: Die ersten Parlamentswahlen seit dem Militärputsch 1977 sind für den 25. Februar angesetzt worden. Politische Parteien werden nicht zugelassen, öffentliche Wahlkundgebungen sind verboten.

Rekordhilfe: Der US-Geheimdienst CIA will den afghanischen Widerstand im diesem Rechnungsjahr *mit 250 Millionen* Dollar unterstützen, meldet die „Washington Post". Dies sei mehr als 80 Prozent des CIA-Budgets für geheime Operationen.

KPdSU-Kongreß: Der 27. Parteitag der KPdSU soll vorgezogen und schon im vierten Quartal 1985 einberufen werden. Die Gründe sind nicht bekannt. Nach der Satzung wäre der Parteitag im Frühjahr 1986 fällig. (S. 5)

Technologieexporte: Das US-Verteidigungsministerium hat aufgrund einer neuen Kontrollregelung künftig die Möglichkeit, den Export von Spitzentechnologie in bestimmte nichtkommunistische Länder zu blockieren, um der möglichen Weitergabe an die UdSSR vorzubeugen. (S. 8)

Attentat: Der Presseattaché der libyschen Botschaft in Rom, Farag Omar Mchyun, ist gestern auf offener Straße erschossen worden. Er hatte zuvor mehrere Drohanrufe erhalten. Anfang 1984 war Botschafter Ammar El Taggasi einem Anschlag zum Opfer gefallen.

Brasilien: Nach 21 Jahren Militärherrschaft wird morgen wieder ein ziviler Präsident gewählt. Favorit ist der Kandidat der Brasilianischen Demokratischen Bewegung, Tancredo Neves. (S. 5)

ZITAT DES TAGES



» Wenn die Politik die richtigen Zeichen setzt, berufliche Leistungen, Ideenreichtum und Risikobereitschaft anerkannt werden, dann stehen wir am Anfang einer längeren Periode der wirtschaftlichen Dynamik und des Aufschwungs «

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg in „Bild am Sonntag" FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Agrarmarkt: Die EG-Agrarminister stehen vor unpopulären Entscheidungen. Aufgrund der leeren Kassen muß die Markt- und Preisstützung weiter eingeschränkt werden. (S. 9)

Handwerk: Anders als in früheren Jahren konnte das Handwerk 1984 mit der allgemeinen Aufwärtsentwicklung der Wirtschaft nicht Schritt halten. Der Umsatz stieg real um lediglich zwei Prozent. (S. 9)

Pfund-Kurs: London ist entschlossen, den Kursverfall des Pfunds weder durch administrative Maßnahmen noch durch Verkäufe von Währungsreserven zu beeinflussen. Offenbar hat man sich auf eine Pfund-Dollar-Parität von eins zu eins eingestellt. (S. 9)

Übernahme: Die Volkswagen AG will in Kürze 51 Prozent des Aktienkapitals der staatlichen Seat-Autowerke in Spanien übernehmen. (S. 9)

KULTUR

Bach: In der Jacobikirche im holländischen Utrecht sind erstmals die neuentdeckten Choralvorspiele Johann Sebastian Bachs aufgeführt worden. Sollte es noch Zweifel an der Echtheit dieser Bach-Funde gegeben haben, die Aufführung in Utrecht dürfte sie ein für allemal beseitigt haben. (S. 13)

Hemingway: Ein bislang nicht vollständig veröffentlichtes Werk des amerikanischen Dichters soll im März in den USA auf den Markt kommen. „The dangerous Summer", von Hemingway im Auftrag der Zeitschrift „Life" verfaßt, beschreibt die spanische Stierkampf-Saison 1959.

Medienstreit

Heute treffen sich in Bonn die CDU/CSU-Ministerpräsidenten, um über ihr Vorgehen im Medienstreit zu entscheiden. Werden sie sich zu einem „Alleingang" entschließen? Der Wissenschaftler Professor Karl Steinbuch plädiert in einem WELT-Beitrag für freiheitliche Lösungen. S. 5

SPORT

Ski Alpin: Marina Kiehl scheint ihr Formtief überwunden zu haben. Einen Tag nach ihrem 20. Geburtstag belegte sie beim Super-Riesenslalom in Pfronten Platz zwei hinter der Schweizerin Michaela Figini. (S. 6)

Fechten: Ein Moderner Fünfkämpfer düpierte die Spezialisten, die in Los Angeles für Deutschland Gold in der Mannschaft gewonnen hatten: Achim Bellmann wurde deutscher Meister mit dem Degen. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Telefon: Bundeswirtschaftsminister Bangemann hält die Zulassung des schnurlosen Telefons „Sinus" zurück, das bereits von der Post verkauft wird. Die EG-Kommission hatte die Ansicht geäußert, daß die Einführung von „Sinus" gegen kartellrechtliche Vorschriften der EG verstoße.

Wetter: Zahlreiche deutsche Städte haben am Wochenende die bisher kälteste Nacht dieses Winters bei Temperaturen bis minus 22 Grad erlebt. Bei Massenkarambolagen kamen in Nordrhein-*Westfalen 14 Menschen ums Leben*. Heute bleibt es kalt und weitgehend niederschlagsfrei. (S. 14)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

CSU: Soziale Symmetrie auch bei den Rentnern wahren

Für Steigerung um mindestens ein Prozent / Blüm gegen neue Modelle

MANFRED SCHELL, Bonn

Die CSU-Führung ist für eine generelle Rentenerhöhung in diesem Jahr um mindestens ein Prozent, und sie plädiert zugleich für ein weitergehendes finanzielles Entgegenkommen für die Bezieher von Kleinrenten. Es sollte überlegt werden, für diesen Personenkreis den „Krankenversicherungsbeitrag um ein Prozent auszusetzen". Diese Position hat gestern in einem WELT-Gespräch Staatssekretär Edmund Stoiber von der bayerischen Staatskanzlei markiert. Die Bonner Regierungsparteien wollen sich heute in einem Koalitionsgespräch mit der Rentenproblematik befassen.

„Eine Rentenerhöhung, die unter ein Prozent fällt, die also etwa bei 0,65 oder 0,78 Prozent liegt, ist kaum vertretbar", sagte Stoiber. Die „Optik" sei dabei für ihn nicht entscheidend, vielmehr gehe es um die „psychologische *Darstellung der sozialen* Symmetrie", die von der CDU im Zusammenhang mit der Investitionshilfeabgabe stark ins Gespräch gebracht worden sei. „Soziale Symmetrie wird nach unserer Auffassung dadurch hergestellt, daß ich denen weniger nehme, die weniger verdienen", sagte *Stoiber*. „*Wir sollten deshalb* versuchen, für diejenigen, deren kleine Rente das alleinige oder überwiegende Einkommen darstellt, neue Wege zu gehen."

Stoiber bestätigte, daß der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in einem Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl diese Anregung gegeben habe. Bayern habe zusammen mit Berlin und dem Saarland bereits am 20. Dezember einen Antrag im Bundesrat eingebracht mit dem Ziel, Kleinrentner weniger stark in der Beteiligung an der Krankenversicherung heranzuziehen. Dieser Antrag habe allerdings keine Mehrheit gefunden.

SEITE 2:
Streit wegen 1,93 Mark

„Aber jetzt ist eine neue Situation gegeben", meinte Stoiber.

Die jetzige Rentenformel, also die Ankoppelung der Rentenerhöhungen an die allgemeine Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer, ist nach *Auffassung* von Stoiber „*auf Dauer* nicht haltbar". Darüber sollte „offensiver diskutiert werden". Der CSU-Politiker begründete seine Aussage mit der „problematischen demographischen Entwicklung". Die Zahl derjenigen, die „arbeiten, wird geringer". Andererseits werde das Lohneinkommen *auf absehbare* Zeit „nicht mehr so steigen, wie das in den 70er Jahren der Fall gewesen war". Es sei erkennbar, so sagte Stoiber, daß die Gewerkschaften bei den Tarifverhandlungen die „Komponente Freizeit" für die Arbeitnehmer stärker betonen, der „Geldwert" dabei also geringer werde. „Dieses Mehr an Freizeit können wir aber nicht auf die Rentner übertragen, die Freizeit genug haben."

Deshalb sei die gegenwärtige Problematik „nur ein Wetterleuchten für die schwierigen Aufgaben, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen", sagte Stoiber. Er denke dabei auch daran, daß verhindert werden müsse, „daß Kleinrentner, die ein ganzes Leben lang gearbeitet und dabei relativ wenig verdient haben, durch zu geringe Anpassungen in die Sozialhilfe abrutschen", also denen gleichgestellt seien, „die aus welchen Gründen auch immer überhaupt nicht gearbeitet haben".

*

Bundesarbeitsminister Blüm hat unterdessen erklärt, die Bundesregierung werde auf keinen Fall das Prinzip ändern, nach dem die Renten berechnet werden. In einem „Spiegel"-Gespräch sagte Blüm, bei den anstehenden Koalitionsgesprächen über dieses Thema werde es „mit Sicherheit nicht – oder nur über meine Leiche – um eine neue Rentenformel" gehen.

Lambsdorff bleibt bei seinen Vorwürfen

„Fragen unbeantwortet" / Staatsanwaltschaft: Keine Weisung aus Düsseldorf erhalten

PETER PHILIPPS, Bonn

Der zuständige Kölner Generalstaatsanwalt Bereslaw Schmitz geht davon aus, daß die Hauptverhandlungen gegen den ehemaligen Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff sowie gegen den ehemaligen Flick-Manager von Brauchitsch erst im Sommer eröffnet werden. Schmitz verweist im „Spiegel" auf die nachgereichten Anklagen wegen Steuerhinterziehung und betont: „Die Staatsanwaltschaft muß den Fall so behandeln wie alle anderen Vorgänge."

Daß dies geschieht, hat allerdings Lambsdorff gestern gegenüber der WELT erneut nachdrücklich bestritten: Dies sei „einfach falsch" und lasse sich „überprüfen". Er verweise beispielsweise noch einmal auf jene „skandalöse Pressekonferenz" der Staatsanwaltschaft in Bonn. „Diese *Art des Verfahrens* ist ja der *Grund* meiner Beschwerde." Im übrigen monierte Lambsdorff, daß die von ihm seit langem gestellten Fragen zum Verfahren nicht beantwortet würden, auch nicht, ob „nun die Staatsanwaltschaft die Verschiebung des Verhandlungstermins beantragt" habe.

Diese Frage, merkte Lambsdorff süffisant an, habe ja auch der „Spiegel" jetzt dem Generalstaatsanwalt nicht gestellt, allerdings an herausgehobener Stelle einen Leserbrief seines Anwalts Egon Müller abgedruckt, in dem festgestellt wird, daß die Lambsdorff-Verteidigung „zu keinem Zeitpunkt einen Aufschub der Hauptverhandlung gefordert" habe. Auf die ursprünglich geplante Gegendarstellung habe er, Lambsdorff, verzichtet, nachdem ihm von dem Magazin erklärt worden sei, Gegendarstellungen drucke man nur, wenn man dazu „gerichtlich gezwungen" werde. Dies hätte so lange gedauert, daß die *ursprüngliche „Falschmeldung"* zu weit zurückgelegen hätte.

Generalstaatsanwalt Schmitz hat sich im übrigen in dem „Spiegel"-Gespräch auch mit den Vorwürfen auseinandergesetzt, er habe im Lambsdorff-Verfahren vor allem auf Weisung des Düsseldorfer Justizministeriums gehandelt: „Es hat in dem gesamten Verfahren, und auf diese Feststellung lege ich großen Wert, nie eine Weisung gegeben." Auf den Vorwurf, die Anklagen gegen prominente Sozialdemokraten fallengelassen zu haben, „obgleich auch sie auf der Diehl-Liste stehen", antwortet Schmitz, es habe sich „kein hinreichender Tatverdacht ergeben" und man könne nicht „nach dem Proporz-Verfahren arbeiten". Im übrigen sei in der Person Egon Franke auch gegen einen ehemaligen SPD-Bundesminister Anklage wegen Untreue erhoben worden. Es sei „durchaus möglich", daß diese Hauptverhandlung noch vor der NRW-Landtagswahl im Mai erhoben werde.

Seite 2: Ein Fall wie jeder andere?

SPD: Unfall mit Pershing klären

DW. Bonn

Der stellvertretende Vorsitzende des Bundestags-Verteidigungsausschusses, Erwin Horn (SPD), hat von der Bundesregierung eine rückhaltlose Aufklärung des Unfalls mit einer Pershing II-Rakete auf einem US-Militärgelände in der Nähe von Heilbronn gefordert, bei dem am Freitag drei amerikanische Soldaten getötet und 16 verletzt wurden. Der Unfall könne Indiz für mangelnde Ausgereiftheit der Rakete sein. Auch der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke forderte, der Verteidigungsausschuß solle sich mit den Unfallursachen befassen.

Ein Sprecher der Bundesregierung erklärte, alle Auskünfte zu dem Unfall würden von den Amerikanern erteilt. Zur Untersuchung sind nach Angaben eines US-Sprechers am Wochenende eigens zwei Teams aus den USA angereist.

Funknotruf schlechter Scherz

DW. Bonn

Der Funknotruf über den angeblichen Absturz eines Verkehrsflugzeuges vor der iranischen Küste hat sich als schlechter Scherz entpuppt. Die Nachforschungen der Flugkontrollen mehrerer Golfländer über den Funkruf erbrachten keinerlei Anhaltspunkte für ein solches Unglück im Persischen Golf. Bis gestern lagen keine Berichte über etwa vermißte Verkehrsmaschinen oder ungewöhnliche Ereignisse in diesem Luftraum vor. In dem am Samstag nachmittag eingegangenen Notruf hatte ein Mann behauptet, er sei Passagier einer Maschine aus Bangladesch, die vor der iranischen Küste ins Meer gestürzt sei. Von 197 Passagieren hätten sich 62 retten können. Experten hielten es für unglaubhaft, in einer derartigen Situation genaue Zahlen zu nennen.

Seite 14: Chronologie

Rabin legt Plan für Abzug vor

DW. Jerusalem

Verteidigungsminister Jitzhak Rabin hat gestern dem Kabinett in Jerusalem seinen Plan über einen Abzug der israelischen Truppen aus dem Südlibanon vorgelegt. Der Drei-Stufen-Plan sieht einen flexiblen Zeitplan und eine wichtige Rolle für die von Israel unterstützte Südlibanesische Armee (SLA) vor.

Im israelischen Rundfunk sagte Rabin am Wochenende, der Abzug werde an der Nordwestfront beginnen, das heißt am Awali-Fluß, 60 Kilometer nördlich der israelischen Grenze, bei Rosch Hanikra. Dem werde ein Abzug von der Ostfront mit Syrien folgen. Ziel sei es, die Truppen zurückzuführen und einen von befreundeten Kräften beherrschten Sicherheitsgürtel in Südlibanon zu hinterlassen. Eine endgültige Entscheidung wurde noch nicht erwartet.

Seite 5: Syrien spielt die Libanonkarte

Aussperrungsverbot – ein „Bärendienst"

ENNO v. LOEWENSTERN, Bonn

Mit einem nachdrücklichen „Gott sei Dank" begleitete Hermann Rappe, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, seinen Hinweis darauf, daß es demnächst zu Gesprächen beim Bundeskanzler mit Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer kommen werde. *Die alte Konzertierte* Aktion „mit zwanzig Verbänden" lehnte er ab; richtig sei das Gespräch der „drei Parteien an einem Tisch".

Nicht nur in diesem Punkt stellte Rappe eine konstruktive Haltung der Gewerkschaften in seinem von den anwesenden Staatsrechtslehrern reich mit Beifall bedachten Schlußvortrag bei den 15. Bitburger Gesprächen klar. Er betonte auch, daß der DGB mit jeder Regierung verhandeln müsse, daß man den Wählerwillen zu respektieren habe – wenn er auch um Verständnis für die „Verbiesterung" mancher Gewerkschaftler über den „Machtverlust" der SPD warb. Die Gewerkschaften bejahten Wachstum und technologischen Fortschritt. Was den linken Flügel betrifft: „Ich weiß schon, wo die Marxisten sitzen, aber mit denen setze ich mich auch auseinander – das ist nicht der DGB!"

Man wisse auch: mehr Lohn bedeute weniger Arbeitszeitverkürzung und umgekehrt. Vorzuziehen seien bei letzterer kleinere Schritte, dafür aber mit Lohnausgleich. Aber zum Stichwort Flexibilität warnte er, daß, wenn man vom Grundsatz der zentralen *Regelung* abginge, englische Verhältnisse herbeigeführt würden. Ein Arbeitsgesetzbuch werde nur im Zusammenwirken von Union und SPD zustandekommen, prophezeite Rappe. Aber jede Regelung des Arbeitskampfrechts verwarf er („hier setze ich auf das Richterrecht"), weil das zu einem Verbändegesetz führen müsse; den Antrag der Bonner Grünen, durch Gesetz die Aussperrung zu verbieten, bezeichnete er als „verrückt" und „Bärendienst" – „ich hoffe, die SPD lehnt ihn ab".

In einem glanzvollen Referat über die rechtliche Seite der neuen Technologien hatte sich zuvor Professor Bernd Rüthers (Konstanz), einer der beiden Väter des in Bitburg oft apostrophierten Leber-Rüthers-Modells der Flexibilität bei der Arbeitszeitverkürzung, über jene Medien und Gruppen mokiert, die „die Zukunftsangst systematisch vermarkten". Rüthers stellte folgende Thesen in den Mittelpunkt: Es gibt vorerst kein plausibles Regelungskonzept für den Strukturwandel der Arbeitswelt; der Gesetzgeber ist derzeit unfähig, mehr als „Reparaturwerkstatt für Einzelfragen des Sozialschutzes" zu sein; die Hauptregelungslast muß von den „Arbeitsmarktparteien" bewältigt werden; das Richterrecht ist nur für systemkonforme Ergänzungsregelungen geeignet, nicht dafür, daß Richter ihre persönliche Arbeitsrechtspolitik betreiben – „essentiell neue Regelungskonzepte sind Sache des Gesetzgebers, nicht der Gerichte." Und, unter Hinweis auf das Arbeitsrecht als Kostenfaktor: „Was als Sozialschutz gemeint ist" (er nannte als Beispiele „überzogene" Kündigungsschutz-, Sozialplan-, Urlaubs- und andere Regelungen) „kann als Sozialschaden wirken. Dieser Effekt ist auf Teilgebieten des Arbeitsrechtsschutzes erreicht."

Seite 2: Zum Thema Niveau
Seite 13: Familie Düstermann

DER KOMMENTAR

Umsichtig

RÜDIGER MONIAC

Wie kaum anders zu erwarten war, versuchen *bestimmte Sozialdemokraten* und Grüne gemeinsam, aus dem bedauerlichen Unfall mit der Pershing-Rakete sogleich politisches Kapital zu schlagen. So schlimm es ist, daß ungewollt und nicht mehr beherrschbar eine Stufe des Raketenmotors abbrannte und dabei amerikanische Soldaten ihr Leben lassen mußten und andere schwer verletzt wurden – Grund für eine abermalige aufgeregte öffentliche Debatte über den Sinn der Stationierung dieser ballistischen Nuklearwaffen in der Bundesrepublik bietet der Vorfall nicht. Die Sache gehört in die Kategorie „Untersuchung der Unglücksursache und Verbesserung der Sicherheitsbestimmungen beim übungsweisen Umgang der Bedienungsmannschaften mit den technischen Gerätschaften". Denn eins müssen sich auch die schärfsten Kritiker der NATO-Sicherheitspolitik vor Augen halten: Zur Waffe wird die Rakete erst dann, wenn sie mit einem atomaren Gefechtskopf bewehrt wird. Und das geschieht unter Übungsbedingungen niemals.

Auch ist der Unfall nicht dazu geeignet, Mißtrauen gegen die Amerikaner zu schüren. Der verantwortliche *Kommandeur der* US-Pershing-Verbände hat nach dem Unglück nichts zu verbergen versucht, sondern umgehend die Öffentlichkeit über den Hergang unterrichten lassen. Ebenso umsichtig reagierte *die amerikanische Armee* bei der Einleitung der Untersuchungen über die Unfallursache. Es waren kaum etwas mehr als 24 Stunden vergangen, als zwei Teams mit Fachleuten direkt aus den USA am Ort des Geschehens bei Heilbronn eintrafen. Und die Armee hat zugesagt, die deutsche Öffentlichkeit über deren Erkenntnisse auf dem laufenden zu halten.

Gewiß haben die Bonner Parlamentarier das Recht zu erfahren, wie es zu dem Unglück kommen konnte. Dies wird im Verteidigungsausschuß auch geschehen. Voreilig von einer möglichen Unausgereiftheit des Waffensystems zu sprechen nützt *deshalb nichts, ganz im* Gegenteil, es schürt Mißtrauen und wirft Gräben zu unseren Verbündeten und Freunden auf. Wollen denn Sozialdemokraten sich im Ernst vor den Karren der sowjetischen Propaganda spannen lassen?

Neukaledonien: Fallschirmjäger jetzt im Einsatz

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs Premierminister Fabius hat in der Nacht zum Sonntag neue Verstärkungen in das seit Freitag in schwerem Aufruhr befindliche Überseeterritorium Neukaledonien geschickt. 1000 Mann, Gendarmerie und kasernierte Polizei, dazu 240 Fallschirmjäger, werden zu den 3000 Marine-Infanteristen und 3500 Gendarmen stoßen, die bereits auf der Insel stehen, so daß von heute an ein Ordnungshüter auf 22 Inselbewohner kommt. Zum zweiten Mal in der Geschichte der 5. Republik hatte der Sonderkommissar Mitterrands, Edgar Pisani, auch den Ausnahmezustand ausgerufen. Zuletzt war dies nach dem Putsch der Generale in Algier 1961 der Fall.

Zu den neuen Unruhen war es gekommen, nachdem kurz hintereinander zunächst ein junger französischer Farmerssohn, Yves Tual, von aufständischen Kanaken vor seinem Elternhaus auf einer entlegenen Farm, kurz darauf der extremistische Kanakenführer Eloi Machoro von französischen Gendarmen erschossen worden waren. Es kam zu schwerem Aufruhr in der Hauptstadt Numea, bei dem Häuser angezündet, Geschäfte geplündert, Barrikaden errichtet und 57 Personen, darunter 26 Polizisten, verletzt wurden. Kommissar Pisani rief noch in der Nacht den Ausnahmezustand aus und forderte die Bevölkerung über den Rundfunk zu Ruhe und Disziplin auf. Die kanakische Befreiungsfront FNLKS hat jetzt in Machoro, der als Innenminister im kanakischen Schattenkabinett fungierte, ihren Märtyrer.

Papst fordert „neues System der Solidarität"

F. M. Rom

Papst Johannes Paul II. beurteilt die Wiederaufnahme des amerikanisch-sowjetischen Dialogs in Genf mit „vorsichtigem Optimismus". Er zeigt sich aber gleichzeitig besorgt über die zunehmende „Bipolarisierung" der internationalen Beziehungen und tritt für ein „neues System der Solidarität" zwischen den reichen und den schwer verschuldeten Entwicklungsländern ein. Schließlich bietet der Papst die Vermittlung der Kirche für einen „aufrichtigen Friedensdialog" in Mittelamerika an.

Dies sind die zentralen Punkte der päpstlichen Rede anläßlich des traditionellen Neujahrsempfanges für das Diplomatische Corps beim Heiligen Stuhl. In der Rede führte Johannes Paul II. auch aufs neue Klage über die Behinderung der Religionsfreiheit in den von atheistischen Regimen regierten Ländern. Zum erstenmal widmete der Papst bei einem solchen Neujahrsempfang einen besonderes Passus seiner Rede auch der „großen chinesischen Nation", obwohl der Heilige Stuhl keine diplomatischen Beziehungen zu Peking unterhält. Er sagte: „Über die (anwesenden) ständigen Missionen aus dem Mittleren und Fernen Osten hinaus können wir nicht die anderen Nationen vergessen, besonders die große chinesische Nation, deren Streben und Dynamismus die Kirche stets mit Respekt und Interesse verfolgt." Zum Treffen Shultz–Gromyko von Genf erklärte der Papst: „Es war notwendig, daß der Dialog, der allzu lange eingefroren war, wieder aufgenommen wurde.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ein Fall wie jeder andere?

Von Manfred Schell

Die Machtposition der Justiz als der dritten Gewalt in unserem Staat beruht darauf, daß alle ihre Organe durch gerechtes, *vorurteilsfreies*, also sachliches Verhalten das Vertrauen der Bürger haben. Im „Fall Lambsdorff" hat die Staatsanwaltschaft diesen Grundsatz nicht beachtet. Sie darf sich deshalb über die breite Kritik – und Lambsdorff als Hauptbetroffener steht damit nicht allein – nicht wundern. Erst vor kurzem hat der Bundestagspräsident öffentlich gerügt, daß die Nachrichtenagenturen über ein an ihn gerichtetes Schreiben der *Anklagebehörde berichteten, noch ehe er es hatte.*

Der Hamburger Staatsrechtler Ingo von Münch sieht durch das Vorgehen der Staatsanwälte das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz geschwächt. Nun hat sich der Kölner Generalstaatsanwalt Bereslaw Schmitz im „Spiegel" zu den Vorwürfen geäußert. Sein Versuch, die Anklagebehörde herauszupauken, ist unzulänglich geblieben, ja, er hat damit neue *kritische Fragen aufgeworfen. Es sei nicht so, sagte Schmitz,* daß der Staatsanwalt wie bei einer Großwildjagd anschließend das Halali bläst. Sie müsse „den Fall so behandeln wie alle anderen Vorgänge". Genau so aber hat sich die Staatsanwaltschaft in dem Verfahren gegen Graf Lambsdorff aber von Anfang an nicht verhalten. Unvergessen ist ihr Aufmarsch vor der Bundespressekonferenz, vor der sie ihre Vorwürfe gegen *den damaligen Bundeswirtschaftsminister verkündete wie ein* Bundesminister sein Arbeitsprogramm.

Bis heute ist der Verdacht, daß Ermittlungsakten aus dem Bereich der Staatsanwaltschaft an bestimmte Magazine gegeben worden sind, nicht entkräftet. Graf Lambsdorff ist einem Dauerfeuer der Verdächtigungen ausgesetzt worden. Kurz vor dem Prozeß, der Klärung bringen soll, hat dann die Staatsanwaltschaft neue Anklageschriften wegen des Verdachts auf Steuerhinterziehung nachgereicht und das Verfahren damit vorerst platzen lassen. Die Vorwürfe gegen Lambsdorff werden also bis in die Zeit der nordrhein-westfälischen Landtagswahl hinein nicht geklärt werden. Absicht oder nicht? Die Staatsanwaltschaft jedenfalls ist – von der Anklageschrift einmal abgesehen – in Beweisnot, was ihr Verhalten betrifft.

Meteorologisches

Von Peter Schmalz

Der Schnee und die Sonne im Tegernseer Tal blenden, und *der Beobachter reibt sich die Augen. Sieht und hört* er richtig? Die CSU, zurückgezogen in die Einsamkeit der Kreuther Berge, hat Kreide gefressen und Gefallen gefunden an dem, was sie früher zum verbalen Fingerhakeln reizte: an der Bonner Regierung. Wir haben gut und viel gearbeitet, lobt der zusehends selbstbewußter werdende Landesgruppenchef Theo Waigel die Bonner Arbeit. Und Franz Josef Strauß verteilt *mehr Bonbons als Kopfnüsse.*

Ließ der klirrende Frost Streitlust und Kampfeskraft am Nordrand der Alpen erstarren? Nun, was hier zu erleben ist, muß wohl eher als ein atmosphärisches, denn als ein meteorologisches Phänomen gesehen werden. Da ist ein Parteivorsitzender, der noch immer nicht die Umstände verziehen hat, unter denen ihm ein Platz am Bonner Kabinettstisch verwehrt wurde, der *sich aber inzwischen in seiner Münchner* Staatskanzlei wohl fühlt. In Kreuth wurde die Möglichkeit eines Umzugs an den Rhein nicht einmal mehr angesprochen.

Strauß (und mit ihm die Führungscrew der CSU) genießt gefällig, wie ihm gelungen ist, die Münchner Regierungszentrale zu einer unumgänglichen Dependance des Kanzleramtes auszubauen. Die wichtigen Koalitionskompromisse der letzten Monate – wie die Steuerreform und die Krankenhausfinanzierung – wurden in München geschlossen. Strauß muß nicht mehr nach Bonn reisen – er läßt die Bundesminister nach München fliegen. Das hebt das Selbstbewußtsein.

Auch die CSU-interne Abstimmung und die Koalitionskontakte von CDU und FDP mit dem bayerischen Partner haben sich nach erheblichen Reibungsverlusten zu Beginn dieser Regierung soweit verbessert, daß in München keine Klagen mehr zu hören sind. Im Gegenteil: Seit Schäuble im Kanzleramt sitzt, haben die Bayern Lob auf den Lippen.

Die CSU wird dennoch weiterhin, wie Strauß drohte, keinem Konflikt aus dem Weg gehen, aber die Chancen sind gestiegen, daß endlich Ruhe in die Regierungstätigkeit kommt und die Arbeit der Koalition als ein gemeinsames Werk aller drei Partner zu präsentieren ist.

Zum Thema Niveau

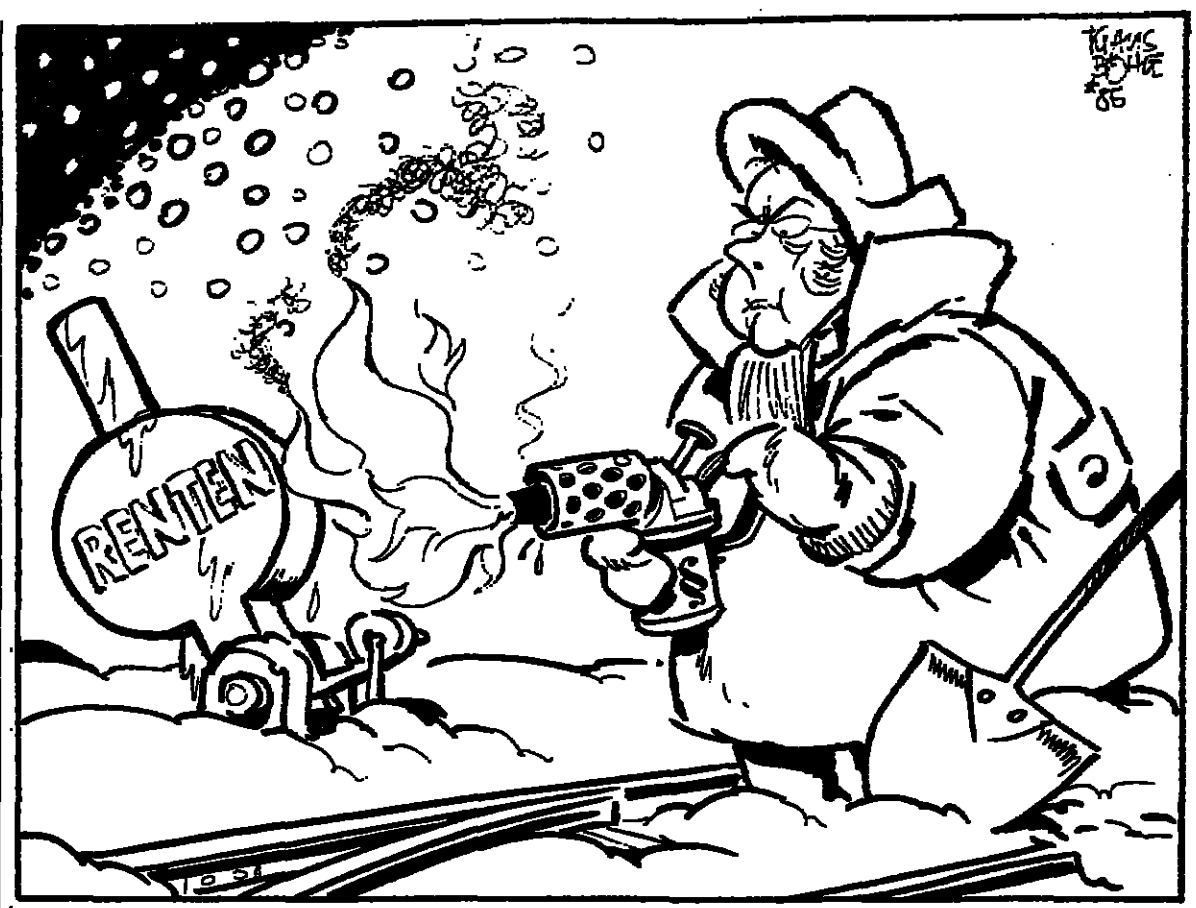
Von Enno v. Loewenstern

Über Helga Schuchardts Ausbruch, das freie Fernsehen betreffend, kann man sich amüsieren. Und wer das Niveau ihrer Stadtteil-Kulturveranstaltungen kennt, empfindet ihre Kritik eher als Empfehlung. Die Dame hat sich dem Sozialismus verschrieben, der aber kann als alleinseligmachende Lehre keine geistige Konkurrenz brauchen. Also liegt es in der *Logik, daß die Senatorin vor dem Hamburger* Übersee-Club über das Niveau von SAT-1 wettert und mit jedem zusätzlichen Medienangebot, also in der Vielfalt, die Gefahr „geistiger Verkümmerung" sieht. Allenfalls mag man sich darüber wundern, daß diese Medienfachfrau „Dallas" und „Denver" beispielhaft kritisiert. Die werden doch wohl von dem ausgestrahlt, was Frau Schuchardt für das Reichsniveaufernsehen hält.

Bedenklicher ist es, wenn Leute auf diesen Unsinn hereinfallen, die von Amts und auch von Bildungs wegen tiefer blicken sollten. Der Bundespräsident hat in seiner Neujahrsansprache – just zum Beginn unserer Meinungsvielfalt im Äther – ebenfalls düster über mögliche „negative Folgen" das erweiterten Programmangebots auf die jungen Leute spekuliert und beklagt, daß man alles Mögliche erforsche, aber die Wirkung der *elektronischen Medien auf Geist und* Seele vernachlässige.

Tatsächlich hat man genau dieses gründlich erforscht. Frau Professor Elisabeth Noelle-Neumann hat jetzt wieder bei den Bitburger Gesprächen (siehe auch Seite 13) ihre Untersuchungen vorgetragen und belegt, wie das deutsche Monopolfernsehen den Menschen Fleiß und Arbeitsfreude ausgetrieben hat. Sie hat das konkret bei Leuten beobachtet, die sich ein Fernsehgerät anschafften, und bei „Kontrollgruppen" von Leuten, die keines erwarben.

Dies alles ist höchst unbequem für die Fernsehpfründner und noch mehr für die politischen Nutznießer der einseitigen Berieselung, die so manche Wahl entschieden und so manchen jungen Menschen seiner Zukunft entfremdet hat. Entsprechend *groß ist der Haß,* der Frau Noelle-Neumann von dieser Seite entgegenschlägt. Es gibt freilich kein dramatischeres Beispiel für negative Folgen des Fernsehmonopols als die Verdrängung der Allensbacher Erkenntnisse.



Auftauen tut not! KLAUS BÖHLE

Streit wegen 1,93 Mark

Von Peter Jentsch

Die Renten, unterläßt unser Arbeitsminister keine Gelegenheit festzustellen, sind sicher. Das ist richtig. Sie werden pünktlich bezahlt, notfalls mit Hilfe von Krediten. Aber um wieviel die Renten in diesem Jahr gesteigert werden, *das vermag Norbert Blüm im Augenblick* nicht zu sagen.

Der Grund liegt im System, das heute nur noch ächzend funktioniert, weil es in einer Zeit ungetrübter Zuversicht in immerwährendes Wirtschaftswachstum und ständig gesicherte Vollbeschäftigung entstand. Nach diesem System richtet sich die Rentenerhöhung nach der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung des vorangegangenen Jahres, und die endgültigen Zahlen über diese Entwicklung liegen erst Ende Februar vor.

Die Bundesregierung legte ihren Plänen zur diesjährigen Rentenanpassung einen durchschnittlichen Lohnanstieg von 3,2 Prozent im Jahr 1984 zugrunde. Nun deutet aber alles darauf hin, daß diese Marge *nicht* erreicht worden ist, sondern allenfalls ein Einkommensanstieg der aktiv Beschäftigten von 3 oder gar nur 2,9 Prozent.

Entspräche die Rentenanpassung dieser Größenordnung, brauchte man sich nicht weiter den Kopf zu zerbrechen. Aber im Haushaltsbegleitgesetz wurde bereits 1983 beschlossen, die Rentner um zwei weitere Prozent an den Kosten ihrer Krankenversicherung zu beteiligen. Folge: Bei einer Lohnrate von 3,2 Prozent werden die Renten real nur um 1,07 Prozent aufgestockt, bei einer Lohnrate von 2,9 Prozent um 0,78 Prozent. Und die Null vor dem Komma ist der Stein des Anstoßes.

Die Koalition will heute über die Renten beraten. Und es gibt Stimmen in der Union, wie etwa die des Chefs der bayerischen Staatskanzlei, Edmund Stoiber, die bereits jetzt den Rentnern die „Eins vor dem Komma" garantieren und nötigenfalls die Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrags auf zwei Jahre verteilen wollen.

Das aber wäre eine vorschnelle Reaktion. Sie würde das Defizit der Rentenkassen um weitere 1,4 Milliarden Mark erhöhen. Und zudem müßte den Rentnern 1986 dann wieder genommen werden, was man ihnen diesmal drauflegt. Um einmal die Größenordnung deut*lich zu machen, über die gestritten* wird (bezogen auf eine Rente von 700 Mark): Bei einer Anpassung um 1,07 Prozent wären das 7,49 Mark monatlich, bei 0,78 Prozent 5,56 Mark. Ein Unterschied also von 1,93 Mark.

Das sollten die Politiker bei ihrer Entscheidung berücksichtigen. Wie auch die Tatsache, daß letztlich die Frage der Null oder der Eins vor dem Komma keine Wählerströme fließen läßt. Vielmehr besteht die Gefahr, daß die Finanzlage der *Rentenversicherung und damit die* Sicherheit der Renten gefährdet werden. Es ist bekannt, daß der Rentenversicherung aufgrund der Alterslast und des Rückgangs der Zahl der Beschäftigten bereits 1990 ein Defizit droht, das auszugleichen heute für keinen Finanzminister vorstellbar ist. Schließlich hat die Regierung die Konsolidierung von Haushalt und Sozialsystem versprochen.

Außerdem geht es der Masse der Rentner eigentlich gar nicht schlecht. Verglichen mit den Nettoeinkommen der Arbeitnehmer hat das Rentenniveau einen Höchststand erreicht; nach 45 Versicherungsjahren liegt es bei 73 Prozent des letzten Einkommens, nach 40 Versicherungsjahren bei 65 Prozent. Nur einmal in der Nachkriegsgeschichte, 1977, war das Niveau höher. Zudem sind im vergangenen Jahr die realen Einkommen der Rentner höher gestiegen als die der aktiv Beschäftigten.



Droht ihnen Verarmung? Rentner FOTO: HENNING CHRISTOPH

Das Argument der Opposition, die Rentner würden „verarmt", kann also nicht ziehen. Zumal auch sie wissen, daß mit ihrem Beitrag zur Krankenversicherung, der in diesem Jahr bei fünf Prozent liegen wird, nur ein kleiner Teil der Kosten ihrer Krankenversicherung abgedeckt wird (immerhin zahlen die Krankenkassen jährlich rund 40 Milliarden Mark für die Gesundheit der Rentner). Und mit ihrem Beitrag entlasten diese die Pauschale der Renten- an die Krankenversicherung.

Es verbietet sich auch eine höhere Rentenanpassung ohne Kürzung des Krankenversicherungsbeitrags. Denn die Rentenversicherung kann das nicht finanzieren. Wie im vergangenen Jahr werden auch 1985 die Bundeszuschüsse vorzeitig gezahlt, und wie im vergangenen Herbst braucht die Rentenversicherung auch Ende 1985 wieder kurzfristige Kredite.

Bliebe also nur die Möglichkeit einer Beitragserhöhung für die Arbeitnehmer zugunsten einer höheren Rentenanpassung. Doch davor kann man nur warnen: Jede höhere Kostenbelastung von Arbeitnehmern wie Wirtschaft beschädigt die Wachstumskräfte und verringert die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und -bereitschaft. Die Folge wäre mehr Arbeitslosigkeit, mehr Schwarzarbeit, weniger Rentenbeiträge und damit eine weitere Schwächung der Rentenfinanzierung. Und es wäre eine weitere Ungerechtigkeit gegenüber den aktiv Beschäftigten: Sie bekommen später mit ihren hohen Beiträgen ohnehin nur niedrigere Renten als die heutigen Rentner.

IM GESPRÄCH Georgina Dufoix

Weibliche Stimme

Von August Graf Kageneck

Aus der auffallend starken Frauenriege, mit der Präsident Mitterrand in sozialistischer Tradition sein Ministerkollegium garniert hat, ragt Georgina Dufoix (43) an Intelligenz hervor. Die Tochter eines Arztes aus Paris hat bei der Bildung der Regierung Fabius im letzten Juli zu ihrem Amt als Ministerin für die „nationale Solidarität" noch die schwere Bürde der Sozialpolitik und das Amt des Regierungssprechers übernommen, das vor ihr der neue Außenminister Roland Dumas innehatte. Damit wird sie die Partnerin Peter Boenischs: „Ich kenne ihn noch nicht, habe aber schon viel von ihm gehört", sagt Frau Dufoix.



Mutter und Ministerin: Georgina Dufoix, die Pressesprecherin der französischen Regierung FOTO CAMERA PRESS

Sie war überhaupt noch nie in Deutschland, so erstaunlich das bei den Beziehungen klingt, die seit nun zwanzig Jahren zwischen der Bundesrepublik und Frankreich herrschen. Zur engen Zusammenarbeit meint sie eher ausweichend: „Sie ist etwas so Natürliches, daß man gar nicht mehr davon spricht." Vermutlich hängt die geringe Neigung für den Blick über den Rhein damit zusammen, daß Frau Dufoix im südfranzösischen Nimes aufgewachsen ist, wo sie heute noch im Stadtrat sitzt. Ihr Mann, ihre zwei Töchter und zwei Söhne sind inzwischen zu ihr nach Paris gezogen, in eine Wohnung in einem der elegantesten Teile der Stadt, am Invalidendom. Herr Dufoix leitet ein staatliches Straßenbau-Unternehmen.

Seit 1981 ist sie in der Regierung, erst als Staatssekretärin für die Rechte der Frau, was sie dazu nutzte, die Reformen zu vervollkommnen, die Giscard d'Estaing den Sozialisten hinterlassen hatte: Scheidungsrecht, Abtreibung, Arbeitszeitverkürzung, Frühpension. Dann übernahm sie die „Solidarität", jenen etwas nebligen Begriff für das Nett-zueinander-Sein, mit dem die Sozialisten ihre Sozialpolitik schmücken. So ist Frau Dufoix heute bestens informiert in Fragen der Tarifpolitik, der Arbeitslosenunterstützung, der Rentenangleichung und der Sozialversicherung. Auch den Umgang mit den Gewerkschaften hat sie dabei gelernt. Und nun muß sie Standfestigkeit gegenüber den französischen Journalisten beweisen. Die Chuzpe zum Frage-und-Antwort-Stehen hat die energische Frau vom ersten Ministerratsbriefing an vorgezeigt. Aus einer eher schüchternen Frau mit einem Doktordiplom der Wirtschaftswissenschaften in der Handtasche ist eine routinierte Politikerin geworden.

Man habe sie, so erzählt sie schmunzelnd, 1981 zur Ministerin für Familienfragen gemacht, weil sie vier Kinder habe und „deswegen etwas von der Materie verstehen müsse". Der Vorfall ist bezeichnend für die Improvisation, die in den ersten Monaten der Machtausübung in einer Partei herrschte, die dreiundzwanzig Jahre lang in der Opposition war. Aber Mitterrand hatte mit der getreuen Weggenossin – seit 1979 saß Georgina Dufoix, einst linke Studentenführerin, im Leitungsausschuß der Sozialistischen Partei – einmal mehr seinen sicheren Sinn bewiesen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

TAGESANZEIGER

Die Zürcher Zeitung meint zu der verhandlungspolitischen Kehrtwendung der UdSSR:

Innerhalb eines guten Jahres hat sich die Haltung der Sowjetführung – zumindest nach außen – gründlich geändert. Sehr wahrscheinlich haben die innen- und wirtschaftspolitischen Probleme den Ausschlag für den Kurswechsel gegeben, der zwar spektakulär-augenfällig ist, aber bisher noch keine eigentliche Wende darstellt. Es gehört zu den Eigenheiten des zentralistischen sowjetischen Systems, daß trotz der Schwerfälligkeit des bürokratischen Apparats äußerliche – *und außenpolitische* – Kurskorrekturen sehr rasch und geräuschlos vorgenommen werden können.

LE MATIN

Die Pariser Zeitung schreibt zu den Spannungen in Neukaledonien:

Die „Falken" beider Lager können zufrieden sein. Wenige Stunden haben genügt, um den heiklen Prozeß der Annäherung beider Bevölkerungsgruppen in Frage zu stellen und die Hoffnung auf eine friedliche Regelung des Konflikts zu schwächen. Der Plan (des Pariser Sonderbeauftragten) Pisani ist nur vier Tage alt: Er hat bereits seine Feuerprobe durchgemacht.

BERLINER MORGENPOST

Sie befürchtet drastische Bußgelder auf den Transitstrecken:

Bislang wurden vor allem Pkw-Fahrer geschröpft. Doch nun sollen auch Lkw- und Busfahrer zur Kasse gebeten werden – und zwar deftig. Wessen Papiere *nicht völlig* astrein sind, der muß vom 1. Februar an mindestens 500 Mark berappen. Und etwas völlig Neues stellt eine Gummi-Bestimmung dar, die „die Mißachtung gesellschaftlicher Interessen" unter hohe Strafe stellt. Was ist hierunter zu verstehen? Niemand weiß es so ganz genau. Ein kleiner Tip kann freilich gegeben werden: Im Zweifel kann einen Busfahrer schon der Genuß eines einzigen Glases Bier 1000 Mark kosten, denn in der „DDR" gilt die Null-Promille-Grenze.

The Daily Telegraph

Die Londoner Zeitung beschäftigt sich mit dem Verzicht der britischen Regierung, den vierzigsten Jahrestag der deutschen Kapitulation am 8. Mai offiziell zu feiern:

Die Entscheidung heißt in einfacher Übersetzung, daß wir den Tag des Sieges nicht feiern können, weil wir in der europäischen Gemeinschaft sind. So wie wir Baroness Young (Staatssekretärin im Außenministerium) oder ihre Berater die EG verstehen, würde das heißen, daß wir unsere nationale Geschichte zugunsten eines eher zerbrechlichen Konzepts der Einigung über Bord werfen. Wir wollen die Deutschen nicht kränken. Aber eigentlich gibt es auch keinen Grund, warum ein patriotischer Deutscher durch die Siegesfeiern gekränkt sein sollte. Wenn er seiner Geschichte gegenüber nicht untreu sein will, muß er den Tag des Sieges als den Gründungstag seines eigenen *politisch stabilen und liberalen* Systems sehen.

In den Weltraum über Amerika und/oder Frankreich

Das Kabinett will alle Vorhaben für dieses Jahrzehnt festlegen / Von Thomas Kielinger

Columbus oder Hermes – eine unliebsame Alternative. Welcher Europäer möchte schon zwischen der historischen und der mythologischen Komponente seiner Herkunft wählen müssen? Und doch liegen Columbus und Hermes miteinander in Streit – im Weltraum. Die sinnträchtigen Namen stehen für zwei Großprojekte, die der Bundesrepublik Deutschland von zwei Seiten angeboten werden.

„Columbus" ist der Name für das europäische Teil der für die neunziger Jahre geplanten amerikanischen Raumstation. Neben der Bundesrepublik machen auch andere EG-Länder, darunter Frankreich, an diesem europäisch-amerikanischen Technologieprojekt mit. Aber Paris winkt jetzt zusätzlich mit dem Gedanken eines deutsch-französischen Großunternehmens, dem Bau eines Weltraumtransporters, „Hermes" ist sein Name. In der EG-eigenen Trägerrakete „Ariane" sehen die Franzosen bereits das geeignete Beförderungsmittel für „Hermes". An der Weiterentwicklung dieses auch mit Blick auf Amerika konkurrenzfähigen Satellitenträgers sind die Deutschen bereits beteiligt, jedoch ohne jede Anbindung an zukünftige Pläne zu einem europäischen Weltraumunternehmen. Entsprechend Pariser Wünschen sollte „Ariane 5" jedoch auf ihrem Rükken französische und deutsche Technologie transportieren (Erweiterung um andere Nationen nicht ausgeschlossen), damit auch Europa an der „High Frontier", der Eroberung des Alls, in eigener Verantwortung vertreten ist.

Vor die Wahl gestellt, werden sich die Koalitionspartner in Bonn heute über eine Kompromißformel unterhalten müssen, die vorab zwischen den Ressortministern Stoltenberg und Riesenhuber ausgehandelt wurde. Sie sichert zunächst das Projekt „Columbus" (Kostenpunkt langfristig rund drei Milliarden Mark) und bekräftigt den deutschen Anteil an „Ariane 5" (etwa 1,5 Milliarden Mark). Schließlich haben sich die beiden Minister, zum Trost für derlei kühne Ausgabenpläne, noch geschworen, „bis Anfang der neunziger Jahre" keine weiteren Großprojekte dieser Art mehr zu fördern. Aus für „Hermes"? Vor vorschnellen Konklusionen muß gewarnt werden.

Man möchte doch noch etwas mehr über „Columbus" und die amerikanische Raumstation erfahren, ehe man all seine Coupons für dieses Spiel einsetzt. Die europäische Erfahrung mit „Spacelab", dem gemeinsam erstellten Raumlabor, das nach einmaligem Flug an Bord des US-Shuttle praktisch als Geschenk in amerikanische Hände überging, wirkt als Präzedenzfall nicht einladend. Haben wir uns diesmal vergewissert, daß wir reichlicher werden miternten können, als das beim Spacelab der Fall war?

Der politische Vorteil einer engen europäisch-amerikanischen Zusammenarbeit, auch im Weltraum, ist natürlich evident. Auch muß Europa darauf achten, vom amerikanischen Hochtechnologie-Fluß nicht umgangen, nicht als politisch riskanter Kontinent gemieden zu werden. Zu diesem Zweck bietet sich eine Projektgemeinschaft im Weltraum geradezu an, da sich aus ihr zwangsläufig ein vertiefter technologischer Austausch zwischen der Alten und der Neuen Welt entwickeln müßte. Dennoch: nach den Konditionen wird man fragen dürfen, ja, fragen müssen. Dabei sollte man im Auge behalten, daß das „Columbus" genannte europäische Element der amerikanischen Raumstation auch einmal für ein Europa-eigenes Projekt dieser Art genutzt werden könnte.

Darüber hinaus steht die Koalition vor der Frage, ob sie bis ins nächste Jahrzehnt die Weichen stellen will – beziehungsweise nicht mehr stellen will –, wie es der Ministerkompromiß vorschlägt. Es geht nicht einmal nur darum, das französische Angebot als Option offenzuhalten. Auch „Hermes" muß sich ja noch viel Hinterfragen gefallenlassen, ehe es als ernsthafter Freier um die deutsche Entscheidung auftreten kann.

Fragwürdig wäre eine Festlegung aus allgemeineren Gründen. Wir sehen in diesem Land Forschung zu sehr unter dem Aspekt staatlicher Ausgabenprogramme, und die mögen unter dem Anprall von „Columbus" und „Ariane 5" in der Tat auf lange Zeit ausgereizt sein. Aber wie steht es mit der technologischen Beschaffungsstrategie des Bundes? Wie mit steuerpolitischen und anderen fiskalischen Instrumentarien, die die Privatwirtschaft zu stärkerem Forschungsengagement ermuntern könnten? Diese Mittel sind noch lange nicht ausgeschöpft, *als daß man sich auf* irgendeinem Gebiet der High-Tech-Politik, und sei es dem Weltraum, ein „Bis-hierher-und-nicht-weiter" leisten könnte.

Die Wirtschaft nimmt aus gutem Grund staatliche Vorgaben als Signal, selber etwas zu tun oder zu unterlassen. Man sollte es ihr ermöglichen, in viele Richtungen und für viele Einsätze zu planen und zu forschen. „Hermes" ist ohne Zweifel eine Idee, deren Zeit kommen wird, weil Europa zwischen den machtpolitischen und technologischen Riesen dieser Erde sein eigenes Profil wahren muß. Ein Bundestechnologierat, wie ihn Außenminister Genscher vorschlägt, wäre ein vorzügliches Forum, Ziele und fiskalische Dimensionen unserer technologischen Zukunft auszuloten. Inzwischen mögen wir „Columbus" unsere Hand geben – ohne „Hermes" ganz aus dem Auge zu verlieren.



Wieder zerschlägt der Krieg die aufkeimende Normalität

Vietnams Truppen in Kambodscha haben dem Widerstand schwere Niederlagen bereitet. Wieder flüchteten Zehntausende nach Thailand. Ein Bericht aus dem Grenzgebiet.

Von CHRISTEL PILZ

Sie wirken wie Geister, dunkelhäutige Gestalten, Angst steht in ihren Augen. Stumm, die Alten wie die Jungen, stehen sie entlang der staubig-heißen Erdpfade auf einem Stück thailändischen Bodens, wo sie vor drei Jahren schon einmal waren: Tap Siem, steppenartiges Gelände an der Grenze. Sie wollen die Besucher sehen, die aus Bangkok kommen, vier Stunden Autofahrt entfernt, Mitglieder internationaler Organisationen, Diplomaten, Journalisten. Es ist verzweifelte Hilflosigkeit, die aus dem attrappenhaften Aufmarsch dieser Menschen spricht. Selbst wenn die Fremden ihnen helfen, nach Kambodscha zurückzukehren, scheinen sie als ewige Flüchtlinge verdammt zu sein, mit Schonzeiten zwischen neuer Vertreibung durch die Soldaten Hanois – Khmer ohne Land.

„Warum haben unsere Guerrillas uns nicht beschützen können?" wundert sich ein junger Mann, der mit dem Massenexodus von 62 000 Menschen in den Weihnachtstagen aus der KPNLF-Grenzsiedlung Nong Samet nach Thailand kam. KPNLF ist die Kurzformel für die „Nationale Kambodschanische Befreiungsfront" unter Führung des ehemaligen kambodschanischen Premierministers Son Sann.

In den letzten vier Jahren hat Son Sann eine Guerrilla-Truppe von 15 000 Mann auf die Beine gebracht. Das zumindest behaupten seine Sprecher. Thai-Offiziere nennen die Zahl 12 000. Wieviele es auch immer sind, es bleibt die Tatsache, daß Waffen und Kampfbereitschaft allein keine Soldaten machen. Es fehlt Son Sann an fähigen Kommandeuren und Ausbildern, an militärischer Disziplin, an Kampferfahrung gegen die in 40 Jahren Krieg gestählten Vietnamesen. Gleiches gilt für die fünftausend Guerrillas der Widerstandsfront unter Prinz Sihanouk. Anders ist das bei den ehemaligen Roten Khmer. Rot, so sagen sie, seien sie nicht mehr.

Die Jahre zwischen 1975 und Ende 1978, als sie die Herrscher Kambodschas waren und ihrem Volk von sieben Millionen Menschen eine blutige Bauern-Revolution aufzwangen, seien ein Kapitel der Vergangenheit. Sie hätten dem Sozialismus entsagt. Ob das Volk ihnen glaubt? Fest steht, daß sie es geschafft haben, eine Streitmacht von mindestens 60 000 Soldaten zu rekrutieren und daß sie die einzige effektive Kraft im Widerstand gegen die 180 000 Vietnamesen sind, die Hanoi auf kambodschanischem Boden hält. In der Armee der Ex-Roten Khmer herrscht eiserne Disziplin, viele ihrer Führer wurden einst von den Vietnamesen trainiert, haben mit ihnen zusammen gekämpft. Das war so noch Anfang der 70er Jahre, als die Roten Khmer das nichtkommunistische Regime unter Präsident Lon Nol bekämpften. Die Ex-Roten Khmer kennen die Absichten der Vietnamesen, ihr strategisches Denken, ihr taktisches Manövrieren. Wie Son Sann und Sihanouk halten auch sie einige Militärcamps und zivile Siedlungen an der Grenze zu Thailand, der größte Teil ihrer Soldaten aber kämpft im Landesinnern.

Das könnten sie nicht, wenn sie nicht die Unterstützung der Bevölkerung hätten. Ganze Landstriche unterstehen wieder ihnen. Den Ex-Roten Khmer gehören Dörfer und Felder, den Vietnamesen Straßen und Städte, und die auch nur tagsüber.

Die Bedeutung der Son-Sann- und Sihanouk-Gruppe im Kampf gegen die Vietnamesen ist primär politisch und psychologisch. Sie haben keine blutbefleckte Vergangenheit wie die ehemals Roten Khmer. Sie sind hoffähig im Westen, der sie diplomatisch und finanziell unterstützt, der Pate stand, als sie sich 1982 zu einer Widerstandsregierung mit den Roten Khmer verbanden und deren Staatsbezeichnung „Demokratisches Kampuchea" übernahmen.

Was aber ist von der Son-Sann-Front jetzt noch übrig? Ihre acht Grenzlager sind überrannt. Viele sind über die Grenze geflohen. Ihre Siedlungen wie Nong Chan, Sok San, Nong Samet und Ampil, um die vier größten zu nennen, sind teilweise verbrannt.

Schon in den ersten beiden Monaten ihrer neuen Trockenzeit-Offensive haben die Vietnamesen die Son-Sann-Gruppe de facto zerschlagen. Der Kreml wird Beifall zollen. Er hatte dafür ein Großaufgebot an schwerer Artillerie und Munition, an Panzern und gepanzerten Mannschaftswagen gestellt. Nichts dergleichen hatten die Son-Sann-Soldaten. War das der Grund für ihre Niederlage? Sie behaupten, hätten sie ebenfalls schwere Waffen und mehr Munition gehabt, hätten sie den Vietnamesen standhalten können.

Mehr Munition? Beobachter werden skeptisch. China hatte sie reichlich versorgt, auch mit Panzerabwehrwaffen, was ist daraus geworden? Sind sie vielleicht in die Kanäle des Schwarzhandels geraten? Was ist anders als in den Jahren vor 1975, als die Kommandeure des Lon-Nol-Regimes schwere Geschütze an die Roten Khmer verkauften, die damit ihren Sieg nach Phnom Penh freischossen. Kein Wunder, daß die disziplinierten Khmer-Kommandeure wenig Sympathien für die Son-Sann-Kämpfer haben und gar nicht daran dachten, ihre Truppen zu deren Hilfe zu schicken.

Werden die Son-Sann-Kommandeure die Konsequenzen ziehen? Wollen sie weiterkämpfen, haben sie keine andere Wahl, als aus der Illusion zu erwachen, daß der Krieg gegen die Vietnamesen kein „Frühstück" ist mit Rosen auf dem Tisch, wofür der KPNLF-Chefkommandeur Dien Del seinen Kommandobunker im gefallenen Ampil mit einer Rosenzucht umgeben hatte? Die Tragik liegt bei den Zivilisten. Wie ein goldener Traum erscheinen ihnen die letzten Jahre, als die meisten von ihnen in relativem Frieden lebten, jede Familie ihre eigene Bambushütte hatte mit einem Gärtchen drumherum, wo sie Gemüse zogen und Blumen pflanzten, Hühner hielten und Schweine, manche auch Kühe. Ihr Leben hatte sich weitgehend normalisiert. Sie trieben Handel untereinander, mit den benachbarten Thais, mit den Khmer, die aus dem Hinterland kamen, wie auch mit vietnamesischen Soldaten. Handel ist Handel.

Ist all das zu Ende? Die Son-Sann-Flüchtlinge wissen, daß sie frühestens mit Beginn der Regenzeit wieder zurückgehen können, wenn schlammige Böden die Vietnamesen zum Rückzug zwingen. So war es bisher. Dieses Jahr aber, verkündete Hanoi, werde es anders sein. Die Truppen würden bleiben. Doch vorerst heißt es für die Soldaten Hanois, die Trockenzeit zu nutzen und zu versuchen, auch die Zivilbevölkerung der Sihanouk-Truppe und der ehemals Roten Khmer über die Grenze zu treiben.

Flüchtling als Dauer-Schicksal: Khmer-Frauen mit ihren Habseligkeiten in primitiven Erd-Behausungen FOTO: ROLAND NEVEU/STUDIO X



Für viele der aus Äthiopien evakuierten Juden begann das Leben in der neuen Heimat im Krankenhaus FOTO: SVEN NACKSTRAND / STUDIO X

Der Flug in die neue Heimat – ein Sprung über Jahrhunderte

Jene Tausende von Juden, die aus den Hungergebieten Äthiopiens evakuiert wurden, sind nicht die ersten „schwarzen Juden", die nun in Israel leben. Frühere Einwanderer aus Äthiopien haben den Zivilisationssprung geschafft, und dies werden wohl auch die neuen. Probleme sieht allerdings das Oberrabbinat.

Von EPHRAIM LAHAV

„We are Jews like you!" hieß es auf den Plakaten, mit denen eine Abordnung von Einwanderern aus Äthiopien vor dem Amt des Ministerpräsidenten in Jerusalem demonstrierte. Sie protestierten nicht etwa gegen die vereinzelten, inzwischen überwundenen Widerstände wie in Beersheba, Ober-Nazareth oder Afula, wo alteingesessene Israelis die neuen „primitiven" Einwanderer nicht haben wollten. Die Plakate richteten sich vielmehr gegen das israelische Oberrabbinat, das sich erst nach sehr tiefgreifenden Diskussionen zu dem Entschluß durchgerungen hat, die Äthiopier als Juden anzuerkennen. Allerdings waren die Bedenken des Rabbinats nicht aus der Luft gegriffen. Denn die äthiopischen Juden splitterten sich vor fast dreitausend Jahren vom damaligen Hauptteil des jüdischen Volkes ob und entwickelten sich getrennt. Nach einigen Generationen hatten sie ihre Entstehung vergessen und glaubten, sie seien die einzigen Juden in der Welt.

Infolge ihrer Absonderung hatten sie nie etwas vom Talmud gehört, der in Israel in den ersten vier Jahrhunderten n. Chr. geschrieben wurde und sich zweitausend Jahre als Bindeglied der Juden in der Welt (außer in Äthiopien) erwies. Die äthiopischen Juden pflegen heute religiöse Bräuche, die noch aus der Zeit des ersten, von König Salomon (970–930 v. Chr.) erbauten Tempels stammen, und statt Gebete zu sprechen opfern sie Lämmer – wie zur Zeit des Tempels. Sie sind gewissermaßen ein Stück jüdischer Frühgeschichte, das wieder lebendig geworden ist.

Auch die Kenntnis der hebräischen Sprache ging ihnen in ihrer langen Diaspora verloren. Sie verehren und lesen zwar bis heute die Bibel, das Alte Testament, aber nicht auf hebräisch, sondern auf „Gez" – die alte Liturgiesprache der äthiopischen Christen.

Viele religiöse Gebote, die nicht wörtlich in der Bibel enthalten sind, sondern nur auf talmudischer Auslegung beruhen, etwa die unzähligen Verbote am Sabbath, sind den äthiopischen Juden unbekannt und scheinen ihnen unlogisch zu sein.

All dies hätte das israelische Rabbinat nicht so besorgt, denn „auch ein sündiger Jude ist Jude", wie die rabbinische Regel lautet. Es geht indes um folgendes Problem: Die Äthiopier haben ihre eigenen Priester, die Trauungen und Scheidungen vollziehen. Die Scheidungsregeln werden viel lockerer gehandhabt, als dies heute in Israel die Praxis ist. Doch für das Rabbinat gilt der Grundsatz, daß eine nicht völlig makellose Scheidung ungültig ist. Wenn dann eine ungültig geschiedene Frau wieder heiratet, so gelten ihre Kinder als „Bastarde" und dürfen nur andere „Bastarde" heiraten.

Die Rabbiner befürchteten eine „Massenbastardisierung" der Israelis durch Mischheiraten mit äthiopischen Juden. Als Ausweg beschlossen sie, die Äthiopier als „zweifelhafte Juden" zu deklarieren und von ihnen einen rituellen Übertritt zu verlangen: bei Frauen das Eintauchen in einer „Mikvah", einem rituellen Bad, bei Männern zusätzlich eine symbolische Beschneidung in der Form eines Nadelstiches in die Vorhaut, bis ein Tröpfchen Blut fließt.

Dies fanden die neuen Einwanderer entwürdigend. Mittlerweile hat sich das Rabbinat bereiterklärt, auf den Nadelstich zu verzichten – nicht aber auf die Übertritts-Zeremonie.

Die äthiopischen Einwanderer in Israel wissen nicht recht, wie sie sich verhalten sollen, nachdem sie seit etwa zehn Tagen im Rampenlicht der Weltpresse stehen. Während sie früher leicht zugänglich und gesprächig waren, sind sie jetzt scheu geworden. „Wir wollen nicht die Auswanderungsaussichten unserer Familien gefährden, die noch in Äthiopien zurückgeblieben sind", heißt es da. Und sie reden jetzt nur, wenn sie von ihren Betreuern dazu ermutigt werden.

Denn die meisten sind erst bis zu vier Jahren im Land und sind auch heute noch auf Betreuer angewiesen. Sie sprechen zwar hebräisch, haben sich aber noch nicht in den israelischen Volkskörper eingefügt wie z. B. Einwanderer aus Europa oder Nordafrika. Sie wohnen noch immer in größeren geschlossenen Gruppen. In der nördlichen Stadt Safed etwa wohnen mehrere Hundert Äthiopier. Die meisten aber leben weiter in „Integrationszentren", wo der Aufenthalt eigentlich auf ein Jahr beschränkt ist. Doch im Falle der Äthiopier läßt man sie dort, solange es nötig ist.

In der südlichen Stadt Ashkelon zum Beispiel gibt es zusätzlich zum Integrationszentrum schon eine ziemlich große äthiopische Bevölkerung, die sich in das Erwerbsleben eingefügt hat. Aber sie wohnen alle in zwei größeren Nachbarschaften. Die Betreuer der „Jewish Agency" haben aus den Fehlern der Masseneinwanderung der frühen 50er Jahre gelernt. Damals war es die Regel, daß man die ethnischen Gruppen mischte: Einwanderer aus Polen und Marokko, aus England und Jemen wurden mit- und nebeneinander angesiedelt. Das führte zu Konflikten und half der Integration nur wenig. Hingegen zeigte sich die Ansiedlung in ethnischen Gruppen integrationsfördernd. Denn die jungen Leute lösten sich allmählich, zogen fort und vermischten sich mit der übrigen Bevölkerung ohne Lenkung von oben.

Ebenso wie einst die Einwanderer aus Marokko und Kurdistan und dann die Jemeniten verrichten auch jetzt äthiopische Einwanderer Arbeiten, die kein anderer – auch nicht israelische Araber – ausführen will. Sie übernehmen Hilfsarbeiten bei der Orangen-Ernte, bei Geflügelschlächtern, in Textilfabriken und Druckereien. Ein Ehepaar, das ganztägig arbeitet, kann umgerechnet 1500 Mark im Monat nach Hause bringen. Da sie ihre Wohnung umsonst oder sehr billig bekommen, haben sie ein passables Auskommen.

Äthiopier in festen Arbeitsstellungen werden – so zeigt die Erfahrung – rasch mit den Segnungen der Zivilisation vertraut. In ihren Wohnungen in Ashkelon zieht man moderne Möbel, Farbfernseher, elektrische Geräte, Backöfen, Vorhänge und Teppiche. Und vor dem Fenster gepflegte Gärten. Sie haben in kurzer Zeit ein Jahrtausend übersprungen.

(SAD)

Als Tito an den Slowenen Rache nahm

Von CARL G. STRÖHM

In Jugoslawien ist der Ruf nach einer Rehabilitierung jener 12 000 Mann der „Slowenischen Heimwehr" laut geworden, die vor vierzig Jahren als Kollaborateure mit den Deutschen von Titos Truppen niedergemetzelt wurden.

Während und kurz nach dem Zusammenbruch waren in den ersten Maitagen 1945 nicht nur zahlreiche deutsche Soldaten über die Karawanken nach Kärnten gezogen – in der Hoffnung, nicht Titos Partisanen in die Hände zu fallen. Auch vier Regimenter der mit den Deutschen kooperierenden „Slowenischen Heimwehr" – insgesamt 12 000 Mann – hatten sich nach Norden durchgeschlagen und nach der Kapitulation mit der Waffe in der Hand, gemeinsam mit Soldaten der Unterführerschule der SS-Division „Prinz Eugen", gegen jugoslawische Partisanen den Übergang über die Drau erzwungen. Am anderen Ufer ließen sich die slowenischen Heimwehr-Leute („Domobranci") entwaffnen und im Lager Viktring bei Klagenfurt internieren.

Die „Slowenische Heimwehr" war nach der Kapitulation Italiens 1943 aus der sogenannten „weißen Garde" hervorgegangen. In den bisher von Italien annektierten Teilen Sloweniens – das Land war 1941 zwischen dem deutschen Reich und dem faschistischen Imperium Mussolinis geteilt worden – richteten die Deutschen eine slowenische Landesregierung unter General Leon Rupnik, einem ehemalig königlich-jugoslawischen Offizier, ein. Als in Slowenien die kommunistischen Partisanen aktiv wurden, bildete sich eine bewaffnete Gegenbewegung aus jungen Antikommunisten.

WIE WAR DAS?

Es handelte sich meist um Bauernsöhne, aber auch um katholische Priester und um Angehörige der Intelligenz. Die slowenische antikommunistische Bewegung war nicht nazistisch, sondern autoritär-katholisch. Ihre geistigen Wurzeln reichten in die Tradition der slowenischen katholischen Volkspartei vor dem Zweiten Weltkrieg und in die katholisch-bäuerliche Jugendbewegung.

Den Deutschen, die in Oberkrain und Untersteiermark eine brutale Entslowenisierungspolitik führten und die gleichzeitig als Gegner des Katholizismus und des Slawentums auftraten, standen die slowenischen Antikommunisten innerlich reserviert gegenüber. Aber es blieb den Antikommunisten keine andere Wahl: Je stärker die kommunistischen Partisanen Titos ins Land rückten, desto mehr waren die antikommunistischen Kräfte Sloweniens auf einen Partner angewiesen, der ihnen Waffen gab. Da die Westalliierten, vor allem die Briten, damals total auf Tito gesetzt hatten, konnten das nur die Deutschen sein. Unter den Deutschen war es wiederum der SS-Apparat Himmlers, der in den besetzten Gebieten die entscheidende Macht ausübte. So kam es, daß slowenische Nationalisten und Katholiken sich gegen Ende des Zweiten Weltkrieges in einer taktischen Waffenbrüderschaft mit dem Dritten Reich befanden.

Die slowenischen Antikommunisten hatten den kommunistischen Partisanen in weiten Teilen des Landes blutige Schlachten geliefert. Große Teile des slowenischen Unterlandes blieben bis fast zum Kriegsende frei von Partisanen. Zu Beginn des Jahres 1945 hofften die slowenischen Antikommunisten, den Zusammenbruch des Dritten Reiches vor Augen, auf die Engländer.

Doch die britische Armee täuschte die Heimwehrleute. Unter dem Vorwand, nach Italien transportiert zu werden, um sich dort einer angeblichen Streitmacht jugoslawischer Monarchisten anzugliedern, wurden die slowenischen Heimwehrleute Ende Mai 1945 in Eisenbahnwaggons verfrachtet und an Titos Partisanen ausgeliefert. Was folgte, war ein blutige Abrechnung der kommunistischen Sieger mit den antikommunistischen Besiegten. Im Hornwald bei Gottschee (Kocevski Rog) wurden die 12 000 Slowenen fast bis auf den letzten Mann erschossen und in Massengräbern verscharrt. General Rupnik wurde von den Briten an Tito ausgeliefert und hingerichtet.

Die Dimension dieser Massenerschießungen wird erst deutlich, wenn man bedenkt, daß Slowenien damals etwa 1,6 Millionen Einwohner hatte. Es wurde also fast ein Prozent der Gesamtbevölkerung – dazu fast ausschließlich junge Männer – hingerichtet. Eine slowenische Lehrerin stellte jüngst in einem Leserbrief an die kommunistische Parteizeitung „Delo" die Frage, wie sie den Kindern erklären könne, daß die Slowenen, die auf Hitlers Seite kämpften, allesamt umgebracht worden seien – während den Deutschen, die das gleiche getan hatten, dieses Schicksal erspart blieb.

Die Heilkräfte der Natur stehen immer höher im Kurs

Die „grüne Welle" macht auch vor der Medizin nicht halt. Immer mehr Jünger des Äskulap besinnen sich auf die Heilkräfte der Natur. Pflanzenkunde, Akupunktur, Sauerstoff-Therapie und Frischzellen-Kur sind gefragt. Weniger Chemie, mehr Natur heißt die Devise.

Von WILM HERLYN

„Da wir Heilpraktiker keine Zwei-bis-drei-Minuten-Praxis unterhalten und keine Fließband-Naturheilkunde betreiben, können wir uns auch nicht von den privaten Krankenversicherungen mit dem einfachen bis 2,3fachen Satz für persönliche Leistungen und den einfachen bis 1,8fachen Satz für übrige Leistungen abspeisen lassen." Diese Feststellung des Heilpraktikers Stephan Wagner muß die Mediziner ins Mark getroffen haben. Denn viele von ihnen blicken neiderfüllt auf die Honorarfreiheit ihrer freischaffenden Konkurrenz, während sie selbst an die Gebührenordnung für Ärzte gebunden sind.

Wieviele Heilpraktiker sich in Deutschland niedergelassen haben – es sollen knapp 8000 sein – ist genauso unsicher wie die Höhe ihrer Umsätze. Zwei Milliarden Mark pro Jahr gibt der Bund Deutscher Heilpraktiker an – eine erkleckliche Summe. Und die „Standes-Mediziner" weisen mit spitzen Fingern auf die Symbolfigur Manfred Köhnlechner, der sich seinerseits nicht scheut, approbierte Ärzte in seiner Praxis anzustellen für die Handreichungen, die er selbst – qua Gesetz – nicht tun darf. Viele Behandlungsmethoden der Heilpraktiker sind umstritten. Aber die wenigsten Heilpraktiker müssen sich über mangelnden Zulauf beklagen.

„Daran sind die Ärzte selbst schuld", sagt einer von ihnen, der Füssinger Mediziner Karl Heinz Caspers. Er wirft seinen Kollegen vor, sich und ihre Praxis zu schlecht zu organisieren. Caspers sieht seinen Berufsstand als „Dienstleister ohne Sonderstellung". Daraus aber erwachse die Verpflichtung, sich besonders zeitintensiv um die Patienten zu kümmern. Er selbst organisierte seine „Klinik für Naturheilverfahren" in Bad Füssing wie ein Unternehmen der Wirtschaft, analysierte jede Handreichung, gewichtete sie. Und er kam zu dem Ergebnis: „Der Patient will nicht wissen, wie schön ich ein Rezept ausfüllen kann, sondern wie gut ich diagnostiziere und mich bemühe zu heilen." So zu denken lernte er als langjähriger Manager in der pharmazeutisch und medizinisch-technischen Industrie, bevor er sich in Füssing niederließ. Seine Forderung an seine Kollegen: „Organisiert die Praxis besser, dann haben die Ärzte mehr Zeit für die Patienten und brauchen auch nicht mehr Geld von den Kassen."

Und ein zweiter Punkt ärgert ihn: der von den „Schulmedizinern" konstruierte Gegensatz zwischen Medizin und Naturheilverfahren. „Schulmedizin" sei ohnehin nur der Begriff für das, was gerade auf den Hochschulen gelehrt werde, wobei die technisch/chemische Medizin die Naturheilverfahren „erdrückt" habe.

Caspers erklärt das an praktischen Beispielen: Die deutsche pharmazeutische Industrie setzte im vergangenen Jahr rund 18 Milliarden Mark um. Die „Rote Liste" – das Verzeichnis der Fertigarzneimittel – umfaßt knapp 9000 Präparate. Aus eigener Erfahrung wisse er, daß die pharmazeutische Industrie mehr als 25 Prozent ihres Umsatzes für die Werbung ausgibt. Diese erdrückende Flut kanalisiere die Verordnungsentscheidungen des Arztes in erheblichem Maße.

Es gehört zu den Selbstverständlichkeiten der ärztlichen Arbeit, sich zwischen Scylla und Charybdis zu bewegen – zwischen dem Wunsch zu heilen und dem Risiko zu schädigen. Caspers sieht die Gefahr, daß viele Ärzte der Versuchung einer unkritischen Fixierung auf Chemie, Chemotherapie und Chirurgie erliegen, statt eine allumfassende Medizin zu treiben. Es würden Behandlungsreflexe programmiert, die dem praktizierenden Arzt allmählich nicht mehr die freie Entscheidung darüber ließen, wie ein bestimmtes ärztliches Problem anzugehen sei. Dies beginne schon in den ersten klinischen Semestern: „Der Arzt wird zu dem, was er sicher nicht sein will, nämlich zum Erfüllungsgehilfen der Industrie."

Dagegen und gegen zum Teil auch gefährliche Naturheilapostel und -praktiker setze das Naturheilverfahren vier Punkte:

- Selbstheilungskräfte,
- natürliche Mittel,
- den Grundsatz des „primum nil nocere", das heißt vor allem nicht zu schaden, und
- die ganzheitliche Betrachtungsweise.

Caspers definiert die Naturheilverfahren als die Methoden, die sich an die „Heil- und Ordnungskräfte des Körpers selbst wenden, um sie zu aktivieren, dabei in der Natur vokommende Mittel oder Erscheinungen verwenden, gleichzeitig jede Schädigung des Organismus möglichst vermeiden und den Menschen diagnostisch und therapeutisch in seiner Ganzheit zu erfassen".

Dabei will Caspers kein „Maschinenstürmer in der Medizin sein", sondern er plädiert dafür, für die Wohlfahrt des Patienten „alle Technik" einzusetzen, die es gebe – aber gleichzeitig die „Heilkräuter aus der Ecke der Verteufelung oder des Dornröschenschlafes" herauszuholen. Zur „Verteufelung" gehöre auch die Attitüde vieler Kollegen, die bei dem Wort oder allein schon bei der Vorsilbe „Natur" das Visier herunterklappen.

Caspers sieht am Interesse der jetzigen Generation von Hochschulabgängern, daß eine „biologische Epoche beginnt", die den Stellenwert der natürlichen Heilverfahren ungleich höher ansetzt als die bis vor wenigen Jahren noch gängige „Technik-Gläubigkeit" auch in der Medizin.

Dabei sieht Caspers aber auch deutlich die Grenzen rein natürlicher Heilmittel. Schon die Ägypter hätten etwa das Heilfieber gekannt, ein künstlich erzeugtes Fieber zur Stabilisierung von Abwehrkräften. Heute spritzen Ärzte, um solche Heilfieber zu erzeugen, beispielsweise abgekochte Milch. Dabei sind sie sich der Gefahr bewußt, daß die Reaktionen ungesteuert und unkontrolliert auftreten können. Er dagegen setzt in diesem Punkt auf die Technik – und wendet in seiner Klinik Infrarotlicht mit Spezialfilter – auf exakt 900 Nanometer eingestellt – an, und kann damit das Fieber auf ein Zehntel Grad genau regulieren.

Auf der anderen Seite ist Caspers einer der eifrigsten Verfechter der sogenannten Sauerstoff-Mehrschritt-Therapie (SMT). Erfunden wurde sie 1977 von Professor Manfred von Ardenne aus Dresden. Bis dahin galt das Absinken des arteriellen Sauerstoffpartialdruckes als irreversible Erscheinung des Alters. Diese Kenngröße umschreibt die Fähigkeit der Lunge, das Blut mit dem lebensnotwendigen Sauerstoff „zu beladen". Sie liegt beim jungen Menschen zwischen 90 und 100 Torr und sinkt mit zunehmendem Alter auf einen Druck von unter 70 Torr ab. Mit weniger als 50 Torr ist der Mensch nicht mehr lebensfähig. Caspers, der die SMT in der Bundesrepublik als erster Arzt praktizierte, wies inzwischen nach, daß mit dieser Methode gerade bei streßgeplagten Managern der Sauerstoffdruck erheblich verbessert werden konnte und über Monate das erreichte Niveau hielt. Vorausetzung für den Dauererfolg ist allerdings eine einigermaßen natürliche Lebensweise. Bewegungsarmut, Erkältungskrankheiten, Überarbeitung oder Operationen lassen den Sauerstoffdruck wieder absinken.

Caspers kann, wie er sagt, belegen, daß er breite Erfolge auf den Indikationsgebieten von streßbedingten Störungen der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit über Herzarrhythmien, Angina pectoris, Nieren-, Leber- und Kreislauferkrankungen erzielen konnte.

Caspers geht inzwischen weiter. Er untersucht, ob die Verbesserung des Sauerstoffdrucks auch eine Möglichkeit der Krebstherapie sein könnte. Erste Ansätze für positive Reaktionen habe er bereits gefunden.

CSU: Deutsche Frage ist kein isoliertes nationales Problem

Landesgruppe will deutschlandpolitische Offensive / Grundsatzpapier in Kreuth verabschiedet

PETER SCHMALZ, Kreuth

Mit einer deutschlandpolitischen Offensive will die CSU-Landesgruppe die Diskussion über die deutsche Frage und über das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen neu beleben und mit konkreten, für eine breite Öffentlichkeit verständlichen Argumenten aus dem rechtsformalistischen Bereich herausführen. Nach der CSU-Klausurtagung im oberbayerischen Wildbad Kreuth erklärte der Bundestagsabgeordnete Hans Graf Huyn, die rechtlichen Aspekte der deutschen Frage seien zwar von großer Bedeutung und kein „Formelkram", um dieses Problem jedoch im Bewußtsein der Welt lebendig zu halten und eine Lösung voranzutreiben, „muß Deutschlandpolitik inhaltlich auf eine international verständliche und akzeptable Basis gestellt werden".

In einem umfangreichen, von der Klausurtagung einstimmig verabschiedeten Papier unter dem Titel „Gedanken zur Deutschlandpolitik" regt die CSU an, die Begriffe Selbstbestimmung und Menschenrechte offensiver als bisher in die öffentliche Meinungsbildung einzubringen. Dabei sei es wichtig, die „Einheit als Ausfluß des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen und deshalb als natürliches Grundrecht" darzulegen. Rechtspositionen werden als „logische Folgen" dieses Grundgedankens bezeichnet.

Dabei verweist die CSU auf eine Reihe internationaler Verträge, die auch von der Sowjetunion und zumeist auch von der „DDR" mitunterzeichnet sind. Politische Aktivitäten wie Anfragen im Bundestag und ein von der CSU-Landesgruppe noch für dieses Jahr geforderter deutschlandpolitischer Kongreß der CSU sollen mithelfen, die allgemeine Kenntnis über die Verträge und die aus ihnen auch für den Osten resultierenden Verpflichtungen zu vergrößern. Die einschlägigen Vertragspassagen müssen nach Ansicht der bayerischen Unionspartei Allgemeingut in der politischen Debatte werden.

So erinnert das CSU-Papier an die „Atlantik-Charta" von 1941, an die Charta der Vereinten Nationen, an die internationalen Pakte über bürgerliche und soziale Rechte so wie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 und an die KSZE-Schlußakte, die alle das Selbstbestimmungsrecht als Ausdruck der menschlichen Würde und damit als wesentlichen Teil der Menschenrechte verstehen. Graf Huyn: „Die Verpflichtung auf den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts bindet alle Unterzeichnerstaaten. Insbesondere die sogenannten ‚internationalen Pakte' und die KSZE-Schlußakte müssen deshalb aktuell zur Begründung der deutschen Forderung nach Selbstbestimmung herangezogen werden". Deshalb fordert die CSU von der Bundesregierung, die KSZE-Nachfolgekonferenz in diesem Jahr im kanadischen Ottawa und 1986 in Wien in diesem Sinne zu nutzen.

Die CSU will die deutsche Frage jedoch nicht als ein isoliertes nationales Problem der Deutschen sehen. Sie ist „kein deutschlandspolitisches Internum, sondern eine europäische Frage; sie muß daher gemeinsam mit unseren Partnerstaaten für Europa behandelt werden". Deshalb sei zu fordern, die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker in Europa zu gewähren und damit die „propagandistische Dominanz des Ostblocks auf diesem Feld zu überwinden", nachdem der Osten bisher immer wieder die Kernfrage „Menschenrechte" zu vernebeln vermochte durch die in die westliche Öffentlichkeit getragenen Debatten über Scheinthemen wie „Revanchismus" oder „Kriegs- und Atomgefahr". Zugleich regt die CSU eine Große Anfrage im Bundestag an zur „Darstellung der deutschen Frage in den Bildungseinrichtungen der Bundesrepublik und der DDR". Anlaß dafür sei die Unkenntnis vor allem der jungen Generation über die tatsächliche Lage Deutschlands, das entsprechende Lehrangebot an den Schulen wird als dürftig bezeichnet, weshalb „nicht nur die jungen Deutschen, sondern auch bereits die jüngere Generation von Lehrern und Politikern erhebliche Defizite in ihrer Kenntnis über Deutschland aufweisen".

In seinem Referat und der anschließenden mehrstündigen Diskussion sprach sich der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß entschieden gegen eine übereilte Privatisierung der Lufthansa aus. Er sei zwar nach seiner politischen Philosophie und seiner wirtschaftspolitischen Herkunft kein Gegner einer Privatisierung, diese müsse aber von Fall zu Fall differenziert beurteilt werden. Es mache keinen Sinn – so Strauß – die Lufthansa an die erste Stelle einer Privatisierungsliste zu setzen, wenn beispielsweise VW darauf überhaupt nicht vertreten ist. Die CSU will heute im Koalitionsgespräch vom Bundeskanzler ein Gesamtkonzept fordern, das erstellt werden muß, bevor einzelne Unternehmen privatisiert werden.

Einhellig unterstützten die CSU-Abgeordneten die Kritik von Strauß am Flick-Unteruchungsausschuß und bezeichneten die Gegenkritik von Bundestagspräsident Jenninger an Strauß als „nicht dienlich". Landesgruppenchef Theo Waigel vor Journalisten: „Wir werden das Philipp Jenninger in aller Freundschaft sagen". Die Worte von Strauß hätten „geradezu befreiend in der politischen Landschaft gewirkt".

Seite 2: Meteorologisches

Spilker wird Nachfolger von Althammer

dpa, Rottach-Egern

Die Bonner CSU-Landesgruppe hat auf ihrer Klausurtagung im oberbayerischen Wildbad Kreuth den CSU-Bundestagsabgeordneten Karl-Heinz Spilker zum neuen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nominiert. Spilker tritt auf diesem der CSU zustehenden Stellvertreterposten die Nachfolge von Walter Althammer an. Wie Landesgruppenchef Theo Waigel in Rottach-Egern mitteilte, setzte sich der 63jährige Rechtsanwalt Spilker, der auch Schatzmeister der CSU ist, mit 33:15 Stimmen gegen den 40jährigen CSU-Abgeordneten Michael Glos durch. Spilker gehört dem Bundestag seit 1969 an.

Für geringere Unternehmenssteuern

DW. Bonn

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und der neue Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Joachim Langmann, haben sich für eine Reform der Unternehmensbesteuerung ausgesprochen. Stoltenberg erklärte in einem Interview der „Bild am Sonntag", eine gewisse Entlastung der im internationalen Vergleich viel zu hohen Unternehmenssteuern sei in der kommenden Legislaturperiode notwendig. Auch müßten dann Steuersubventionen gegen massivste Widerstände abgebaut werden. BDI-Präsident Langmann sagte in einem Interview des Südwestfunks, das derzeitige System der Unternehmensbesteuerung benachteilige vor allem in Zeiten der Flaute schwache Firmen gegenüber finanzstarken Unternehmen.

Döring: Der Sieger muß anders dastehen als der Verlierer

WELT-Gespräch mit dem neuen FDP-Landesvorsitzenden in Baden-Württemberg

XING-HU KUO, Stuttgart

Der neu gewählte Landesvorsitzende der baden-württembergischen FDP, Walter Döring (30), will mit dem designierten Bundesvorsitzenden Martin Bangemann loyal zusammenarbeiten. In der Landespolitik setzt er vor allem auf Konsens und Fairneß.

In einem WELT-Gespräch unterstrich der überraschende Sieger (gegen den favorisierten Georg Gallus), daß er gerade die wirtschaftspolitischen Aspekte, die Bangemann vertrete, „mitträgt": Bangemann habe auf dem Dreikönigsparteitag eine Art „Re-Ideologisierung" des FDP-Liberalismus angedeutet, die es weiterzuverfolgen gelte. Wie auch der Wirtschaftsminister befürwortet der junge FDP-Chef, der zur „rechten Mitte" seiner Partei gerechnet wird, „zwar nicht Abkehr, aber Zurückdrängung der Gleichheit zu Gunsten der Freiheit".

Konkret sagte der Lehrer aus Schwäbisch Hall: „Gleichheit ist für mich immer Chancengerechtigkeit am Start. Aber nach 20 Jahren ist jeder einzelne gefordert gewesen. Was er dann aus den gleichen Startchancen gemacht hat, muß entsprechend gewürdigt werden. Ich bin dafür, daß der Sieger auch anders dasteht als der Verlierer. Dies hat nichts mit Ellbogengesellschaft zu tun."

Obwohl Döring seit seinem Amtsantritt vor knapp zwei Wochen immer wieder die Eigenständigkeit des Landesverbandes gegenüber Bonn unterstrichen hat, befürchtet er keine Konfrontation wie etwa seinerzeit zwischen Eppler und Helmut Schmidt bei der SPD. Döring betont, daß es lediglich unterschiedliche Schwerpunkte zwischen Bonn und Stuttgart geben werde: während Bangemann „hauptsächlich die wirtschaftspolitische Seite" vertrete, werde der neue Landeschef in Stuttgart neben diesem „sehr wichtigen" Bereich beispielsweise in der Bildungspolitik einen landespolitischen Schwerpunkt sehen.

Der Oppositionspolitiker erklärte dabei, er möchte beim – häufig gescholtenen – Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU) „ein paar Dinge anerkennen". Gerade als Historiker sei er „erfreut darüber, daß die Geschichte wieder einen größeren Stellenwert in der Schule hat". Der neue FDP-Chef findet es auch „richtig, daß die unterschiedliche Gewichtung im Gymnasium von Leistungskurs und Grundkurs geändert worden" sei.

Kritisch beurteilt Döring dagegen die „arge Gängelung" in den Schulen des Landes. Ferner befürwortet er eine „Aufwertung der Schulen in freier Trägerschaft, wie etwa die Waldorfschulen".

Auch im Hochschulbereich sieht Döring Reformbedürftigkeit: Stellenstreichungen sollten „genauer überlegt werden". Vor allem fordert der neue FDP-Chef einen Abbau der „unsinnigen Bürokratie" an den Universitäten: gerade dies, und nicht nur bessere Gehälter, sei die Ursache für die Abwanderung mancher deutscher Wissenschaftler. Es gebe Professoren, so Döring, die nahezu ein Drittel ihrer Zeit für „bürokratische Aufwendungen" opferten, da bleibe „zu wenig für Forschung und Lehre" übrig.

Einen weiteren Schwerpunkt sieht Döring für seine künftige Politik in der Herstellung einer „sinnvollen Umweltpolitik", nicht etwa „zu Lasten der Wirtschaft, sondern „in Partnerschaft" mit ihr. Dies sei die „ökologische Marktwirtschaft". Auch hier befürwortet Döring mehr Einzelinitiative: weniger Staat und Bürokratie. Bereits in der Schule sollen die Kinder zu konkretem, persönlichem umweltfreundlichem Verhalten erzogen werden, so der Pädagoge.

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Jürgen Moriok, der vor der Landtagswahl mit einer Koalitionsaussage zugunsten der CDU in den Wahlkampf gegangen war, will Döring bei den Wahlkämpfen 1987 und 1988 (Bundestags-, Landtagswahl) zunächst „offensiv und selbstbewußt" die Inhalte der FDP-Politik vertreten. Wörtlich: „Denn wenn wir immer mit einer Koalitionsaussage im Mund herumlaufen, dann stehen wir ja immer als reine Anhängsel da." Er werde deshalb die Koalitionsaussage, zumindest in Baden-Württemberg, „erst mal offener halten".

Zu den Grünen erklärte Döring, er wolle sich „sachlich, fair und anständig" mit ihnen auseinandersetzen, auf keinen Fall ein „Draufdreschen". Deshalb sei er auch bereit, „Kontakte aufzunehmen und in Bereichen, in denen es möglich ist, auch mit ihnen zusammenzuarbeiten". Allerdings hätten die Grünen in ihrem Verhältnis zur Gewalt „noch ihre Probleme": „Ich hätte mich gefreut, wenn die Grünen nach den Anschlägen der letzten Zeit eine deutliche Distanzierung geäußert hätten."

Die Lage in Hessen bleibt unklar

Die SPD führte mit allen Parteien Gespräche / Ratlose Kommunalpolitiker

JOACHIM NEANDER, Wiesbaden

Anfang dieser Woche will die Hessen-SPD – heute der Landesvorstand, morgen die Landtagsfraktion – eine Bilanz der Gespräche ziehen, die sie in den vergangenen Tagen mit den drei anderen Parteien geführt hat. Gegenstand der Gespräche sollte die landespolitische Zukunft nach dem rot-grünen Scheitern sein. Doch es bedarf keiner Sehergabe, um das Egebnis dieser Bilanzbesprechungen vorauszusagen. Man wird heftig debattieren. Aber bis zur Kommunalwahl am 10.März bleibt alles ebenso unklar wie bisher.

Die drei Gesprächsrunden hatten nur dies gemeinsam: Die SPD wollte damit auch nach der rot-grünen Tisch-, Bett- und Gütertrennung jedermann beweisen, daß sie und kein anderer im Lande die Führung hat, ohne dabei Gefahr zu laufen, daß eine innerparteiliche Zerreißprobe die Sozialdemokraten schon vor der Kommunalwahl ernsthaft auf die Probe stellt.

Um dies zu erreichen, hatte die SPD-Delegation unter der Führung von Finanzminister Hans Krollmann (anstelle des erkrankten Ministerpräsidenten Holger Börner) eine zunächst ein wenig überraschende Verhandlungslinie abgesteckt. Nicht um Tolerierung, um wechselnde Mehrheiten oder nur um den Haushalt 1985 gehe es ihr in den Gesprächen. Das Ziel sei eine kalkulierbare, stabile Mehrheit bis zum Ende der Legislaturperiode 1987.

Diese Linie bestimmte auch die Gespräche. Am schnellsten war das mit der FDP zu Ende. Sie hatte schon vorher den Gesprächsgegenstand eng begrenzt: keine Koalition, aber Zustimmung zum Haushalt 85, wenn darin Mittel in Höhe von insgesamt 220 Millionen Mark umgeschichtet werden, weg von unwirtschaftlichen, „grünen" Förderungsprojekten zu vernünftigeren und dringender nötigen Maßnahmen.

Länger dauerte es mit der CDU. Der Grund: Die Union unter Walter Wallmann legte erheblich mehr auf den Tisch als nur ein nach außen gerichtetes Angebot zu einer Großen Koalition, nämlich detaillierte, kompromißbereite Vorschläge für eine wirklich dauerhafte Beteiligung an der Verantwortung. Obwohl die SPD-Politiker durchaus um die zu erwartende Entrüstung in Teilen ihrer Partei wußten, konnten sie am Ende nicht einmal ein Scheitern des Gesprächs mit der CDU feststellen.

Am längsten sprach man mit den Grünen, obwohl auch die schon vorher jedes Dauerbündnis ausgeschlossen hatten. Aber hier hatte man die gemeinsame Vergangenheit und die (vermeintlichen) Fehler auf beiden Seiten als zusätzlichen Gesprächsgegenstand.

Das Bild, das die hessische SPD nach dem zumindest vorläufigen Abschluß der Sondierungsgespräche nach außen bietet, ist eher noch unklarer als vorher. In ein- und derselben Woche erklärte Börners Stellvertreter Krollmann eine Große Koalition mit der CDU für „nicht ausgeschlossen", sein Kabinettskollege Ulrich Steger hielt dagegen eine Minderheitsregierung, die sich ihre Mehrheiten von Fall zu Fall auf allen Seiten besorge, für etwas „durchaus Normales". Staatssekretär Jörg Jordan von derselben SPD und aus demselben hessischen Kabinett flehte die linke Szene an, doch mit der SPD mehr Geduld zu haben. Sie sei doch erst „unterwegs" zu einem rot-grünen Bündnis.

Die verzweifelten Fragen sozialdemokratischer Kommunalpolitiker vor allem in Nordhessen, wie man mit einer solchen Meinungsvielfalt denn Wahlkampf betreiben solle, sollen jetzt durch die Verabschiedung eines Teilhaushalts für die gesetzlichen Zuweisungen des Landes an die Städte und Gemeinden wenigstens beschwichtigt werden. Für diesen Teilhaushalt erhofft sich die SPD auch die Stimmen der anderen.

Bessere Konzepte sind nicht in Sicht. Die innerparteiliche Stimmung in der SPD läßt vor der Wahl am 10. März gar nichts anderes zu. Eine relativ kleine, aber einflußreiche Gruppe lehnt jeden weiteren Flirt mit den Grünen ab und fordert ernsthafte Bemühungen um FDP oder CDU. Eine deutlich größere Gruppe wünscht im Gegenteil die sofortige Wiederaufnahme der rot-grünen Zusammenarbeit auch um den Preis weiterer Zugeständnisse. Die dritte, weitaus größte Gruppe dagegen ist ratlos.

Kirchensteuermittel für Swapo erlaubt

idea, Bad Neuenahr

Die Synode der Evangelischen Kirche im Rheinland hat zum Abschluß ihrer einwöchigen Jahrestagung in Bad Neuenahr beschlossen, daß ihre Kirchengemeinden künftig unbefristet unter bestimmten Voraussetzungen Kirchensteuermittel für den umstrittenen Sonderfonds des Antirassismus-Programms des Weltkirchenrats zur Verfügung stellen dürfen. Aus diesem Fonds werden auch gewaltanwendende prokommunistische Untergrundorganisationen wie die Swapo und der südafrikanische African National Congress (ANC) unterstützt. Diese Regelung war bisher auf ein Jahr befristet und ist am 31. Dezember 1984 ausgelaufen.

Im vergangenen Jahr hatten 31 Gemeinden insgesamt etwa 37 000 Mark für den Sonderfonds gespendet. In weiteren 249 Gemeinden waren 62 000 Mark zusammengekommen. Den Antrag, auch Kirchensteuermittel der Kreissynoden und der Landeskirche für den Sonderfonds zur Verfügung zu stellen, hat die Synode abgelehnt. Zur Begründung hieß es, daß innerhalb der zweitgrößten westdeutschen protestantischen Landeskirche „weiterhin unterschiedliche Auffassungen" über diese Frage bestünden.

Die Synode hat die Bundesregierung aufgefordert, „noch deutlicher als bisher" für eine Überwindung der südafrikanischen Apartheidpolitik einzutreten. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, und der rheinland-pfälzische Landtagspräsident Albrecht Martin (CDU) haben die mit großer Mehrheit getroffene Entscheidungen in Sachen südliches Afrika abgelehnt. Präses Gerhard Brandt dankte der Synode dafür, „daß wir beieinander geblieben sind und uns von niemandem haben trennen lassen".

Die FDP traut sich wieder etwas zu

NRW-Landeschef Rohde stellt Wandel seiner Partei fest / Vorsichtiger Optimismus

WILM HERLYN, Düsseldorf

Die Wahl des neuen baden-württembergischen FDP-Vorsitzenden Walter Döring ist für den Spitzenkandidaten der NRW-Liberalen im Landtagswahlkampf Achim Rohde zwar auch eine Überraschung, aber dennoch eine „konsequente Entwicklung in meiner Partei". Sie spreche für das wiedererwachte Selbstvertrauen der Basis, nicht „von Bonn servierte Kandidaten" widerspruchslos zu küren, sondern sich auf die eigene Kraft zu besinnen. Einen ähnlichen Wandel könne er auch im stärksten FDP-Verband feststellen, meinte Rohde in einem Gespräch mit der WELT.

An Rhein und Ruhr hätten die Liberalen am schwersten mit der Wende gerungen, „war der Schwächeanfall der FDP am stärksten ausgeprägt". Er habe jetzt aber in Stuttgart wie bei seiner Wahl als Spitzenkandidat vor knapp vier Wochen in Gütersloh deutlich gespürt, daß die Freien Demokraten „ihre Identität wieder finden".

Signifikant sei dies daran abzulesen, daß „sich die Mitglieder wieder auf ihr Gefühl ansprechen lassen. Das ist die erste Stufe, die Bereitschaft zum Handeln zu aktivieren". Rohde erinnert daran, daß er in Gütersloh wahre Beifallsstürme erntete, als er sagte: „Dies ist eine Mannschaft mit Frauen, die man gerne umarmt – eine Mannschaft mit Männern, mit denen man befreundet sein möchte – es macht wieder Spaß, in der FDP zu sein und wieder aufrecht zu gehen." Er stellte fest, die FDP habe sich jetzt erst wieder zu einer Gruppierung gefunden und „sie traut sich etwas zu".

Nicht unkritische Gefolgschaftstreue, sondern freiwillige Solidarität sei allenthalben sichtbar.

Das zeige sich auch an dem Beifall der Delegierten in Stuttgart für so unterschiedliche Persönlichkeiten wie für Otto Graf Lambsdorff oder Hildegard Hamm-Brücher: „Die Leute wollen nicht politische Karrieristen, sondern Charaktere." Darin trete auch die „Neubesinnung auf die Rolle des einzelnen" zutage. Die Freiburger FDP, die eine Freiheitsentwicklung des Individuums mit Hilfe des Staates formulierte, habe nun an Haupt und an Gliedern durch die Jahre der sozial-liberalen Koalition den gedanklichen Trugschluß entdeckt, daß nämlich „Wohlfahrt und Überbürokratismus die Soziale Marktwirtschaft überdeckten".

Es sei – auch durch die Fehler der Vergangenheit – klar geworden, daß die Soziale Marktwirtschaft mehr als Technokratie sei, „sondern vor allem eine erreichbare Vision ist". Darum besönnen sich die Liberalen, die Selbstständigkeit und Verantwortung des Einzelnen zu fördern und den Staat zurückzudrängen. Das sei auch der Grund für das Wahlprogramm der nordrhein-westfälischen FDP, das entscheidende Schwerpunkte auf die Wirtschaftspolitik legt.

Zum Beispiel in der Mitbestimmung „mußten wir erfahren, daß wir zwar guten Glaubens gehandelt, aber in der Realität eine Funktionärs-Mitbestimmung etabliert haben." Jetzt müsse die FDP den Mut haben, diesen Fehler zu korrigieren. Als weiteres Beispiel führt Rohde an, daß in Konsequenz der Wohlfahrtsstaat Leistung bestrafe – auch diese Fehlentwicklung müsse umgedreht werden. Darum trete er für die These ein, daß „die beste Umweltpolitik eine forcierte Wirtschaftspolitik ist, weil sie den entscheidenden Push für die Technologie gibt. Umweltpolitik darf nicht aus Verboten – wie bislang – bestehen, sondern als Bündnis von Industrie und Natur".

Der Abschied von den hohen Schornsteinen bedeute nichts anderes als eine Zuwendung zu kleineren, überschaubaren, leistungsstärkeren und besser motivierbaren Einheiten – „eine uralte liberale Forderung". Rohde räumt allerdings ein, daß die FDP erst im Anfangsstadium ist, diese Erkenntnis auch zu begreifen – vielleicht zu spät für die Wahlen im Saarland, in Berlin und in Nordrhein-Westfalen? „Dies wäre eine schlimme Lage für die Liberalen und auch die schlechtest denkbare Ausgangsbasis für die Bundestagswahlen 1987." Damit setzt sich Rohde in Gegensatz zu Lambsdorff, der in der vergangenen Woche noch die These vertrat, auch nach Wahlniederlagen in den drei Ländern bliebe es auf jedem Fall bei einer liberalen Bundestagsfraktion nach 1987.

Die Lage für seine Partei in Nordrhein-Westfalen beurteilt Rohde vorsichtig hoffnungsvoll. Er setzt auf Gefühl – auch auf einen Mitleidseffekt, auf Einsicht und auf die Logik der FDP-Argumente: „Damit erreichen wir unsere Stammwähler, motivieren sie und holen uns andere Leihstimmen von dem linken CDU- und dem rechten SPD-Flügel wieder zurück."

Gerichts-Nachspiel zum Druckerstreik

Anklage gegen LKW-Fahrer erhoben / Die Verteidigung spricht von Nötigung

XING-HU KUO, Stuttgart

Der Druckerstreik im Mai vergangenen Jahres wird in Stuttgart ein umstrittenes gerichtliches Nachspiel haben. Wie die Staatsanwaltschaft Stuttgart der WELT bestätigte, ist gegen einen 32jährigen Fahrer und Fuhrunternehmer Anklage wegen „fahrlässiger Körperverletzung" erhoben worden. Dem ledigen Zeitungsauslieferer wird vorgeworfen, am 18. Mai 1984 vor dem Druckzentrum im Ortsteil Möhringen zwei Personen verletzt zu haben, weil er es unterlassen habe, sein Automatikfahrzeug durch Herausnehmen der Fahrstufe und Betätigen der Feststellbremse (Handbremse) abzusichern. Nach der Anklageschrift wollte der Klein-Spediteur Zeitungen zur Auslieferung abholen. Da die Einfahrtspur von Streikposten versperrt war, benutzte er die Ausfahrtspur.

Hier kam es zu einem „Zusammenstoß" mit Streikposten, der Fahrer setzte den Lkw in Bewegung, er mußte jedoch erneut anhalten. Durch dieses Verhalten, so die Staatsanwaltschaft, fühlten sich die Streikposten „provoziert", sie schlugen auf das Fahrzeug ein. Im anschließenden Handgemenge sei der Fuß des Fahrers vom Bremspedal abgerutscht, so daß das Fahrzeug zweimal ruckartig in Bewegung geriet und dabei zwei Personen verletzte, so die Anklageschrift.

Zu den Verletzten gehörte der Bezirksvorsitzende der IG Druck und Papier, Horst Bekel, der erhebliche Verletzungen davontrug. Den Zwischenfall nahm die Gewerkschaft nicht nur zum Anlaß, von einem „Mordanschlag" (DGB-Landesvorsitzender Siegfried Pommerenke, SPD) zu sprechen, sondern tagelang das Druckhaus Möhringen zu belagern und zu blockieren. Dabei kam es zu psychischen und physischen Angriffen gegen Redakteure und andere arbeitswillige Mitarbeiter des Betriebes.

Die Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft erfolgte auf Betreiben der zwei Verletzten, die auch als Nebenkläger auftreten wollen. Offenbar wegen der politischen Brisanz der Angelegenheit soll ein Schöffengericht sich des normalerweise geringfügigen Falls annehmen. Wann die Verhandlung beginnt, ist zur Zeit noch offen.

Gegenüber der WELT haben sowohl die Geschäftsleitung des Zeitungsvertriebs Stuttgart GmbH (ZVS) als auch der Rechtsanwalt des Fahrers ihre Bedenken gegen die Anklageerhebung geäußert. Dr. Rübenach vom ZVS, für den der Fahrer und Spediteur seinerzeit tätig war, erklärte, er sei „überrascht", daß zwar gegen den Fahrer, aber nicht parallel gegen die Streikposten Anklage wegen Nötigung und Körperverletzung erhoben worden sei. Das Prozedere sei offenbar „aus den Fugen geraten", so der Sprecher des ZVS. Rechtsanwalt Dr. Quedenfeld (Stuttgart) erklärte, die ganze Angelegenheit sei „ganz schlimm". Noch Wochen nach dem Zwischenfall sei sein Mandant „Tag und Nacht Drohungen und Belästigungen" ausgesetzt gewesen.

Nach Ansicht auch des Juristen seien die „schlimmeren Straftaten" wie Nötigung und gefährliche Körperverletzung eindeutig von den Streikposten ausgegangen. Das Schwergewicht liege „nicht bei meinem Mandanten, sondern bei den anderen", die durch das „Eindringen in das Fahrerhaus und das Schlagen des Fahrers erst dafür gesorgt haben, daß der Fuß vom Bremspedal abrutschte".

Deswegen sieht Quedenfeld dem Prozeß gelassen entgegen: „Ich halte einen Freispruch durchaus für möglich." Denn unter den geschilderten Umständen könne man seinem Mandanten keinen Vorwurf daraus machen, daß er nicht mehr bremsen konnte. Nach WELT-Informationen ist jedoch nicht auszuschließen, daß auch gegen die gewalttätigen Streikposten Klage erhoben wird. Die Ermittlungen sind hier offenbar noch nicht beendet, im übrigen will die Justiz zunächst das Verfahren gegen den Fahrer abwarten, ehe möglicherweise auch gegen die Streikposten vorgegangen wird.

Haussmann warnt die hessische CDU

DW. Bonn

Die Bemühungen um einen Ausweg aus der landespolitischen Krise in Hessen haben bundespolitische Dimensionen angenommen. In einem Interview für den Kölner „Express" warnte FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann die Union vor einer Koalition mit den Sozialdemokraten in Wiesbaden und sagte: „Eine große Koalition in Hessen würde das Koalitionsklima in Bonn sehr stark belasten." Dagegen sprach sich der hessische CDU-Landesvorsitzende Walter Wallmann erneut für stabile Mehrheitsverhältnisse im Landtag aus. Die Bundesvorsitzende der Grünen, Jutta Ditfurth, warnte ihre Parteifreunde in Wiesbaden einen Tag vor einer Klausurtagung der Landtagsfraktion wiederum vor einer Koalition mit den Sozialdemokraten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Neue Chancen für Verhandlungen?

F. DIEDERICHS, Berlin

Vor dem Hintergrund der jüngsten Genfer Gespräche zwischen den USA und der Sowjetunion sieht die FDP die Chance, auch bei Verhandlungen auf dem innerdeutschen Gebiet weiter voranzukommen. Zum Abschluß einer zweitägigen Konferenz der FDP-Fraktionsvorsitzenden der Länder in Berlin äußerte der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Uwe Ronneburger die Auffassung, er rechne vor allem mit Fortschritten auf dem Gebiet des Umweltschutzes und des Sportaustausches.

Ronneburger kündigte an, daß Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann voraussichtlich Mitte des Jahres mit „DDR"-Umweltminister Reichelt weitere Gespräche über ein Luftreinhalteabkommen führen werde. Ein derartiges Abkommen wird von den FDP-Fraktionsvorsitzenden für dringend erforderlich gehalten, da nach Worten Ronneburgers die „DDR" besonders im Bereich der Kohlefeuerung stark expandiere.

Bei den kommenden Gesprächsrunden mit der „DDR" soll vor allem die Finanzierung des Exports westlicher Umwelttechnik in die „DDR" diskutiert werden. Der Berliner FDP-Chef Walter Rasch vertrat hier die Ansicht, die „DDR" könnte beim Kauf von Rauchgasentschwefelungsanlagen mit weiteren Krediten der Bundesregierung unterstützt werden. Rasch rechnet hier mit Gesamtkosten für Ost-Berlin, die zwischen acht und zehn Milliarden Mark liegen dürften.

Gesetzentwurf verfassungswidrig?

KNA, Düsseldorf

Der von der nordrhein-westfälischen SPD-Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur Neuregelung des Westdeutschen Rundfunks (WDR) bleibt weiter umstritten. Die Kritik konzentriert sich vor allem auf den vorgesehenen wirtschaftlich-unternehmerischen Aktionsradius des Kölner Senders sowie auf die Zusammensetzung des künftig aus 43 Mitgliedern bestehenden Rundfunkrates.

So kann nach Auffassung des Leiters des Kommissariats der Bischöfe in Düsseldorf, Prälat Paul Fillbrandt, bei einem knapp Ein-Drittel-Stimmanteil der gesellschaftlich relevanten Gruppen im neuen Rundfunkrat von dem verfassungsrechtlich gebotenen „effektiven Einfluß" dieser Kräfte im WDR-Gremium „gar keine Rede sein". Die vorgesehene Regelung lasse auch das Gebot der Gewichtung der gesellschaftlichen Kräfte außer acht. Die katholische Kirche, der mehr als 50 Prozent der Bewohner Nordrhein-Westfalens angehörten, solle nur einen Sitz im Rundfunkrat erhalten. Besonders scharf kritisierte Professor Ricker vom Mainzer „Institut für Publizistik" den Gesetzentwurf und äußerte den Verdacht, daß die Landesregierung mit ihm die privaten Programmanbieter „abschrecken" wolle. Für verfassungswidrig hält auch der Verband Rheinisch-Westfälischer Zeitungsverleger die beabsichtigte privatwirtschaftliche Betätigung des WDR.

SPD hat Ärger mit Abgrenzung

p. p. Bonn

In der SPD gibt es erneut Schwierigkeiten der Abgrenzung gegenüber Kommunisten. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Wim Nöbel, Obmann der Arbeitsgruppe Zivilschutz, hat zwar in einem Rundbrief an die Fraktionsmitglieder „empfohlen", den Aufruf für einen Kongreß der kommunistisch gelenkten „Krefelder Initiative" gegen das geplante neue Zivilschutzgesetz „nicht zu unterzeichnen und an dieser Veranstaltung nicht teilzunehmen"; aber solche grundsätzlichen Mahnungen haben nur bedingte Wirkung. Dies hat ein „Aufruf zum 40. Jahrestag der Befreiung und des Friedens am 8. Mai" jetzt gezeigt.

Obwohl die SPD-Führung für diesen Tag eine eigenes, großangelegtes „Nürnberger Friedensgespräch" plant und im „sm"-Mitgliedermagazin alle Partei-Mitglieder zu einer „Unterschriftenaktion" für diese Veranstaltung „für Demokratie, für Menschenrechte und demokratisch verbürgte Freiheiten" auffordert, trägt der andere Aufruf bereits heute die Unterschriften auch vieler Sozialdemokraten. Hinter diesem „Aufruf zum 40. Jahrestag" steht die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes", laut Verfassungsschutzbericht in „allen entscheidenden Funktionen mit Kommunisten besetzt". Neben DKP-Chef Herbert Mies stehen die Namen von Sozialdemokraten wie den Abgeordneten Horst Peter und Horst Sielaff sowie von Gewerkschaftern wie Detlef Hensche.

Syrien spielt die Libanonkarte aus

Anwendung des Sicherheitsplans soll Israels Abzug beschleunigen / Unter Zeitdruck

Von JÜRGEN LIMINSKI

Plötzlich war es doch möglich. 1800 Soldaten der libanesischen Armee rückten am Wochenende von Beirut in Richtung Süden vor und besetzten die Hauptstraße, die die Drusen der Sozialistischen Fortschrittspartei des Walid Dschumblatt bis dahin blockiert hatten. Noch vor wenigen Tagen hatte Dschumblatt auf dem Regional-Kongreß der Baath-Partei in Damaskus „erbitterten und ewigen" Widerstand gegen den Sicherheitsplan der Regierung Gemayel angekündigt, der er als Minister angehört. So ist das mit der Ewigkeit im Orient. Sie ist den Interessen der Mächtigen, zumindest der Mächtigeren, untergeordnet.

Zwei Ereignisse wandelten den Sinn des mächtigeren Verbündeten in Damaskus. Zum einen die Meldung, daß Washington und Moskau sich demnächst zu direkten Gesprächen, womöglich sogar Verhandlungen über den Nahost-Konflikt an einem neutralen Ort treffen wollen, und zum zweiten der israelische Angriff auf PLO-Stellungen in einem von syrischen Truppen besetzten Gebiet.

Die syrisch-sowjetische Liaison ist eine Art Vernunftehe. Deckungsgleiche Interessen halten sie zusammen, auch wenn man nicht immer einer Meinung ist, zum Beispiel bei den Themen Golfkrieg oder PLO. Die Stärke der syrischen Position gegenüber Moskau aber bestand in den letzten Jahren darin, daß es Damaskus *immer wieder gelang, bei den Amerikanern* Hoffnungen auf einen syrischen Wechsel der Allianzen zu erzeugen und mit diesem Flirt die Sowjets unter Druck zu setzen. Ein solches Spiel geht so lange gut, bis die gegenseitig Ausgespielten sich mal an einen Tisch setzen und die Spielregeln erörtern.

Der amerikanische Außenminister Shultz hat für syrische Verführungsmanöver keinen Sinn mehr, seit Damaskus das von ihm ausgehandelte israelisch-libanesische Abkommen vom 17. Mai 1983 trotz gegenteilig lautender mündlicher Versicherungen zu Fall brachte und auch die syrische Komplizenschaft bei den mörderischen Attentaten gegen die Marines im Oktober 1983 und amerikanische Einrichtungen in Libanon für ihn außer Zweifel steht. Er hat persönlich Einblick gewonnen in die Psyche und Verschlagenheit der syrischen Machthaber und in deren Abhängigkeit von Moskau. Da man mit Syrien nicht weiterkommt, ohne Syrien aber auch nicht, warum nicht gleich mit Moskau reden?

Auch der sowjetische Außenminister Gromyko und sein für Nahostfragen zuständiger Abteilungsleiter Poliakow haben Sinn für Realismus, jedenfalls mehr für Eigeninteressen als für Flirts ihrer Bundesgenossen. Poliakow war Botschafter in Kairo, als Sadat die sowjetische Botschaft mit all ihren vielen *Antennen und den* erstaunlich vielen Planstellen auflöste. Er kennt das Eigengewicht Ägyptens in der arabischen Welt, das die Ausweisung und den Wechsel der Allianzen möglich machte. Dieses Gewicht ist mit dem Syriens nicht zu vergleichen. Syrien ist demographisch, geographisch und strategisch eine arabische Mittelmacht. Nur die militärische Stärke und die fluktuierende *Bündniskonstellation* in der arabischen Welt erlauben es Damaskus, eine relativ glaubhafte Obstruktionspolitik zu verfolgen. Die militärische Stärke allerdings ist geliehen – eben von den Sowjets.

Syriens Trumpf ist Libanon. Sollten die Israelis ohne Verhandlungsergebnis aus dem nördlichen Nachbarland abziehen, so wäre das die Demonstration der Möglichkeit, daß besetzte Gebiete auch ohne Vertrag und ohne offenen Krieg, nur mit Terror und hartnäckigem Nein, wiederzugewinnen sind. Diese Demonstration würde Syriens Ansehen in der arabischen Welt erheblich stärken, auch bei den sogenannten gemäßigten Herrschern. Damaskus könnte gegenüber Moskau stärker auftreten. Um den israelischen Abzug zu beschleunigen, mußte die Blockade des Sicherheitsplans aufgegeben werden. Jetzt wird es Israel schwerer fallen, mit der Machtlosigkeit der libanesischen Zentralregierung zu argumentieren, auch wenn das Argument nach wie vor richtig ist.

Der israelische Angriff auf die PLO-Stellungen war der erste unter der Regierung Peres. Syrien muß seine Hoffnung aufgeben, daß die derzeitige Regierung in Jerusalem sich weniger entschlossen gegen den Terror zur Wehr setzen würde als die Regierung Begin oder Shamir. Die Tatsache, daß Syrien die PLO-Stellungen *in einem von syrischen* Truppen besetzten Gebiet nicht schützen kann, ist dem Prestige der Militärmacht Syrien abträglich und leistet der voranschreitenden Isolation Syriens in der relevanten arabischen Welt Vorschub.

Damaskus gerät unter Zeitdruck. Entweder es gelingt der Militärdiktatur, diplomatisch und machtpolitisch die Schwerpunkte in der arabischen Welt zu versetzen, oder Syrien rutscht auf den Status der Mittelmacht ab. Die Goodwill- und Propagandakampagnen, die die syrischen Botschaften in diesen Tagen gestartet haben, werden an Intensität wohl noch zunehmen.

Amerikanischer Oberbefehlshaber in Peking

AP, Peking

Zu Beratungen über eine Stärkung der militärischen Zusammenarbeit hält sich der amerikanische Oberbefehlshaber General John Vessey seit Samstag offiziell in Peking auf. Der höchstrangige amerikanische Militär, der bisher der Volksrepublik einen Besuch abstattete, wird von dem Befehlshaber der Pazifikflotte, Admiral William Crowe, begleitet. Nach amerikanischen Militärangaben will Vessey *die Frage von „Port-Calls" amerikanischer* Kriegsschiffe in chinesischen Häfen sowie eventuelle US-Rüstungslieferungen ansprechen, die zur Modernisierung der chinesischen Streitkräfte beitragen sollen.

Wie die „Washington Post" berichtete, soll im Prinzip bereits vereinbart sein, daß China aus den USA Sonar-Ausrüstungen, Torpedos, Gasturbinen und Abwehrsysteme gegen Antischiffsraketen kauft. Es könnte sich um ein Geschäft über mehrere hundert Millionen Dollar handeln. Verträge seien allerdings noch nicht unterzeichnet. Im Rahmen der Vereinbarungen würden im April auch drei US-Zerstörer den Hafen Shanghai besuchen.

Unterstützt Israel „Contras" in Nicaragua?

AFP, New York/Managua

Israel, Honduras und El Salvador sollen die USA als Geldgeber für die antisandinistischen Widerstandsgruppen ersetzt haben. Dies berichtete gestern die „New York Times" unter Berufung auf Washingtoner Regierungs- und Kongreßkreise. Dabei sei nicht auszuschließen, daß die drei Länder den „Contras" Rüstungsmaterial zukommen lassen, das sie selbst in Form von Militärhilfe aus den USA *erhalten haben.*

Israel, Honduras und El Salvador, die in der Vergangenheit mehrfach energisch bestritten hatten, die „Contras" in irgendeiner Weise zu unterstützen, hätten, so die „New York Times", bereits vor Jahren begonnen, die von honduranischem und costaricanischem Boden aus operierenden Gruppen zu unterstützen. Diese Hilfe sei in dem Maße angewachsen, wie die von den USA geleistete Hilfe abgenommen habe. Ende 1984 sei die direkte US-Hilfe für die „Contras" völlig versiegt. Kongreßmitglieder vermuteten, daß ein Teil der US-Militärhilfe für *die drei Länder „illegal"* an die nicaraguanischen „Konterrevolutionäre" weitergegeben werde.

Parteitag der KPdSU wird vorgezogen

DW. Moskau

Der 27. Parteitag der KPdSU soll vorgezogen und im vierten Quartal dieses Jahres anberaumt werden. Wie am Sonntag von gut unterrichteter sowjetischer Seite bekannt wurde, steht der genaue Termin noch nicht fest. Ins Auge gefaßt würden November oder Dezember. Satzungsmäßig wäre der Parteitag im Frühjahr 1986 fällig gewesen, fünf Jahre nach dem 26. Kongreß, der im Februar 1981 unter *Vorsitz des verstorbenen Staats-* und Parteichefs Leonid Breschnew stattgefunden hatte. Eine Erklärung für die Vorverlegung des Termins lag auf sowjetischer Seite nicht vor. In westlichen diplomatischen Kreisen wird vermutet, daß die Parteiführung rechtzeitig den nächsten Fünfjahresplan für den Zeitraum 1986–1990 festlegen will. Im Rahmen dieses zwölften Planes könnten die derzeit getesteten Wirtschaftsreformen, die auf die Initiative des Breschnew-Nachfolgers Jurij Andropow zurückgehen, in größerem Umfang durchgeführt werden. Die Reformen sollen den staatlichen *Unternehmen größere Autonomie* geben, um ihre Rentabilität zu verbessern.

Heute treffen sich in Bonn die CDU/CSU-Ministerpräsidenten, um über ihr weiteres Vorgehen im Medien-Streit zu entscheiden. Werden sie sich zu einem „Alleingang" entschließen? Die SPD zeigt wenig Bereitschaft zum Einlenken.

Der Informationswissenschaftler Professor Karl Steinbuch plädiert in einem WELT-Beitrag für freiheitliche Lösungen. Er zieht eine Parallele zu Ludwig Erhards Entschluß, 1948 die Soziale Marktwirtschaft durchzusetzen.

Neue Privilegien für Giganten?

Von KARL STEINBUCH

Der Versuch der Ministerpräsidenten, durch einen Staatsvertrag die Grundlagen für ein Nebeneinander von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk zu schaffen, ist vorerst gescheitert. Von dem in Bremerhaven erzielten Kompromiß bleibt ein Scherbenhaufen. Die Düsseldorfer Erklärung der vier sozialdemokratischen Ministerpräsidenten konnte und wollte sie nicht kitten.

In dieser verfahrenen Situation kann die Erinnerung an die erfolgreiche Währungsreform des Jahres 1948 lehrreich sein.

Der wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland begann mit Ludwig Erhards Entschluß, die Zuteilungswirtschaft durch den Wettbewerb einer „Sozialen Marktwirtschaft" zu ersetzen.

Aus der Situation des Jahres 1948 erschien diese Liberalisierung vielen als falsch: Sollte die gerechte Verteilung der Konsumgüter durch die Willkür des Marktes ersetzt werden? Die Erfahrungen seit 1948 haben aber deutlich gezeigt, daß Ludwig Erhards mutiger Schritt richtig war. *Ohne ihn hätte es kein „Wirtschaftswunder"*, keinen wirtschaftlichen Aufstieg unseres ruinierten Landes gegeben.

Gegenwärtig wiederholt sich die Problematik von 1948 in der Medienpolitik: Monopolistische Organisation und Zuteilungswirtschaft waren bisher wegen der Frequenzknappheit unvermeidbar.

Neuerdings entsteht aber durch Kabelfernsehen und Satellitenrundfunk eine ganz andere Situation: Jetzt können den Konsumenten mehr und mehr unterschiedliche Programme angeboten werden, jetzt *besteht kein Zwang mehr zur monopolistischen Zuteilung.*

Bloß hat sich für einen solchen mutigen Schritt noch kein Ludwig Erhard gefunden.

Um es ganz deutlich zu sagen: Im Bereich der Kommunikation stellt sich das Problem „Monopol oder Wettbewerb?" nicht anders als im wirtschaftlichen Bereich.

Besonders deutlich wird dies bei derjenigen Organisationsform des Kabelfernsehens, die als „Pay-TV" oder „Bezahlfernsehen" bezeichnet wird. Bei ihr kann der Konsument bestimmte Programme auswählen und bezahlen. Er bezahlt jedoch nicht für andere von ihm nicht gewünschte Programme. So könnte sich – in langfristiger Perspektive – auch beim Fernsehen zwischen Produzent und Konsument ein Verhältnis einstellen, das der „Kiosk-Situation" bei den Druck-Medien ähnelt, bei welcher der Konsument nur bestimmte Zeitungen verlangt und bezahlt – nicht jedoch ein Paket von Zeitungen, die er zum Teil gar nicht haben möchte.

So würden die Interessen der Konsumenten treffender befriedigt, die Produzenten sich weniger von der Realität entfernen – vielleicht sogar das erschreckende Auseinanderlaufen von veröffentlichter *und öffentlicher* Meinung verringert.

Wie zwanglos eine solche Organisation funktioniert, kann man in den USA studieren: Die Fernsehzeitung kündigt dort zehn kostenlose Programme an (mit Werbespots) und 18 Kabelprogramme (gegen Gebühren, ohne Werbespots). Wer Kabelfernsehen haben will, der nutzt es; wer es nicht haben will, der läßt es eben bleiben.

Ein typisches Beispiel für die Nutzung des Kabelfernsehens in den USA ist das „Cable Health Network" (CHN): Nach dem Beginn 1982 mit *Hilfe eines Fernmeldesatelliten* kann dort jetzt rund um die Uhr an sieben Tagen der Woche Gesundheitsinformation empfangen werden: von wissenschaftlichen Empfehlungen bis zu persönlichen Erfahrungen, Lebensführung, Präventivmedizin. Dieses „Cable Health Network" erreichte 1983 bereits über 12 Millionen Haushalte.

Aber auch sonst ist die Möglichkeit wählbarer Spezialprogramme angenehm und nützlich: Da gibt es beispielsweise einen Kanal, der ständig Nachrichten bringt, ein anderer Sportmeldungen, ein weiterer Wettermeldungen usw.

Wer diesen bequemen Abruf momentan erreichbarer Informationen *erlebt hat, dem erscheint* unser System geradezu archaisch: Man bekommt Nachrichten, Sportmeldungen, Wettermeldungen nicht, wenn man sich dafür interessiert, sondern dann, wenn es das Programm vorsieht.

Derartige Fortschritte sind bei uns aber nicht zu erwarten, solange eine Medien-Behörde die Informationszuteilung kontrolliert – derartige Fortschritte sind nämlich das Ergebnis eines wirksamen Wettbewerbs.

Die bisherigen Entwürfe der Ministerpräsidenten zur Neuordnung des Rundfunkwesens sind aber kaum geeignet, einen wirksamen Wettbewerb zu ermöglichen. Warum?

Das Konzept der Länder zur Neuordnung des Rundfunkwesens sieht vor, daß Bestand und Entwicklung der öffentlich-rechtlichen Sender gesichert werden sollen. Dieser ist und bleibt jedoch auf Jahre hinaus ein alles beherrschender Gigant:

Seit Jahrzehnten nicht nur mit gesetzlich garantierten Gebühren ausgestattet, sondern mit Milliardenumsätzen aus der Werbung, erreichen diese Sender alle Haushalte. Demgegenüber haben die neuen privaten Veranstalter schwere Wettbewerbsnachteile. Das erste überregionale privatwirtschaftliche Satellitenprogramm – Sat 1 –, das vom 1. Januar 1985 an ausgestrahlt wird, kann zu Beginn höchstens 150 000 Haushalte erreichen. Der Grad der Verkabelung ist noch gering; viele Haushalte sind noch auf ältere Geräte angewiesen, mit denen zusätzliche Programme nicht ohne weiteres empfangen *werden können; und schließlich* fehlen in mehreren Bundesländern Gesetze, welche die Einspeisung solcher über Fernmeldesatellit herangeführten Programme in die Kabelnetze erlauben.

Die privaten Veranstalter nehmen also einen Wettbewerb auf, in dem sie von vornherein weit unterlegen sind. Wer eben nur 150 000 Haushalte erreichen kann, der kann nicht mit *denselben* Werbeeinnahmen wie die Rundfunkanstalten rechnen, die in 20 Millionen Haushalten empfangen werden. Wer aber nur geringe Einnahmen aus der Werbung erwarten kann und obendrein keine Gebühren erhält, der kann, anders als die Anstalten, bei der Produktion von Programmen nicht aus dem vollen schöpfen.

Was die Ministerpräsidenten bisher zur Neuordnung entworfen haben, läuft also auf einen Scheinwettbewerb mit dem privilegierten öffentlich-rechtlichen System hinaus.

Es geht bei der Organisation des Rundfunkwesens n i c h t um Geld *und Profit: Es geht vielmehr darum,* unsere Gesellschaft aus der Herrschaft einer einseitigen Indoktrination zu befreien und ihr die Chance einer pluralistischen Meinungsbildung zu verschaffen, die Chance einer liberalen Entwicklung.

Das öffentlich-rechtliche Rundfunkmonopol hat unserem Lande schon genug Schaden zugefügt. Elisabeth Noelle-Neumann (Allensbacher Institut) vermutet mit guten Gründen, die Bundestagswahl 1976 sei durch das Fernsehen entschieden worden (Politische Vierteljahresschrift, 18. Jg., 1977, Heft 2–3). Interessant war die Behandlung – bzw. Nicht-Behandlung – dieser wichtigen Feststellung in den Massenmedien: Teils wurde sie totgeschwiegen, teils wurde so getan, als ob es sich um eine absurde Außenseiter-Meinung handle, über welche die seriöse Wissenschaft längst hinweggeschritten sei. Davon kann aber keine Rede sein.

Ein anderes bedenkliches Beispiel ist die ständige Beweihräucherung „grüner" Aktivitäten: Der öffentlich-rechtliche Rundfunk berichtet maß- und maßstabslos über die „idealistischen" Absichten dieser *Bewegung und den angeblichen* Unverstand ihrer Widersacher. Die Frage, wie die sechzig Millionen Menschen unseres ressourcenarmen Landes ernährt werden sollen, wird kaum einmal gestellt.

Die einseitige Meinungsproduktion des bisherigen Rundfunksystems ist der Ausgangspunkt der „Verstehensillusion" und der vielen „Ein-Minuten-Experten" und damit der politischen Verwilderung unserer Zeit.

Derartige Beispiele könnten viele gebracht werden – fassen wir kurz so zusammen: Die öffentlich-recht*lichen Anstalten sind fest etabliert* und mit einem Panzer der Unnahbarkeit gegen Widersprüche abgeschirmt.

Erstaunlich ist, daß ausgerechnet diejenigen politischen Gruppen, die einst so lautstark „Mehr Demokratie!" forderten und „Strukturkonservative" beschimpften, jetzt um jeden Preis Strukturen erhalten wollen, die letzlich undemokratisch sind.

Wer tatsächlich Wettbewerb will, muß allen Bewerbern Chancen einräumen. Aufkeimende Innovationen haben aber nur dann eine Lebensmöglichkeit, wenn der öffentlich*rechtliche Rundfunk nicht weiter* aufgebläht wird. Gerade dies aber ist das erklärte Ziel der Bestands- und Entwicklungsgarantie. Vor einer solchen „Neuordnung" des Rundfunkwesens kann man die Ministerpräsidenten nicht eindringlich genug warnen.

Professor Karl Steinbuch (67) leitete das Institut für Nachrichtenverarbeitung und Nachrichtenübertragung in Karlsruhe. Aber der Schwabe Steinbuch ist kein Nur-Techniker. Sehr früh erkannte er die gewaltige Herausforderung, die Wissenschaft *und Technik für die Gesellschaft* von heute bedeuten. Ein Bestseller wurde sein Buch „Falsch programmiert" – erschienen 1968 –, in dem Steinbuch die Verantwortlichen anklagt, den technischen und sozialen Fortschritt zu behindern. Der Wissenschaftler trat 1972 aus der SPD aus. 1977 forderte er, einen Bildungszweig „Informationstraining" an den Schulen einzurichten, um den Heranwachsenden die Technik der Massenmedien verständlicher zu machen. FOTO: JUPP DARCHINGER

Unita-Kreis um Luanda wird immer enger

Savimbi tritt im Fernsehen Falschmeldungen entgegen

M. GERMANI, Johannesburg

Im gleichen Maße, wie die angolanische antikommunistische Guerrilla-Bewegung Unita Erfolge in ihrem Krieg gegen die MPLA-Regierung in Luanda verzeichnet, kursieren in den westlichen Medien, hauptsächlich von der portugiesischen Hauptstadt *Lissabon ausgehend, Gerüchte über* Attentate, Tod und Verletzung des charismatischen Führers der Unita, Jonas Savimbi.

Wie die WELT sowohl aus nach*richtendienstlichen Kreisen, aber* auch von den europäischen Vertretern der Unita erfährt, soll es sich hierbei um eine gut orchestrierte Desinformationskampagne handeln. Politische Beobachter im südlichen Afrika, in Europa und in den USA sehen diese Falschmeldungen als Beweis für das Heranrücken der Unita-Truppen auf die angolanische Hauptstadt Luanda. Nach der Eroberung der Diamantengebiete der Provinz Lunda Norte, die beträchtliche finanzielle Gewinne einbringen, nach den Kämpfen in Bengu, dem Ostteil der Luandaprovinz, und in der Provinz Zaire sowie dem erfolgreichen Anschlag auf das Ölfeld von Soyo sind sämtliche angolanischen Provinzen mit Ausnahme von Mocamedes im äußersten Südwesten des Landes vom *Guerrillakrieg* betroffen. Nach Angaben der Unita befindet sich Luanda selbst in einem Belagerungszustand, da die Nachschubwege zum Hinterland von der Widerstandsbewegung unterbrochen worden sind.

Die ausgestreuten Gerüchte über den angeblichen Tod Savimbis sollen Verunsicherung erzeugen in den Reihen seiner Soldaten und Freunde im Westen, die ihn und seine Bewegung unterstützen. Um dem entgegenzutreten, erschien Savimbi am Wochenende im südafrikanischen Fernsehen und kündigte die Freilassung von 22 Kriegsgefangenen an. Sie waren am 29. Dezember bei einem Unita-An*griff im Nordosten Angolas* gefangengenommen worden. Es handelt sich um zwei US-Bürger, drei Briten und 17 Filipinos. Savimbi kündigte weiter an, seine Truppen würden demnächst auch Niederlassungen großer ausländischer Konzerne in Angola angreifen. Er nannte in diesem Zusammenhang die US-Gesellschaft „Gulf Oil" und die französische „Elf Aquitaine".

Gemäß einer westlichen Analyse kann der Vormarsch Savimbis nur noch durch drei Faktoren aufgehalten werden: eine massive sowjetische Intervention, die wegen der Schwierigkeiten des Nachschubs allerdings eher unwahrscheinlich ist, zum zweiten die Einstellung der Hilfe aus dem Westen, ausgelöst durch Desinformationskampagnen oder durch einen *unerwarteten politischen Allianz*wechsel der USA oder Südafrikas, was aber durch die Rückversicherungspolitik des erfahrenen Buschkämpfers Savimbi nicht voll wirksam *werden könnte.*

Dritter Punkt wäre der Tod des beliebten und charismatischen Guerillaführers durch ein Attentat infiltrierter feindlicher Agenten in den eigenen Reihen. Zwar hat Savimbi, nach seinen eigenen Worten, den Aufbau seiner Organisation so abgesichert, daß sie für den Ernstfall nicht wie ein Kartenhaus zusammenfallen würde. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß in den letzten Jahren, nach Berichten informierter Kreise, neun Mordversuche auf Savimbi verübt worden sind. Die Sicherheitsvorkehrungen im Umfeld des Unita-Führers werden derzeit von westlichen Sicherheitsorganen gewährleistet.

Eine „Stiftung für Freiheit ohne Grenzen"

A. GRAF KAGENECK, Paris

Eine Reihe geistig unabhängiger, der Opposition nahestehender französischer Denker hat in Paris eine „Stiftung für Freiheit ohne Grenzen" (Liberté sans Frontières) gegründet, die der Freiheit überall da neuen Raum verschaffen will, wo sie durch totalitäre Regime oder doktrinäre Engstirnigkeit eingeschränkt ist. Die Stiftung geht aus der seit zwölf Jahren in vielen Ländern der Dritten Welt operierenden humanitären Organisation „Ärzte ohne Grenzen" (Médecins sans Frontières) hervor. *Ihr Vorsitzender, Dr. Claude Malruret*, gehört letzterer seit Jahren an. Neben ihm finden sich an verantwortlicher Stelle die Philosophen Jean-François Revel, Emanuel Le Roy Ladurie und Ilios Yannakakis sowie die prominenten Ost-Spezialisten Bruno Lazitsch und François Fejto.

Die Gründer wollen vor allem eine bequem gewordene Philosophie aus den Angeln heben: Die mit „Tiermondismus" (Theorie von der Dritten Welt) umschriebene Behauptung vor allem der europäischen Linken, daß alles Übel der Entwicklungsländer von wirtschaftlichen Fehlgriffen der „kapitalistischen" Länder komme, die die armen Länder „imperialistisch" ausbeuteten. Es sei ebenso falsch, jede Fehlentwicklung auf die Ökonomie zurückzuführen wie die Entwicklungsländer grundsätzlich zu den ewigen Opfern und Verdammten der Erde abzustempeln, meinte Malruret auf einer Pressekonferenz.

Nicht von ungefähr geht die neue Bewegung aus der Ärzteorganisation hervor, in der junge Mediziner vieler westlicher Nationen in allen Entwicklungsländern praktische Erfahrungen mit dieser Politik machen konnten. Die Stiftung will Ende Januar in Paris ein internationales Kolloquium veranstalten.

Brasiliens Militärs kehren in Kaserne zurück

WERNER THOMAS, Brasilia

Wenn der Oppositionspolitiker Tancredo Neves morgen zum ersten zivilen Präsidenten Brasiliens seit fast 21 Jahren gewählt wird, endet eine Ära. Die Militärs nehmen Abschied von der Macht. Sie kehren zurück in die Kasernen und (Offiziers-)Kasinos und werden zunächst an Umstellungsschwierigkeiten leiden: Nach einer derart langen Zeit läßt sich der Verlust von Posten und Privilegien nicht so leicht verschmerzen.

Die Uniformträger mögen sich jedoch damit trösten, daß sie sich einen ehrenvollen Abgang verschaffen konnten. Niemand schmäht sie. Keine Haßgefühle, keine Revanchegelüste. Selbst die linke Presse, die in der Vergangenheit hämische Kritik übte, zeigt Selbstkontrolle. Ausführlich informierten die Medien in den letzten Tagen über den Gesundheitszustand des letzten Militärpräsidenten João Baptista Figueiredo. Der General mußte in der Privatklinik São José in Rio de Janeiro an einer schmerzhaften Rückenwirbelverletzung operiert werden. Die Berichterstattung reflektierte Sympathie für den Patienten, den öfters gesundheitliche Probleme plagten. Er hat schon eine Herzoperation hinter sich.

Blick zurück ohne Zorn

Die meisten Brasilianer blicken ohne Zorn zurück auf die Herrschaft der Streitkräfte. „Sie wird in Brasilien positiver bewertet als im Ausland", meinte ein diplomatischer Beobachter in Brasilia. „Das Ausland assoziiert diese Phase gern mit den gängigen *Klischees Korruption* und Repression." Die Militärs hatten am 31. März 1964 gegen den zivilen Präsidenten João Goulart geputscht. Der Staatsstreich beendete eine chaotische Regierungszeit mit ständigen Streiks und Demonstrationen, die das größte Land Lateinamerikas nach links trieben. Weite Kreise der Bevölkerung unterstützten damals den Machtwechsel.

Es folgte eine Periode der politischen Gewalt. Marxistische Stadtguerrilleros versuchten, das Militärregime durch Entführungen, Attentate und Bombenanschläge zu bekämpfen. 1970 war auch der deutsche Botschafter Ehrenfried von Holleben ein Entführungsopfer. Mit rigorosen Mitteln, zu denen auch die Folter zählte, wurden die Sicherheitskräfte langsam Herr der Lage. Im Gegensatz zu Argentinien *eliminierten sie* jedoch nur den harten Kern der Terroristen, das Sympathisantenumfeld blieb verschont. Während im südlichen Nachbarstaat Ende der siebziger Jahre mehr als 15 000 Menschen spurlos verschwanden, werden in Brasilien weniger als 500 Personen vermißt. Die Vergangenheitsbewältigung ist kein Diskussionsthema.

Antonio Melo, ein Kolumnist des renommierten „Jornal do Brasil", glaubt, daß sich die Streitkräfte dank der dynamischen Entwicklung in den siebziger Jahren „ein Denkmal gesetzt" haben. Kühne Industrialisie*rungs- und Erschließungsprojekte* katapultierten die Nation zur wirtschaftlichen Großmacht des Halbkontinents. Selbst die Amazonas-Metropolen Manaus und Belem verwan*delten sich in moderne Städte* mit eindrucksvollen Hochhauskulissen. Manche Projekte mögen ein paar Nummern zu groß und zu teuer gewesen sein. Itaipu, das größte Wasserkraftwerk der Welt, das 15,4 Milliarden Dollar kostete, war in diesem Zusammenhang oft Zielscheibe der Kritik. Im letzten Jahr ist jedoch der Energiebedarf um elf Prozent gestiegen. Itaipu könnte tatsächlich einmal ausgelastet sein.

Die Rezessionsphase und die Schuldenkrise Anfang dieser Dekade warfen dann einen dunklen Schatten auf die Militärherrschaft. 1982 und 1983 fiel das Bruttosozialprodukt um elf Prozent. Die Auslandsschulden stiegen auf 100 Milliarden Dollar, ein Weltrekord. Die Misere erinnerte an die Defizitmentalität, den Schlendrian und die aufgeblähte Staatswirtschaft. Heute existieren 500 staatliche Betriebe, die Tausende ehemalige Offiziere in führenden Stellungen beschäftigen. Ein amerikanischer Bankier spricht von einem „Paradies weißer Elefanten".

Pelés kühne Träume

Die wirtschaftlichen Rückschläge, die gelegentlich soziale Unruhen provozierten, beeinflußten wiederum die Bereitschaft der Streitkräfte, den Prozeß der politischen Öffnung (Abertura) zu beschleunigen. Der deutschstämmige General Ernesto Geisel, von 1973 bis 1979 Präsident, plante bereits die stufenweise Rückkehr zur Demokratie gegen den Widerstand rechter Militärs. Er konzipierte das 1978 erlassene Amnestie*gesetz, das vielen heute einflußreichen* Politikern die Rückkehr ermöglichte, unter ihnen Leonel Brizola, der linke Gouverneur von Rio de Janeiro. João Baptista Figueiredo setzte den Liberalisierungskurs konsequent fort. Im November 1982 erlebte Brasilien wieder die ersten freien Wahlen für den Kongreß, die Gouverneursämter und die Staatsparlamente.

Das Land wurde seither so intensiv vom Wahlfieber erfaßt, daß selbst Pelé kühne Träume hegt. „Ich möchte der erste schwarze Präsident Brasiliens sein", verkündete der berühmteste Fußballer aller Zeiten im Fernsehen. Ein demokratisches System eröffne schließlich „alle Möglichkeiten". In fünf Jahren will er kandidieren.

Zunächst kommt jedoch Tancredo Neves, ein Mann, der die Kunst der Politik so brillant beherrscht wie Edson Arantes do Nascimento die des Balltretens. Der 74jährige hat alles getan, um den Militärs den Abschied von der Macht zu erleichtern, obgleich die wirtschaftliche Entwicklung ebenfalls einen Beitrag leistete: 1984 stieg das Bruttosozialprodukt um vier Prozent, und der Handelsbilanzüberschuß betrug 13 Milliarden Dollar, ein Rekord. Neves vermied jede Kritik an der Vergangenheit und pflegte Kontakte zu den wichtigsten Generalen. Der wichtigste unter ihnen, Heeresminister Walter Pires, bekommt nun auch einen diplomatischen Karrierewunsch erfüllt: Er darf die Neves-Regierung als neuer Botschafter in Portugal vertreten.

Brasilia blickt dem Wahlergebnis *nervös entgegen, obgleich* das Volk schon seit Wochen das Ergebnis kennt. Die Hotels sind ausgebucht und die Restaurants überfüllt. Die Hauptstadt erwartet zwischen 2000 und 3000 Journalisten. Anders als bei wichtigen politischen Entscheidungen in der Vergangenheit mobilisierte die Regierung jedoch nicht das Militär. Sie traf nur geringe Sicherheitsvorkehrungen.

„Ich staune, wie programmiert und diszipliniert diese Wahlen über die Bühne gehen", bekennt ein diplomatischer Beobachter. So steht auch der Tagesablauf an jenem historischen *15. Januar genau fest:* Die 686 Mitglieder des „Colegio Eleitoral" versammeln sich um 9 Uhr im futuristischen Kongreßgebäude und beginnen nach einigen feierlichen Reden den Prozeß der Abstimmung. Tancredo Neves und sein Rivale Paulo Maluf verfolgen in separaten Räumen des Hauses die Fernsehübertragung – wie Millionen Brasilianer. Um 13 Uhr wird das Resultat bekanntgegeben.

Wahlsieger Neves erscheint dann strahlend vor der Versammlung und erklärt seine Bereitschaft, das Mandat anzunehmen. Anschließend läßt er sich von den Menschenmassen vor dem Kongreß feiern und hält vor ihnen eine weitere Ansprache. Am nächsten Morgen fährt Tancredo Neves dann zu seinem künftigen Amtssitz, *dem Planalto-Palast*, um die Glückwünsche des scheidenden Präsidenten entgegenzunehmen. Der Termin wurde fest gebucht. (SAD)

SKI ALPIN / Pirmin Zurbriggens schmerzhafter Erfolg in Kitzbühel – Deutsche Mannschaft nach dem Sturz von Gattermann verunsichert

● Der Kanadier Todd Brooker, einer der waghalsigsten Abfahrer im Ski-Weltcup und beim zweiten Rennen in Kitzbühel auf Platz drei, drückte aus, wie sich die meisten seiner Kollegen seit dem letzten Wochenende fühlen: „Wir reinen Spezialisten wollen es einfach nicht wahrhaben, daß uns ein Techniker schlagen kann." Es ist aber so: Pirmin Zurbriggen feierte seinen zweiten Sieg. Unter Schmerzen.

● Die Verletzung kann Zurbriggen den Weltcup kosten. Marc Girardelli ist ihm dich auf den Fersen. Gestern gewann der Luxemburger aus Österreich seinen dritten Slalom in dieser Saison und liegt nur noch 14 Punkte hinter dem Schweizer, dem wahrscheinlich der Erfolg in der Kombination (Sieger Andreas Wenzel) entgangen ist. Bester Deutscher im Slalom: Florian Beck auf Platz zwölf. Ingemar Stenmark wurde Achter.

Trauriger Sieger: „Da stehst du im Ziel, und das Knie funktioniert nicht"

KLAUS BLUME, Kitzbühel

Als er unten im Ziel stand, als sein Blick an der großen Anzeigetafel hängenblieb, an der er als Schnellster des 45. Hahnenkamm-Rennens notiert war, da wußte er nicht, ob er jubeln oder weinen sollte. Er wollte mit dem linken Fuß aufsetzen, doch ein stechender Schmerz im Knie ließ ihn zusammenzucken. Stunden später erzählte der Schweizer Pirmin Zurbriggen: „Da gewinnst du zweimal hintereinander die schwerste Abfahrt der Welt, da stehst du im Ziel, und auf einmal funktioniert das Knie nicht mehr. Da bist du so erstaunt, daß du es gar nicht beschreiben kannst."

Gleich zweimal hintereinander hatte der gelernte Riesentorläufer Pirmin Zurbriggen auf der „Streif" von Kitzbühel die besten Abfahrer der Welt dupiert. Am Freitag, als dort das ausgefallene Rennen von Val d'Isère nachgeholt wurde, und am Samstag, als das eigentliche Hahnenkamm-Rennen auf der 3510 m langen Abfahrt stattfand. Ein großer Triumph, doch die Siegerehrung für den 21 Jahrte alten Koch-Lehrling aus Saas Fee fand dafür nicht wie geplant im Zielraum statt. Zum vorgesehenen Zeitpunkt befand sich Zurbriggen bereits im Hotel, um vom Schweizer Mannschaftsarzt Hans Spring untersucht zu werden. Springs erstes Protokoll: „Pirmin Zurbriggen hat ausgangs des Zielschusses einen Schlag von unten erhalten. Die Folge: Streckhemmung im linken Knie, wobei entweder die Bänder oder der Meniskus in Mitleidenschaft gezogen sind. Eine genaue Diagnose kann erst eine Atroskopie in der Schweiz ermöglichen. Danach braucht er auf alle Fälle eine Pause."

Vorausgesetzt, die Untersuchung ergibt, daß weder Bänder noch Meniskus in Mitleidenschaft gezogen sind. Andernfalls kann die Pause auch länger werden – und damit wäre Zurbriggens Start bei den Weltmeisterschaften vom 31. Januar bis 10. Februar in Bormio (Italien) hinfällig. Frage an den Schweizer Cheftrainer Karl Frehsner: Haben Sie mit Ihrem Star darüber gesprochen? Frehsner ausweichend: „Wir haben solche Situationen gesprächsweise schon einmal simuliert. Ich weiß deshalb, Pirmin ist psychisch sehr widerstandsfähig und kann sich auf unverhoffte Situationen gut einstellen. Er ist auf keinen Fall niedergeschlagen, in kritischen Situationen möchte er allein sein, er ist kein Typ, der sich bemuttern läßt."

Diese Eigenschaften hat Zurbriggen wohl auch innerhalb nur eines Winters zum Superstar des alpinen Ski-Zirkus avancieren lassen. Gesamt-Weltcupsieger war er bereits 1983/84. In diesem Winter nun verblüffte er nicht nur die Fachwelt mit seinem umfassenden Können in allen Disziplinen: Sieg im Super-Riesenslalom von Puy St. Vincent, Sieg im Spezialslalom von Sestriere, Doppelsieg auf der Abfahrtsstrecke am Hahnenkamm in Kitzbühel. „Der neue Killy ist geboren", jubelte die „Neue Kronenzeitung" aus Wien, um neben der Vielseitigkeit auch die Tatsache zu feiern, daß vor Zurbriggen ohnedies nur zwei Rennläufer an zwei Tagen hintereinander die Abfahrt am Hahnenkamm gewonnen haben: der legendäre Österreicher Karl Schranz und dessen tödlich verunglückter Landsmann Sepp Walcher.

So sind sich auch die Stars von einst und heute in der Beurteilung ihres Nachfolgers einig. Karl Schranz: „Pirmin ist der komplette Skiläufer – der beste von allen." Der Kanadier Steve Podborski, Hahnenkamm-Sieger 1981 und 1982: „Zurbriggen bolzt im Training nicht nur Tempo, er trainiert vor allem die Skitechnik, deshalb ist er allen anderen in der Abfahrt so überlegen." Der Tegernseer Michael Veith, Vize-Weltmeister 1978: „Ehe die Abfahrer überhaupt in die Kurve gegangen sind, befindet sich Zurbriggen bereits auf der Ideallinie, die obendrein die Abfahrer in Kitzbühel gar nicht gefunden haben." Der deutsche Cheftrainer Klaus Mayr: „Zurbriggen ist ein Ausnahmetalent, eines, das alle Jubeljahre nur einmal vorkommt." Franz Heinzer aus der Schweiz: „Er bewegt sich in einer Abfahrt so geschmeidig wie bei einem Riesenslalom – nur eben ständig in der Hocke."

Es gibt freilich Abfahrer, die nicht Heinzers Meinung sind. Die allgemeine Stimmungslage in der geschlagenen österreichischen Mannschaft: Zurbriggen habe nur deshalb zweimal am Hahnenkamm gewinnen können, weil zuvor extremer Frost bis zu 25 Grad die Piste steinhart frieren ließ. Dies habe dem Schweizer Gelegenheits-Abfahrer Zurbriggen zwei Zufälligkeitssiege ermöglicht.

Zurbriggens Trainer Karl Frehsner dazu: „Die sollen doch die Schnauze halten und nicht ständig hinausposaunen, daß sie gewinnen werden. Sie sollten lieber ganz einfach so trainieren wie Pirmin." Und dann: „Die anderen wissen doch immer alles besser, während Pirmin ständig über Verbesserungen nachdenkt. Wenn andere nach einem Sieg in Euphorie ausbrechen, analysiert Pirmin ein Rennen in allen Phasen und wägt ab, wo er einen Fehler gemacht hat."

Übrigens: Den einzigen Fehler, den sich der zweimalige Hahnenkamm-Sieger Zurbriggen selber zugestand: „Du glaubst, du fährst optimal. Doch optimal beherrscht du die Hahnenkamm-Abfahrt nie."





Ein etwas nachdenkliches Gesicht nach dem zweiten Erfolg: Pirmin Zurbriggen bezahlte seine rasende Fahrt auf der Kitzbüheler „Streif" (rechts) mit einer Knieverletzung. FOTOS: RAUCHENSTEINER/BAADER

Sturz-Aufnahmen werden vernichtet

K. Bl. Kitzbühel

Klaus Mayr, alpiner Cheftrainer im Deutschen Ski-Verband (DSV) und nach seinen großen Erfolgen mit dem deutschen Rennläuferinnen in diesem Winter endlich auch mit den alpinen Herren in der Erfolgsspur, ist ein erfahrener und deshalb überaus realistischer Mann. So zog Mayr denn nach dem Rennen in Kitzbühel (Abfahrt und Slalom) für seine Läufer folgende Bilanz: „Die Situation im Slalom und im Riesentorlauf ist normal. Sie ist es auch, wenn es nach anfänglichen Erfolgen nun Einbrüche gegeben hat. Das war zu erwarten, denn die Leistungen können sich in so kurzer Zeit noch nicht stabilisiert haben."

Bei den deutschen Abfahrern schien es in diesem Winter schwungvoll aufwärts zu gehen. Klaus Gattermann (24) aus Bayerisch-Eisenstein war bei der Weltcup-Abfahrt im Dezember in Gröden bereits Vierter geworden. Die österreichischen Zeitungen, von den Erfolgen ihrer Landsleute verwöhnt, nannten den 24jährigen Obergefreiten deshalb vor dem Start auf dem Kitzbüheler Hahnenkamm einen Weltklasseläufer. Als solcher angekündigt, überschlug sich Gattermann bei der Abfahrt am Freitag auf der Streif gleich neunmal und mußte mit Platzwunden, Prellungen und einer schweren Gehirnerschütterung ins Kitzbüheler Krankenhaus gebracht werden. Seit gestern befindet sich Gattermann im Krankenhaus München-Unterhaching, wo er vom deutschen Mannschaftsarzt Ernst-Otto Minch behandelt wird. An einen Start ist vorerst nicht zu denken.

Klaus Mayr sagt dazu: „Kitzbühel bedeutet für uns in der Abfahrt einen Rückschlag. Einmal, weil die Streif eine der schwersten Pisten der Welt ist und deshalb vordere Plazierungen für unsere jungen Läufer ohnehin sehr schwer sind. Zum anderen gab es freilich einen gehörigen Rückschlag durch den Sturz von Klaus Gattermann. Ja, der Klaus: das wäre einer!"

Aber nun liegt Gattermann im Krankenhaus, und sein Unfall habe – so Mayr – das gesamte deutsche Abfahrer-Team deprimiert. Er habe zwar versucht, die anderen Rennläufer davon abzuhalten, sich den Sturz im Fernsehen anzusehen – doch vergeblich. Mayr: „Da hat zum Beispiel einer einfach gesagt: Ich bin auf die Toilette gegangen und bin dabei zufällig an einem Fernsehgerät vorbeigegangen. Was willst du da machen? Aber wir werden im Verband alle Video-Aufnahmen von diesem Sturz vernichten."

Was man jetzt vor allem brauche, sei Ruhe, um nach dem Gattermann-Unfall und den Mißerfolgen mit Gesprächen die Läufer davon zu überzeugen, daß sie eigentlich viel mehr können. Mayr: „Ich werde reden, reden und nochmals reden." In zwei Wochen, nach den Weltcup-Rennen in Garmisch-Partenkirchen, wird Mayr dann die deutsche Mannschaft für die alpinen Ski-Weltmeisterschaften vom 31. Januar bis zum 10. Februar in Bormio (Italien) berufen.

Mayrs Ziel: „In jeder Disziplin wollen wir einen unter die ersten acht bringen – das ist eine realistische Ausgangsposition. Jetzt an eine Medaille zu denken, wäre illusorisch, denn wir befinden uns noch im Aufbau. Den können wir nur in aller Ruhe vollziehen, damit zum Beispiel ein Slalomläufer wie Florian Beck keine Konsequenzen zu befürchten hat, wenn er bei einigen Rennen rausfliegt. Wenn wir Trainer Vertrauen in einen Läufer haben, schafft das auch bei ihm Selbstverstrauen."

● Hat Marina Kiehl ihr Formtief überwunden? Beim Super-Riesenslalom von Pfronten wurde sie einen Tag nach ihrem 20. Geburtstag nur von der überragenden Schweizerin Michaela Figini geschlagen, die im Weltcup klar führt. Traudel Hächer kam auf den 11. Rang.

Eine mutige und aggressive Fahrt von Marina Kiehl

sid, Pfronten

Abfahrts-Olympiasiegerin Michaela Figini aus der Schweiz avancierte zur großen Favoritin der alpinen Ski-Weltmeisterschaft, doch mit Marina Kiehl hat der Deutsche Ski-Verband auch eine Trumpfkarte in der Hand. Das ist das Fazit des Super-Riesenslaloms von Pfronten: Beim ersten Damen-Weltcuprennen der Saison auf deutschem Boden gelang der 18 Jahre alten Figini bereits der vierte Saisonsieg. Marina Kiehl durchbrach als Zweite die Schweizer Phalanx.

Mit einer couragierten und aggressiven Fahrt ließ Marina Kiehl ihr letztes Leistungstief von Bad Kleinkirchheim vergessen, wo sie als bestes Resultat nur einen siebten Platz aus den zwei Abfahrtsläufen vorzuweisen hatte und die Führung im Gesamtweltcup verlor. „Ich habe einen Haufen Fehler gemacht", ärgerte sich die Münchnerin, war aber unter dem Strich mit dem Ergebnis zufrieden. Mit einer Differenz von 28 Punkten liegt Marina Kiehl in der Gesamtwertung nun hinter der führenden Michaela Figini (165) und deren Landsmännin Brigitte Oertli (145) gemeinsam mit Maria Walliser (beide 137) auf dem dritten Platz.

Der insgesamt gute Eindruck der deutschen Mannschaft drei Wochen vor den Weltmeisterschaften wurde nur durch das Ausscheiden von Michaela Gerg und Regina Mösenlechner getrübt. Traudl (11. Platz) und Irene Epple (14.) holten noch Weltcup-Punkte, Heidi Wiesler verpaßte dieses Ziel mit dem 16. Rang nur knapp. Für die Weltmeisterschaft in Bormio (Beginn: 30. Januar) hat der Deutsche Ski-Verband bereits 17 Läufer fest nominiert, darunter auch Klaus Gattermann.

FECHTEN / Die Spezialisten besiegt

Fünfkämpfer Meister, Emil Beck will ihn nicht

sid/dpa, Dormagen

Ein Fünfkämpfer fuhr den sieggewohnten deutschen Degenfechtern heftig in die Parade. Achim Bellmann, 27 Jahre alter Olympiateilnehmer im Modernen Fünfkampf, *stahl den Elitefechtern aus Tauber*bischofsheim bei den deutschen Meisterschaften den Titel und die Schau. „Was ich bei den Fünfkämpfern in 14 Jahren nicht schaffte, gelang mir bei den Fechtern", freute sich der Student für Sport und Englisch nach seinem 12:11-Finalsieg über Arnd Schmitt (Tauberbischofsheim).

Einen Wechsel ins Lager der Fechter hatte der für Leverkusen startende Münsteraner zwar schon geplant, seinen Entschluß aber in den letzten Wochen revidiert: „Nach dem Führungswechsel im Fünfkampf-Verband zeichnet sich eine positive Entwicklung ab." Das war Motivation genug, um noch eine Saison als Fünfkämpfer anzuhängen, zumal seine Zukunft als Fechter nicht gesichert wäre, weil Bundestrainer Emil Beck seinen Fechtstil ablehnt. Die Chance, *sich über die Rangliste in die Natio*nalmannschaft zu *fechten*, sieht Achim Bellmann verbaut: „Ich habe keine Chance. Emil Beck hat ja klipp und klar gesagt, daß er mich nicht haben will."

Um so mehr genoß er seinen Triumph nach dem Gewinn der Meisterschaft. Er hatte sich nicht nur gegen die Tauberbischofsheimer Goldmedaillengewinner von Los Angeles durchgesetzt, sondern erstmals nach über zehnjähriger Siegesserie auch die Vormachtstellung der Tauberbischofsheimer Degenfechter durchbrochen. Die Elitefechter reagierten sauer: „Ich habe keinen Schüler, der so ficht", ereiferte sich Bundestrainer Beck, *und auch Olympiasieger Alex*ander Pusch („Mit dem kann ich nicht fechten.") kritisierte nach seiner 7:10-Niederlage den wenig eleganten und unorthodoxen Fechtstil Bellmanns. „Man kann auch in Schönheit sterben", konterte der Fünfkämpfer, der trotz seines Sieges kaum Chancen hat, für die Fecht-Weltmeisterschaft im Juli in Barcelona nominiert zu werden.

„Bellmann gehört dem Kader des Fünfkampfverbandes an, damit fällt er nicht unter unsere Qualifikations-Kritierien. Ob er zur WM mitfährt oder nicht, entscheide ich", erklärte der enttäuschte Emil Beck. Allein der 19jährige Arnd Schmitt, von Beck als „ein Talent wie Pusch" gelobt, rettete mit seinem zweiten Platz das durch Bellmanns Sieg angekratzte Image der Fechthochburg Tauber*bischofsheim. Alexander Pusch* (3.), Titelverteidiger Elmar Borrmann (5.), Gerhard Heer (8.) sowie Volker Fischer (9.–13.) konnten die Erwartungen nicht erfüllen, obwohl in Dormagen deutlich wurde, daß nur noch wenige Ausnahmefechter in diese Phalanx einbrechen können. Neben Bellmann gelang das nur dem Bonner Frank Wagner, doch auch er wechselt im Mai zu Bundestrainer Emil Beck nach Tauberbischofsheim.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

SKI ALPIN

Hahnenkamm-Rennen, Weltcup-Abfahrt in Kitzbühel/Österreich: 1. Zurbriggen (Schweiz) 2:06,95 Min., 2. Höflehner (Österreich) 2:07,21, 3. Brooker (Kanada) 2:08,10, 4. Heinzer 2:08,55, 5. Müller (beide Schweiz) 2:08,58, 6. Wirnsberger (Österreich) 2:08,98, 7. Cathomen 2:08,99, 8. Mahrer 2:09,69, 9. Kernen (alle Schweiz) 2:09,79, 10. Mair (Italien) 2:09,88, 11. Klammer 2:10,05, 12. Weirather (beide Österreich) 2:10,21, 13. Lee (Australien) 2:10,36, 14. Alpiger (Schweiz) 2:10,56, 15. Wenzel (Liechtenstein) 2:10,61, . . . 22. Wildgruber 2:11,58, . . . 37. Dürr 2:14,15, . . . 43. Ringswandl 2:14,64, 44. Zehentner (alle Deutschland) 2:14,56. – 6. **Weltcup-Slalom** der Herren in Kitzbühel: 1. Girardelli (Luxemburg) 1:40,68 Min., 2. Tötsch (Italien) *1:40,86, 3. Krizaj (Jugoslawien) 1:41,05*, 4. Giorgi (Italien) 1:42,37, 5. De Chiesa (Italien) 1:42,37, 6. Wenzel (Liechtenstein) 1:42,65, 7. Gruber (Österreich) 1:42,76, 8. Stenmark 1:43,03, 9. Halvarsson (beide Schweden) 1:43,13, 10. Edalini (Italien) 1:43,19, 11. Ishioka (Japan) 1:43,67, 12. Beck (Deutschland) 1:43,74, 13. Heidegger (Österreich) 1:44,58, 14. Nilsson (Schweden) 1:45,09, 15. Vion (Frankreich) 1:45,19. – **Weltcup-Super-Riesenslalom**, Damen in Pfronten: 1. Figini (Schweiz) 1:23,13, 2. Kiehl (Deutschland) 1:23,48, 3. Walliser (Schweiz) 1:24,01, 4. Kirchler (Österreich) 1:24,26, 5. Charvatova (CSSR) 1:24,27, 6. Blanca Ochoa (Spanien) 1:24,54, 7. E. Hess (Schweiz) 1:24,59, 8. Oertli (Schweiz) 1:24,63, 9. Twardokens (USA) 1:24,68, 10. Ehrat (Schweiz) 1:24,78, 11. Rey (Frankreich) und Hächer (Deutschland), beide 1:24,93, 13. Merle (Frankreich) 1:24,99, 14. I. Epple (Deutschland) 1:25,03, 15. Schneider (Schweiz) 1:25,43, 16. Wiesler (Deutschland) 1:25,45. – Zwischenstand im Gesamtweltcup nach 16 Wettbewerben: 1. Figini 165 Punkte, 2. Oertli 145, 3. Kiehl und Walliser je 137, 5. Kirchler *129, 6. Hess 119*.

SKI NORDISCH

Bayerische Meisterschaften in Oberstdorf, 15-km-Langlauf, Herren: 1. Behle (Willingen, außer Konkurrenz) 38:20,4 Min. 2. Gebel (Hirschau) 38:51,0, 3. Benedikt (Oberammergau) 39:08,9, 4. Ahrens (Braunlage) 39:26,1, 5. Lang (Trauchgau) 39:30,9, 6. Reiter (Hirschau) 39:41,8. – 5 km, Damen: 1. Schmölz (Missen) 15:45,8, 2. Roth (Niederwangen) 15:57,2, 3. Kinzel (Sonthofen) 16:01,3. – **Nordische Kombination:** 1. T. Pellhammer (Reit im Winkl) 435,40 Punkte, 2. Heumann (Oberaudorf) 426,60.

SKISPRINGEN

Schwarzwald-Meisterschaften in Schönwald, Spezialspringen: 1. Bauer (Oberstdorf) 210,7, 2. Rohwein (Isny) *210,2, 3. Klauser (Reit im Winkl) 209,1*, 4. Waldvogel (Feldberg) 203,3, 5. Dilger (Blasiwald) 199,8, 6. Steiert (Hinterzarten) 199,5.

EISKUNSTLAUF

Deutsche Meisterschaften in Bremerhaven, Endstand Herren: 1. Fischer (Stuttgart) 2,0 Punkte, 2. Zander (Wiehl) 4,4, 3. Wieser (München) 8,4, 4. Edel (Frankfurt) 8,6, 5. Weiß (Ingolstadt) 10,6, 6. Vogt (Stuttgart) 12,6. – **Damen:** 1. Leistner (Mannheim) 3,4, 2. Neske (Düsseldorf) 6,4, 3. Tesch (Stuttgart) 7,4, 4. Kuss (München) 12,4, 5. Renner (München) *12,6*, 6. Becher (Mannheim) 13,0. – **Paare:** 1. Massari/Caprano (Stuttgart) 1,4, 2. Kimminus/Pfrengle (München) 2,8. – **Eistanz:** 1. Born/Schönborn (Würzburg) 2,0, 2. Becherer/Becherer (Konstanz) 2,0, 3. Kern/Kern (München) 6,6, 4. Göttler/Löffled (München) 7,4, 5. *Dehn/Jons*son (Hamburg) 10,6, 6. Weppelmann/Schamberger (Essen) 11,4.

EISSCHNELLAUF

Deutsche Meisterschaften, Großer Vierkampf, Herren, in München: 5000 m: 1. *Baltes (München) 7:28,21* Min., 2. Lemcke (Berlin) 7:34,32, 3. Kautecky (Mittenwald) 7:40,22, 4. Jeklic (Inzell) 7:42,11, 5. Tröger (Nürnberg) 7:44,97, 6. Hartong (Frillensee) 7:45,49. – Gesamtwertung nach zwei Konkurrenzen: 1. Baltes 85,121 Punkte, 2. Lemcke 85,242, 3. Hartong 87,069, 4. Nietsch (Berlin) 87,242, 5. Tröger 87,347, 6. Jeklic 87,851. – **Vierkampf-EM**, Damen, in Groningen/Holland, 500 m: 1. Schöne („DDR") 42,45 Sek., 2. Tokarczyk 42,69, 3. Rys-Ferens (beide Polen) 42,82, 4. Bogatova (UdSSR) 42,98, 5. Plesjkova (UdSSR) 43,26, 6. Hoiseth (Norwegen) 43,43, . . . 20. Smuda 44,59, . . . 22. Hassmann (beide Deutschland) 45,61.

HOCKEY

4. **Hallen-EM** der Damen in London, zweiter Spieltag: Gruppe 1: England – Kanada 6:0, Deutschland – Irland 4:1, Kanada – Irland 5:4, Deutschland – England 7:3. – Gruppe 2: Schottland – Italien 11:2, Holland – Österreich 7:4, Holland – Schottland 5:3, Österreich – Italien 8:5. – Halbfinale: Deutschland – Schottland 5:3. – **Bundesliga**, Herren, *Gruppe Nord, 7. Spieltag: RW Köln* – SW Köln 7:9, Hannover – Berlin 9:9, Gladbach – Leverkusen 11:10, Braunschweig – Großflottbek 11:11. – Gruppe Süd: Heidelberg – Mülheim 15:8, Dürkheim – München 10:10, Frankenthal – Stuttgart 11:7.

FECHTEN

Deutsche Meisterschaften, Säbel, in Dormagen, Finale: Nolte (St. Augustin) – Eifler (Bonn) 10:8; um Platz drei: Schneider (Tauberbischofsheim) – Süllwald (Bonn) 10:2, 5. Becker, 6. Volkmann (beide Bonn), 7. Birkefeld (Tauberbischofsheim), 8. Steinhausen (Koblenz). – Degen, Finale: Bellmann (Leverkusen) – Schmitt (Tauberbischofsheim) 12:11; um Platz drei: Pusch (Tauberbischofsheim) – Wagner (Bonn) 10:1, 5. Fischer, 6. Borrmann, 7. Wagner, 8. Heer (alle Tauberbischofsheim). – **Weltcup-Turnier** der Juniorinnen (Florett) in Budapest, Finale: Funkenhauser (Deutschland) – Baumann („DDR") 8:6. – Halbfinale: Funkenhauser – Kühne („DDR") 8:4. – Viertelfinale: Funkenhauser – Franz („DDR") 10:8.

FUSSBALL

Englische Meisterschaft: Everton – Newcastle 4:0, Leicester – Stoke 0:0, Manchester United – Coventry 0:1, Norwich – Southampton 1:0, Queens Park – Tottenham 2:2, Sheffield – Bromwich 2:0. – Tabellenspitze: 1. Everton 49 Punkte, 2. Tottenham 47, 3. Manchester United 41. – **Freundschaftsspiele:** Haiger – Dortmund 1:10, Lüneburg – HSV 0:4, Endorf – Mannheim 0:6, Osnabrück – Schalke 2:4, Racing Club Paris – Leverkusen 1:3, Villingen – Kaiserslautern 0:6. – 14. **Internationales Hallen-Turnier** in Berlin, Endrunde, erster Tag: Bremen – Mönchengladbach 0:3, Hertha BSC – MTK Budapest 3:1, Mönchengladbach – Hertha BSC 3:0, Bremen – Budapest 4:1, Bremen – Hertha BSC 5:0, Budapest – Mönchengladbach 2:3. – Tabelle: 1. Mönchengladbach 6:0, 2. Bremen 4:2, 3. Hertha BSC 2:4, 4. Budapest 0:6.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, Zwischenrunde, 1. Spieltag, Gruppe A: Köln – Leverkusen 74:75, Osnabrück – Hagen 73:88. – Gruppe B: Göttingen – Gießen 93:84. – Zwischenrunde, Damen, 1. Spieltag: Köln – München 73:85, Osterfeld – Düsseldorf 46:94. – Abstiegsrunde: Marburg – Porz/Hennef 61:62, Frankfurt – Leverkusen 78:72.

EISHOCKEY

Bundesliga, 29. Spieltag: Landshut – Köln 2:1, Rosenheim – Rießersee 10:0, Schwenningen – Mannheim 1:3, Kaufbeuren – Essen-West 8:3, Iserlohn – Düsseldorf 3:4.

HANDBALL

Europapokal der Landesmeister, Frauen, Viertelfinal-Hinspiel: Leverkusen – Kiew 14:21. – **Pokal der Pokalsieger**, Frauen, Viertelfinale: Sindelfingen – Topolniky/CSSR 16:21. – **Bundesliga**, Männer, 11. Spieltag: Lemgo – Bergkamen 21:16, Gummersbach – Hofweier 21:27, Kiel – Hüttenberg 29:15. – **Frauen**, *Gruppe Nord*, 10. Spieltag: Minden – Jarplund Weding 14:20, Eilbeck – Engelskirchen 17:22, Oldenburg – Uerdingen 26:16. – Gruppe Süd: Malsch – Guts Muths Berlin 11:12, Nürnberg – Auerbach 16:18, Gießen – Humboldt Berlin 25:7.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren, 10. Spieltag: Düsseldorf – Steinhagen 9:5, Grenzau – Bremen 9:5, Reutlingen – Bad Hamm 9:1, Saarbrücken – Bayreuth 9:2, Jülich – Altena 9:3. – **Damen**, 10. Spieltag: Donauwörth – *Frankfurt* 8:8, *Kiel* – Saarbrücken 7:9, Rinteln – Kleve 4:9.

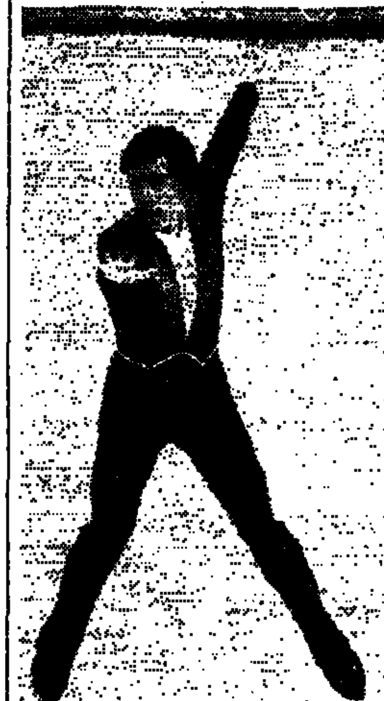
VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 12. Spieltag: Leverkusen – Hamburg 1:3, Fort. Bonn – München 3:0, Berlin – SSF Bonn 1:3, Friedrichshafen – *Paderborn* 2:3. – **Damen**: Stuttgart – Langenhorn 2:3, Münster – Schwerte 3:0. – **Europapokal der Landesmeister**, Frauen, zweite Runde, Hinspiel: Levsky/Spartak Sofia – Lohhof 2:3. – **CEV-Pokal** Damen, Viertelfinale: Milangaz Istanbul – Augsburg 1:3 (Hinspiel 0:3, damit Augsburg in der Finalrunde).

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 11, 14, 37, 38, 39, Zusatzzahl: 22. – **Spiel 77:** 2 5 3 0 6 2 4. (Ohne Gewähr).

EISKUNSTLAUF / Fischer noch stärker – Konkurrenz für Claudia Leistner





● Die deutschen Meisterschaften im Eiskunstlauf liefen nach Plan – was die Titelträger betrifft: Heiko Fischer (Foto links), Claudia Leistner (rechts), die Tänzer Petra Born und Richard Schönborn (ganz rechts) und das Paar Claudia Massari/Daniele Caprano waren auch die Favoriten. Aber bei den Damen tauchte auf Platz zwei ein Name auf, den niemand kannte.

● Patricia Neske hat zum erstenmal in Deutschland einen Wettbewerb bestritten – jetzt fährt sie zur Europameisterschaft. Die Tochter deutscher Eltern jettete aus den USA nach Bremerhaven, in der Kür wurde sie gleich besser bewertet als Claudia Leistner. Jetzt herrscht Unruhe im Verband und bei den deutschen Eislaufmuttis.

● Nach dem Rücktritt von Norbert Schramm und Rudi Cerne gibt es noch immer einen deutschen Medaillenkandidaten: Heiko Fischer. Der lange Stuttgarter ist eleganter und lockerer geworden. Er sagt: „Ich versuche nur das, was ich kann, aber das soll dann auch perfekt sein." FOTOS: RZEPKA

Unruhe um ein unbekanntes Mädchen aus USA: „Wieso darf die denn einfach hierherkommen?"

dpa/sid, Bremerhaven

Bundestrainer Erich Zeller hatte *schon zwei Tage vorher zu seiner* Frau gesagt: „Schau mal, da läuft ein nettes Mädchen aus Amerika." Als die Deutschen Eiskunstlauf-Meisterschaften in Bremerhaven zu Ende waren, erregte sich die deutsche Eislauffamilie über dieses nette Mädchen aus Amerika. Patricia Neske aus Los Angeles, Tochter deutscher Auswanderer, extra zur Meisterschaft aus Kalifornien eingeflogen, war hinter Claudia Leistner Zweite geworden. Damit hatte sie sich für einen Platz im deutschen Team für die Europameisterschaft qualifiziert. Verbandspräsident Wolfdieter Montag wand sich vor Verlegenheit: „Ob ich mich dar*über freue, das muß ich erst* in den Statuten nachsehen."

Dabei lieferten diese Titelkämpfe unerwartet viel Anlaß zur Freude. Heiko Fischer (Stuttgart) präsentierte sich bei seinem dritten deutschen Meistertitel stilistisch so verbessert, daß ihm von Funktionären und Preisrichtern der Deutschen Eislaufunion (DEU) bei der Europameisterschaft nun gar eine Silbermedaille zugetraut *wird. Vor zehn Jahren hatte Fischer* zur Musik von Westside Story in dieser Stadthalle von Bremerhaven sein Debüt in der Meisterklasse gegeben. Jetzt ist er zur Musik von damals zurückgekehrt und hatte gefunden, was man ihm jahrelang als Mangel angekreidet hatte: seinen Stil. „Ich kann eben keinen auf Kunst machen. Ich brauch' Charakter", sagte der 24jährige. Sein Trainer Karel Fajfr: „Endlich haben wir eine Musik, die Heiko etwas sagt." Pop sei dem Infor*matikstudenten* zu abstrakt gewesen. Der stets etwas steife Springer von einst ist zum Kunstläufer gewachsen.

Der Zweite, Richard Zander aus Wiehl bei Gummersbach, hätte vor zwei Jahren ebenfalls die deutsche Eislaufwelt in Aufruhr gebracht, wenn er nicht im Schatten der ins Showgeschäft gewechselten Cerne und Schramm und natürlich Fischer gestanden hätte. Auch er ist als Deutsch-Amerikaner aus Los Angeles gekommen.

Der 20 Jahre alte Zander war der einzige, der Patricia Neske vorher kannte. „Ich seh mir die Starterlisten an, und da denke ich, die kennst du doch", erzählte er. Und tatsächlich, sie war es: Patricia, mit der er vor Jahren auf der Eisbahn von Torrance bei Los Angeles unter der ehemaligen Weltmeisterin Barbara Ann Roles trainiert hatte. „Da waren wir noch so klein", sagte Patricia.

Jetzt sind sie zumindest hierzulande zwei unübersehbare Größen auf dem Eis. Zander, gratis von seiner Trainerin Karin Doherty trainiert, ausschließlich für den Eislauf lebend, unterhalten von seiner in einem Restaurant arbeitenden Mutter, unterstützt von seinem Fan-Klub in Wiehl (78 Mitglieder), ist der Mann, der bis zu den Olympischen Spielen 1988 in Calgary gemeinsam mit Fischer in *der internationalen Spitze* stehen könnte.

Während Zander als Mitglied der deutschen Mannschaft akzeptiert worden ist, wollte sich an diesem Abend mit Patricia Neske niemand abfinden: „Wieso darf die denn einfach hierherkommen? Stellt sich nicht vor! Unsere Mädchen wußten gar nicht, gegen wen sie da laufen mußten! Das darf doch nicht, das kann doch nicht sein, das müßte man verbieten!" Aber die 18jährige aus Kalifornien hat einen deutschen Paß, die Freigabe des amerikanischen Verbandes für die DEU und von ihrer Qualifikation gar nicht zu reden. Immerhin hatte sie Claudia Leistner den Sieg in der Kür weggeschnappt.

Ihre Geschichte erzählte Patricia Neske in einer deutschen-englischen Sprachmischung. Vor 25 Jahren wanderten der Vater (er stamm aus Düsseldorf) und die Mutter (sie ist in Essen geboren) nach Los Angeles aus. Die Tochter flog ab und an über den Atlantik nach Düsseldorf, wo die Familie noch ein Haus besitzt. Nach dem Schulabschluß im Sommer nahm bei Patricia während des Trainings bei der Düsseldorfer EG die Absicht konkrete Formen an, bei der deutschen Meisterschaft zu starten. Ihre Chancen in den USA hatte sie schon bei den Vorentscheidungen zur Meisterschaft vertan. Im Dezember wurde sie in ihrer Gruppe nur Sechste und erhielt kein Startrecht. Jetzt will sie das gerade begonne Mathematik-Studium verschieben. Sie sagt: „Eigentlich wollte ich mich in diesem Jahr in Deutschland nur vorstellen."

„Ich habe noch nie von ihr gehört", sagte die 19 Jahre alte Mannheimerin. Der Streit allerdings war ihr egal. Sie freute sich viel zu sehr über ihren *ersten deutschen Meistertitel* nach drei vergeblichen Anläufen. Und daß ihre Kür blaß, ihre Dreifachsprünge unsicher gewesen waren? „Ich lag letzte Woche ja auch krank zu Bett und konnte nicht trainieren. Aber bei der Europameisterschaft, da wird gesprungen", sagte die WM-Zweite von 1983. Und das „verdammt noch mal", das sie im stillen anfügte, spiegelte sich in ihrem Gesicht. Nach ihrer zaghaften, unsicheren Kür war diese Ungebrochenheit das erste ermutigende Zeichen für eine mögliche Rückkehr von Claudia Leistner in die Weltspitze.

EISSCHNELLAUF

Meisterschaft an Baltes

dpa, München

Hansjörg Baltes ist neuer deutscher Meister im Großen Vierkampf der Eisschnelläufer. Der 20jährige Münchener gewann am Wochenende auf der Kunsteisbahn in München-Perlach mit 173,240 Punkten knapp das Duell gegen Titelverteidiger Andreas Lemcke (173,791) aus Berlin und wird damit der einzige Läufer der Deutschen Eisschnellauf-Gemeinschaft bei der Vierkampf-Europameisterschaft im schwedischen Eskilstuna (26./27. Januar) sein.

Die Entscheidung zugunsten von Baltes fiel erst am Sonntag im abschließenden 10 000-m-Rennen, das er in 15:41,72 Minuten vor Lemcke (15:50,32) gewann. Zuvor hatten beide je zwei Siege erzielt: Lemcke gewann über 500 m, Baltes über 5000 m. Im 1500-m-Rennen passierten sie zeitgleich in 2:03,10 Minuten das Ziel.

Zufrieden mit den Leistungen von *Lemcke und Baltes, aber enttäuscht* über das allgemein geringe Interesse am Eisschnellauf in Deutschland waren Bundestrainer Ab Krook und DESG-Präsident Zimmermann. Nur rund 100 Zuschauer und geringe Teilnehmerzahlen kennzeichneten die Meisterschaft. Das Ziel des Präsidenten „Wir brauchen mindestens zehn bis zwanzig Aktive vom Kaliber eines Baltes oder Lemcke, um den Konkurrenzkampf zu erhöhen", erscheint angesichts dieser Zahlen utopisch.

EISHOCKEY / Neun Stunden lang verhandelt

Nur milde Geldstrafen für Kühnhackl und Schloder

sid/dpa, München

Nach neunstündiger Verhandlung sprachen die Richter milde Urteile: Geldstrafen für die Eishockeyspieler Erich Kühnhackl und Alois Schloder, Freispruch für Torwart Bernd Englbrecht (alle EV Landshut) und Reduzierung der Sperre von 16 auf 12 Spiele gegen den Rosenheimer Manfred Ahne, der am 25. November durch seine Rangelei mit Schloder jene skandalösen Szenen ausgelöst hatte, die jetzt vor dem Spielgericht des Deutschen Eishockey-Bundes (DEB) verhandelt wurden.

Mit seinem Urteil (Schloder: 5000 Mark plus Gerichtskosten, Kühnhackl 3500 Mark plus Gerichtskosten) blieb das Spielgericht erheblich unter den von DEB-Ankläger Wilfried Wegmann geforderten Geldstrafen und den Sperren von vier bis 16 Spielen für beteiligte Spieler. Kühnhackl und Englbrecht waren unter dem Vorwurf *angeklagt worden, den Linienrichter* Wilhelm Mayr (Kaufbeuren) „beschimpft und bedroht" zu haben, was Mayr vor Gericht aber nicht bestätigen konnte. Nach dem Studium der Fernsehbilder wurde Englbrecht freigesprochen, gegen Kühnhackl jedoch eine Geldstrafe verhängt mit der Begründung: „Als Kapitän der Nationalmannschaft hat Kühnhackl in seinem Auftreten eine Verpflichtung. Er hat mit seinem Verhalten der Sportart Eishockey geschadet."

Nur eine Geldstrafe erhielt auch Alois Schloder, der ebenso wie Kühn*hackl von Star-Anwalt Rolf Bossi*, ihrem gemeinsamen Tennis-Partner, vertreten wurde. Eishockey-Laie Bossi plädierte in seiner Verteidigungsrede auf Freispruch für Schloder, da sein Mandant für das Vergehen „*Stockschlag*" eine Fünf-Minuten-Strafe erhalten hatte und damit lediglich eine Geldstrafe zu vertreten sei. Dieser Ansicht schloß sich das Gericht an, das damit nicht an der Tatsachen-Entscheidung von Schiedsrichter Jupp Kompalla (Krefeld) rüttelte.

Die Vertreter des Landshuter EV nahmen das Urteil an, obwohl Kühnhackl unzufrieden war („Solche Szenen kommen doch im Eishockey jeden Tag vor"). Der Kontrollausschuß erwägt eine Berufung, doch erwartet ihn in den nächsten Wochen ohnehin viel Arbeit, da DEB-Ankläger Wegmann morgen seine Anklage gegen *den Mannheimer Roy Roedger* formulieren will. Roedger hatte dem Kölner Steve McNeil mit einem Stockschlag eine schwere Augenverletzung zugefügt. „Ich kann auf dem rechten Auge immer noch nicht sehen. Möglicherweise muß ich noch einmal operiert werden. Ich werde juristische Schritte gegen Roedger einleiten", kündigte McNeil nach seiner Entlassung aus den Kölner Uni-Klinken auch zivilrechtliche Schritte an.

HALLENHOCKEY

Finalsieg über Holland

DW. London

Versöhnlich endete für die Deutsche Hockey-Nationalmannschaft der Frauen die Hallen-Europameisterschaft in London. Durch einen knappen 8:7-Finalsieg über Olympiasieger Holland gewann sie erneut den Titel und bestätigte damit die dominierende Stellung des Deutschen Hockey-Bundes (DHB) im Hallenhockey. Nach den Siegen in den drei vorausgegegangenen Europameisterschafts-Turnieren galt die deutsche Mannschaft als Favorit, hatte jedoch einen schlechten Start und verlor gleich das erste Vorrundenspiel gegen Kanada mit 5:6. Allein die Hamburgerin Gaby Appell brachte von Beginn an die erwartete Leistung und war mit zehn Treffern die erfolgreichste deutsche Spielerin.

Nach den Rücktritten vieler Nationalspielerinnen fand das neuformierte Team erst im Laufe des Turniers zu *einer spielerischen* Linie. Während Leistungsträgerinnen wie Patrizia Ott, Dagmar Breiken und Hella Roth gewisse Anlaufschwierigkeiten hatten, erwies sich die Hanauer Torhüterin Ulla Thielemann von Beginn als vollwertiger Ersatz für die als weltbeste Torfrau geltende Leverkusenerin Susi Schmidt. Mit einer Glanztat in der Schlußsekunde des Endspiels rettete sie den Titel. Das deutsche Team hatte bereits 7:3 geführt, ehe es noch in Bedrängnis kam.

Paris–Dakar: 30 Vermißte, Suchaktion in der Wüste

sid, Agadez

30 Vermißte, zahlreiche Ausfälle, neue Spitzenreiter bei Autos und Motorrädern – die Tenere, die „Wüste der Wüsten", wurde ihrem Ruf als Kernstück der Rallye Paris–Dakar gerecht. Nach der rund 1800 km langen Schleife Agadez–Dirkou–Chirfa–Iferouane–Agadez, mit der die erste Hälfte des 14 000 km langen Wettbewerbs zu Ende ging, führen der Italiener Franco Picco auf Yamaha in der Motorradwertung und der Franzose Patrick Zaniroli auf Mitsubishi.

Vor allem das knapp 500 km lange Stück von Chirfa nach Adrar Bous, ohne jede Streckenmarkierung und nur nach Kompaß zu befahren, forderte seinen Tribut. Nur die Salzkarawanen der Tuareg bevölkerten diesen einsamen Landstrich. Für die Teilnehmer, die gestern (noch) nicht das Etappenziel erreicht hatten, wurde eine Suchaktion eingeleitet.

Unter den Vermißten befinden sich auch die bisherigen Motorrad-Spitzenreiter Serge Bacou (Yamaha) und Gilles Lalay (Honda) aus Frankreich. Sie sollen sich nach inoffiziellen Angaben verfahren haben und dann vermutlich ohne Benzin liegengeblieben sein. Allerdings ist die Situation noch nicht dramatisch. Alle Fahrer führen eine Notausrüstung für solche Fälle mit sich, die unter anderem einen Peilsender, Wasser und Verpflegung für mindestens drei Tage enthält.

Mit etwas mehr als 30 Minuten Rückstand auf die Führenden haben zwei Fahrer deutscher Produkte noch Chancen auf den Gesamtsieg. Der Belgier Gaston Rahier (BMW) kämpfte sich in der Motorrad-Wertung auf Platz zwei vor, sein Landsmann Guy Colsoul (Opel Manta) fiel auf diesen Platz zurück. Ein kleines Wunder, daß Colsoul in der gefürchteten Tenere nur 37 Minuten auf den neuen Spitzenreiter Zaniroli verlor. Denn der 225 PS starke Opel Manta hat nur Hinterradantrieb und ist damit besonders im tiefen Wüstensand der Allrad-getriebenen Konkurrenz von Mitsubishi, Porsche, Audi, Rover und Toyota eigentlich weit unterlegen. Der Vorjahres-Vierte kann es selbst nicht ganz fassen: „Ich fahre keinesfalls mit voller Kraft, versuche vielmehr mit Kopf und dabei schonend zu fahren", sagt Colsoul.

Rahier könnte zudem gut am grünen Tisch gewinnen. Das italienische Yamaha-Team mit dem führenden Picco sowie Marinoni und Findanno auf den Plätzen drei und vier wird möglicherweise komplett disqualifiziert. Der Service-Wagen der Mannschaft, bereits als ausgefallen gemeldet, wurde wieder gesichtet. Das Reglement fordert jedoch, daß auch die LKW mit den Ersatzteilen und Mechanikern in der Wertung mitfahren. Tun sie das nicht, werden die betroffenen Teilnehmer ausgeschlossen.

NACHRICHTEN

Handball: Niederlagen

Bonn (dpa) – Deutsche Damen-Mannschaften imponierten in Spielen des Handball-Europapokals gegen starke Ostblock-Teams trotz ihrer Niederlagen. Meister Bayer Leverkusen unterlag dem neunmaligen Cup-Sieger Spartak Kiew 14:21 (8:7). Pokalsieger VfL Sindelfingen verlor gegen TJ Tpolniky (CSSR) mit 16:21 (9:10). Den Damen aus Leverkusen und Sindelfingen fehlte es lediglich an der Kondition in der zweiten Halbzeit. Spielerisch und kämpferisch konnten sie teilweise sehr gut mithalten.

Lohhof gewann in Sofia

Sofia (dpa) – Im Viertelfinale des Volleyball-Europapokals der Frauen gewann der deutsche Meister SV Lohhof *sein Hinspiel* beim bulgarischen Meister Levski/Spartak Sofia nach 95 Minuten Spielzeit mit 3:2.

Überraschung im Finale

Wiesental (dpa) – Mit einer Überraschung endete der erste von zwei Endkämpfen um die deutsche Mannschaftsmeisterschaft im Ringen. Vor 3200 Zuschauern bezwang der Außenseiter KSV Wiesental den hochfavorisierten Gegner KSV Aalen mit 19,5:17.

Gewichtheber gesperrt

Moskau (sid) – Lebenslange Sperren verhängte der sowjetische Gewichtheber-Verband gegen Anatoli Pissarenko und Alexandr Kurlowitsch, weil sie „mit kriminellen Handlungen der Ehre des Sowjetsports schweren Schaden zugefügt" haben. Die beiden Weltrekordler im Superschwergewicht waren im Dezember bei der Einreise nach Kanada vorübergehend festgenommen worden, weil in ihrem Gepäck Anabolika im Wert von 13 000 Dollar gefunden wurden.

Angebot für Berndt

Tuscaloosa (sid) – Der „DDR"-Schwimmer Jens-Peter Berndt, der sich in der letzten Woche in den USA von seiner Mannschaft absetzte, wird demnächst vermutlich unter Don Gambril trainieren. Der weltbekannte Schwimm-Trainer machte dem ehemaligen 400-m-Lagen-Weltrekordler das Angebot, sich schnellstmöglich an der Alabama-Universität von Tuscaloosa einzuschreiben.

Hoffmann lief Rekord

Davos (dpa) – Der erste Eisschnellauf-Weltrekord dieser Saison wurde von dem Ost-Berliner André Hoffmann erzielt (23). Auf der Natureisbahn in Davos verbesserte er die Bestzeit über 3000 m um 0,75 Sekunden auf 4:03,31 Minuten.

Schnee zwang zu Abbruch

Düsseldorf (sid) – Das Winterwetter führte in der ersten englischen Fußball-Division zu zahlreichen Spielausfällen. Nur sechs der elf angesetzten Begegnungen wurden angepfiffen, fünf allerdings nur zu Ende geführt. Mit Rücksicht auf die Gesundheit der Spieler wurde die Begegnung FC Sunderland gegen FC Liverpool nach 45 Minuten beim Stand von 0:0 abgebrochen.

Langer nicht im Finale

Palm Springs (sid) – Das Finale des mit 555 000 Dollar dotierten Golf-Turniers im kalifornischen Palm Springs findet ohne Bernhard Langer (Anhausen) statt. Er verpaßte die Teilnahme nur um einen Schlag.

Becker im Endspiel

Portland (sid) – Eine Woche nach seinem Sieg beim Junioren-Masters-Turnier erreichte der 17jährige Boris Becker (Leimen) auch das Finale beim Einladungsturnier in Portland/Oregon. Endspielgegner ist der Amerikaner Mel Purcell.

Groß schon in Form

Sydney (sid) – In glänzender Frühform präsentierte sich der Offenbacher Olympiasieger Michael Groß bei den offenen Schwimm-Meisterschaften (50-m-Bahn) von Neu-Südwales in Sydney. Er gewann über 200 m Freistil (1:50,69 Minuten), über 200 m Schmetterling (2:00,84) und mit der Offenbacher 4x100-m-Freistilstaffel (3:31,98).

Streik auf Malta

La Valletta (sid) – Wegen zahlreicher Streitigkeiten mit dem Verband sind vier der insgesamt acht Fußball-Erstligaklubs auf der Mittelmeerinsel Malta in den Streik getreten und ließen am Wochenende das vorgesehene Programm platzen. Dem Verband, der an allen Einnahmen aus Meisterschaftsspielen beteiligt ist, wird vorgeworfen, die Klubs finanziell zu übervorteilen.

Revanche geglückt

Washington (dpa) – Im Viertelfinale des mit 150 000 Dollar dotierten Tennis-Damen-Turniers in Washington revanchierte sich Martina Navratilova (USA) für die Niederlage gegen Helena Sukova (CSSR), die im vergangenen Monat die 74 Spiele dauernde Siegesserie der Amerikanerin beendet hatte. Martina Navratilova bezang Helena Sukova mit 6:0, 6:4.

Koalition in Bonn vor neuen Kontroversen?

PETER PHILIPPS, Bonn

Auf dem Feld der Innen- und Rechtspolitik bahnen sich neue Auseinandersetzungen innerhalb der Bonner Koalition an. Die erste Nagelprobe wird die geplante Novellierung des Demonstrationsstrafrechts sein. Vizekanzler Genscher hat zwar gestern im Deutschlandfunk gemahnt, die Regierungs-Erfolge in der Wirtschafts- und Finanzpolitik „nicht (zu) trüben durch Profilierungs-Hahnenkämpfe", aber zugleich verkündet: Die „ruhige Hand" der FDP sei auf diesen Feldern notwendig, damit „wir die Liberalität in unserem Land nicht aufs Spiel setzen".

Bereits am Freitag und Samstag war in der Sitzung des FDP-Bundesfachausschusses Innen und Recht deutlich geworden, daß man nach den überwiegend kritischen Stimmen des Experten-Hearings „sehr zurückhaltend" beim Demonstrationsstrafrecht vorgehen wolle. Zuerst solle das Hearing „gründlich ausgewertet" werden, hieß es in der Runde, die vom ehemaligen Bundesinnenminister Gerhart Baum geleitet wird.

Genscher brachte das Ziel seiner Partei bei dieser Gesetzes-Novelle auf die Formel, daß sich am Ende „beide Seiten" der Koalition „in den Ergebnissen wiedererkennen" müßten. Wie er das meint, verdeutlichte der Parteivorsitzende auch: Er zog die „Erfahrungen" hinzu, die man mit der CDU/CSU beispielsweise in der Ausländerpolitik gemacht habe. Die FDP habe bei der Beantwortung der Großen Anfrage der SPD die „Probleme" mit dem größeren Partner „überwinden" können und die Bundesregierung daraufhin „Signale einer liberalen Ausländerpolitik gesetzt". Bonner Beobachter verweisen darauf, daß es gerade im Zusammenhang mit der Großen Anfrage zur Ausländerpolitik erheblich in der Koalition geknirscht habe. Genscher selbst hielt damals die vom Bundesinnenministerium erarbeitete ursprüngliche Antwort der Bundesregierung an, die auf Vorgesprächen aller beteiligten Staatssekretäre und Ministerien beruhte. Und auch gestern war Innenminister Zimmermann wieder von Genschers Kritik mitgemeint, als dieser mahnte, daß über die steuerlichen Regelungen für umweltverträgliche Autos „ganz schnell Klarheit geschaffen werden" müsse, „um das Maß an Unsicherheit zu überwinden, das hier ohne Zweifel derzeit vorhanden ist".

Rau in Ost-Berlin: Klimaverbesserung erhofft

Windelen teilt Einschätzung / Honecker an Besuch erinnert

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, teilt im Grundsatz die positive Bewertung, die der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau (SPD), über seinen dreitägigen Besuch in der „DDR" und über seine Gespräche mit hochrangigen Ostberliner Politikern abgegeben hat. Windelen stimmt vor allem mit der Ansicht Raus überein, die jetzt wiederaufgenommenen Abrüstungsverhandlungen zwischen den Großmächten in Genf sollten auch für eine Klimaverbesserung in den deutsch-deutschen Beziehungen genutzt werden.

Rau sagte in einem ersten Gespräch mit der WELT nach seiner Rückkehr, er werde Bundeskanzler Helmut Kohl persönlich über sein Treffen mit dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker berichten. An dieser etwa einstündigen Begegnung hatten auch der Leiter der Ständigen Vertretung Bonns in Ost-Berlin, Hans Otto Bräutigam, und das für die Beziehungen mit der Bundesrepublik zuständige SED-Politbüromitglied, Herbert Häber, teilgenommen. Daran schloß sich ein „Vieraugengespräch" an. Rau bezeichnete die Atmosphäre als „sehr offen und freimütig". Neben Fragen der Abrüstung seien wirtschaftliche Probleme, der Kultur- und der Jugendaustausch und auch humanitäre Fragen behandelt worden. Er habe dabei einige ihm *bekannte Problemfälle angeschnitten.*

Symbolische Zeichen

Thema des offiziellen Gesprächs war auch der 40. Jahrestag der Kapitulation Deutschlands am 8. Mai. Honecker habe seine Anregung positiv aufgenommen, symbolische Zeichen der Verständigung zwischen Ost und West zu setzen. Dabei regte Rau an, daß sich etwa die Oberbürgermeister von Coventry, Köln, Leningrad und Dresden treffen könnten. Er habe dabei Honecker seine Ansicht mitgeteilt, der 8. Mai habe vier Aspekte: Das Datum kennzeichne die Niederlage Deutschlands, die Befreiung vom Nationalsozialismus, die Vertreibung, aber auch den Beginn des Wiederaufbaus. In der „DDR" steht dagegen dieser Tag bislang vorwiegend unter dem Motto der Befreiung vom Faschismus durch die Sowjettruppen.

Johannes Rau, der auch zugleich stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD ist, hat den Eindruck gewonnen, die „DDR"-Führung sei an einer Intensivierung der deutsch-deutschen Gespräche interessiert, nachdem „einiges ins Stocken gekommen ist". Er habe Honecker auch an die Einladung zu einer Reise in die Bundesrepublik Deutschland erinnert und ihn gebeten, bei einem solchen Besuch Nordrhein-Westfalen nicht auszusparen. Der SED-Chef habe darauf „allgemein, aber nicht mit der Angabe eines Termins" geantwortet.

Die SED neu entdeckt?

Eine engere Zusammenarbeit erhofft sich Rau auch in Umweltschutzfragen. Den zuständigen Minister Reichelt habe er um Austausch von wissenschaftlichen Erkenntnissen über das gemeinsame Problem des Waldsterbens gebeten und auch eine Zusage erhalten.

Rau wehrte sich gegen den Eindruck, seine Partei habe die SED neu als Gesprächspartner entdeckt. Es ist aufgefallen, daß mehrere sozialdemokratische Politiker in letzter Zeit sich um Kontakte mit der „DDR" bemühen. So sind Treffen des SPD-Sicherheitsexperten Egon Bahr und Carsten Vogts mit dem SED-Politbüromitglied Hermann Axen bekannt, ebenso wie Begegnungen von SPD-Geschäftsführer Peter Glotz als Chefredakteur des Theorieorgans „Neue Gesellschaft" mit dem Chefredakteur der SED-Theoriezeitschrift „Einheit", Banaschak.

Ende des vergangenen Jahres schon war NRW-Arbeitsminister Friedhelm Farthmann in der „DDR" und der Generalsekretär der FDJ, Aurich, besuchte Jungsozialisten und die SPD-Führung in Bonn. Rau sagte, bei ihm habe es sich um einen Informationsbesuch gehandelt – aber es sei sicher einzusehen, daß sich die SED-Führung in manchen Fragen leichter tue, mit der SPD zu sprechen und den Kontakt so auch zur Bonner Regierung auf indirektem Weg zu halten.

Die dreitägige Reise mit abschließendem Gespräch mit Honecker hatte in Dresden einen besonderen Höhepunkt: Rau durfte als erster auswärtiger Gast das detailgetreu wiedererbaute Opernhaus des Gottfried Semper besichtigen.

FDP streitet um Nachfolge von Cronenberg

PETER PHILIPPS, Bonn

In der FDP wird es heute noch einmal heiße Diskussionen geben, nachdem bereits das Wochenende im Zeichen verstärkter Kontaktaufnahme gestanden hat: Die Frage, wer morgen zum neuen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt wird, ist wenige Stunden zuvor noch völlig offen und strittig.

Mehr zufällig war an dem Abend, als die Wahl von Dieter-Julius Cronenberg zum neuen Bundestags-Vizepräsidenten (für den ausgeschiedenen Richard Wurbs) vereinbart wurde, *der Name des Hessen Hermann*-Otto Solms gefallen. Der Unternehmer schien mehrheitsfähig zu sein. Doch dann meldete der ehemalige „Wende-Kritiker" Burkhard Hirsch seinen Anspruch an. Die Kontinuität „liberaler Innen- und Rechtspolitik" sollte durch seine Wahl in das Amt des stellvertretenden Fraktionschefs unterstrichen werden.

Ohne diesen Hinweis hätte Hirsch vielleicht eine Chance gehabt, aber so brachte er die konservativ-liberalen Fraktionsmitglieder gegen sich auf. In vertrautem Kreis fiel sogar der böse Satz, daß durch „dessen Einzug in die Fraktionsführung die Sache nur schwieriger gemacht werden kann". Und auch die Empfehlung des linksliberalen Aushängeschilds Gerhart Baum für Hirsch hörte sich nur auf den ersten Blick positiv an: Jedermann in der Fraktion kennt die Distanz zwischen beiden Politikern, und so wird denn auch vermutet, daß der „Taktiker Baum" in einem „zweischneidigen Spiel" nur dafür sorgen will, daß „Hirsch so einen auf die Nase erhält, daß endgültig Ruhe ist".

Da Hirsch genauso wie der bereits zweimal als Kandidatin für die Bundestags-Vizepräsidentschaft gescheiterten Hildegard Hamm-Brücher überhaupt keine Chancen eingeräumt werden und Solms durch die spät einsetzende Debatte in Frage gestellt ist, könnte ein anderer Kandidat das Rennen für sich entscheiden: der ehemalige hessische Wirtschaftsminister Klaus-Jürgen Hoffie. Er wird für „akzeptabel" in der Fraktion gehalten. Der – ebenfalls aus Hessen stammende – Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick hat seine Präferenzen zwar noch nicht zu erkennen gegeben, aber in Nordrhein-Westfalen ist Hoffie bereits ein Förderer entstanden in dem Landesvorsitzenden und Staatsminister Jürgen Möllemann.

SDI-Programm: Deutsche Teilnahme wünschenswert

Weinberger sprach mit Todenhöfer / „Entente cordiale"

FRITZ WIRTH, Washington

Der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger hat in einem Gespräch mit dem abrüstungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Todenhöfer, erkennen lassen, daß er eine deutsche Teilnahme am Forschungsprogramm für die „Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI) für wünschenswert halte. Eine derartige Beteiligung an der Forschung erhöhe automatisch auch den politischen Einfluß. Weinberger habe *sich allerdings nicht festlegen* lassen, in welcher Form sich dieser politische Einfluß auswirken soll, sagte Todenhöfer in einem Gespräch mit der WELT.

Todenhöfer selbst sprach sich nachdrücklich zugunsten des SDI-Programms und für eine deutsche Teilnahme an den Forschungsarbeiten aus. Eine derartige Teilnahme sei nicht nur aus politischen Gründen zu begrüßen. Es sei auch damit zu rechnen, daß es bei diesen Forschungsarbeiten eine Reihe bedeutsamer technologischer Durchbrüche geben wird, die bei einer Nichtteilnahme die Bundesrepublik Deutschland in einen technologischen Rückstand bringen könnte, der unaufholbar wäre. „Ich betrachte das SDI-Programm als eine Kriegsverhütungsstrategie, und was gibt es Besseres, als an einer derartigen Strategie mitzuarbeiten?" betonte Todenhöfer, der im übrigen den unzureichenden Informationsstand über dieses Projekt in der Bundesrepublik bedauert. „Es ist zu wenig bekannt, daß dieses System nicht einen Krieg in den Weltraum verlagern will, sondern den Krieg im Weltraum beenden soll. Bisher sollte dieser Weltraum zur Aggression, nun soll er zur Verteidigung benutzt werden."

Enge Koordination

Todenhöfer, der in Washington mit einer Reihe amerikanischer Teilnehmer des jüngsten Genfer Dialogs zusammen kam, hat den Eindruck gewonnen, daß sich abrüstungspolitisch zwischen Bonn und Washington eine „Entente cordiale" entwickelt. „Ich halte das für einen großen Zugewinn der letzten Jahre. Es hat niemals zuvor eine so enge Koordination und Information gegeben wie unter der Reagan-Administration."

In der Diskussion über chemische Waffen habe Weinberger ihm die Zusicherung gegeben: Falls sich die USA gezwungen sähen, die 1969 gestoppte Produktion wiederaufzunehmen, würden derartige Waffen nicht in der Bundesrepublik Deutschland gelagert werden.

Todenhöfer meinte weiter, in Washington sei man über das Ergebnis der Genfer Gespräche hochzufrieden. Man sei in der Überzeugung bestätigt worden, daß die Sowjets an den Verhandlungstisch zurückkehren würden, weil sie zurückkommen mußten. „Wenn es in der Bundesrepublik und in Europa Zweifel geben sollte, ob die USA wirklich an einer Rüstungskontrolle interessiert seien, so kann ich nach meinen Gesprächen hier nur sagen: Sie meinen es wirklich ernst. Sie wollen ohne allen Zweifel einen erfolgreichen Verlauf dieser Verhandlungen."

Propaganda-Kampagne

Todenhöfer brachte aus dem Pentagon außerdem die Information mit, daß die Sowjets in jüngster Zeit die Arbeiten an der Nachfolge-Generation der SS-20-Raketen erheblich intensiviert hätten, so daß man in Washington schon in Kürze mit den ersten Tests dieses Systems rechnet, das im Pentagon unter dem Code SSx25mod (modifiziert) läuft.

Todenhöfer rechnet damit, daß die Sowjets in naher Zukunft schon die „Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI) Präsident Reagans zum Gegenstand eines großen Propaganda-Feldzugs machen werden, der die sowjetische Kampagne gegen die Stationierung der Marschflugkörper in den Schatten stellen werde. Diese Erwartung werde von den Amerikanern geteilt.

*

rtr, Washington

Auf einem Symposium von Wissenschaftlern und Weltraumexperten in Washington hat der Chefwissenschaftler des SDI-Programms der Reagan-Regierung, Gerald Yonas, eine sowjetische Teilhabe an der amerikanischen Weltraumwaffenforschung und -technik als einen möglichen Gegenstand der neu vereinbarten Rüstungskontrollverhandlungen der Supermächte bezeichnet. „Allerdings werden noch viele andere Fragen zu klären sein, bevor wir jenen Punkt erreichen", erklärte Yonas.

Pentagon prüft Export von Technologie

DW./SAD, Washington

Das Pentagon wird künftig die Exporte bestimmter amerikanischer Spitzentechnologien in 15 nichtkommunistische Länder überprüfen, um deren möglicher Weitergabe an die Sowjetunion vorzubeugen. Das berichtete die „Washington Post" unter Berufung auf einen Beamten des US-Verteidigungsministeriums. Welche Staaten dies sind, schrieb die Zeitung nicht.

Nach Angaben der „Washington Post" hat der Sicherheitsberater Präsident Reagans, Robert McFarlane, eine neue Kontrollregelung unterzeichnet, mit der ein Kompetenzstreit zwischen Handelsministerium und Pentagon beigelegt wird. Wenn sich Handels- und Verteidigungsministerium bei den zu prüfenden Fällen nicht einigen könnten, werde künftig ein Sicherheitsberater des Präsidenten die endgültige Entscheidung treffen. Das Verteidigungsministerium hat 14 Tage Zeit, um Einspruch gegen bestimmte Technologieexporte einzulegen.

Die Zeitung berichtete ferner, das Pentagon strebe Exportbeschränkungen auch für „befreundete Länder" an, die der Sowjetunion als „Briefkasten" dienen könnten. Auf amerikanische Initiative haben sich die 16 NATO-Staaten mit der sogenannten Cocom-Liste auf Beschränkungen für Technologieexporte in Ostblock-Länder geeinigt. Das Pentagon hat wiederholt auf stärkere Beschränkungen gedrängt, während das US-Handelsministerium eine liberalere Handhabung befürwortet.

Wegen Computerverkaufs in den Ostblock muß jetzt der englische Firmenchef John Ludlam (42) als erster Brite eine Gefängnisstrafe antreten. Das Landgericht Southwark verurteilte ihn zu zwei Jahren Haft und seine Firma zusätzlich zu einer Geldstrafe von umgerechnet 110 000 Mark. Ludlam hatte sechs amerikanische Computer für knapp zwei Millionen Mark nach Bulgarien verkauft und dabei wahrscheinlich einen hundertprozentigen Gewinn gemacht. Der Firmenchef hatte versucht, die Behörden durch die Erklärung zu täuschen, die Computer seien für ein pharmazeutisches Werk in der Schweiz bestimmt. Großbritannien hat den Technologieexport in Ostblock-Länder 1981 unter Strafe gestellt.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Außenminister(?) Genscher

„Genscher gibt Diskussion um Grenzen eine andere Richtung" und „Zurechtgerückt"; WELT vom 5. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Artikel waren dringend notwendig und erfordern unseren Dank.

Das andauernde Gerede des Außenministers über unsere Ostgrenzen muß jetzt selbst einmal eine Grenze haben! Es wäre gut, wenn Herr Genscher einmal einen Atlas aufschlagen würde, um festzustellen, daß große Gebiete, die er andauernd "Polen" nennt, anders heißen, nämlich: „Unter polnischer Verwaltung".

Kann er oder will er diesen Unterschied nicht erkennen? Dann ist er jedenfalls fehl am Platz.

Die sich wiederholenden Redewendungen, die Ostgrenzen seien „weder heute noch künftig in Frage gestellt", müssen aufhören. Genscher kann keineswegs, wie schon in dem genannten Artikel erwähnt ist, im Namen von „uns Deutschen" reden, wenn er nur die polnische Seite vertritt. Geflissentlich erwähnt er nur den einen Teil der Verträge. Das werden wir nicht hinnehmen.

Es war deshalb auch höchste Zeit, daß Staatssekretär Mertes sich endlich hierbei einschaltete. Auch andere Politiker sollten dies tun.

Mit freundlichen Grüßen
Professor A. Windorfer,
Erlangen

*

Sehr geehrter
Herr Hertz-Eichenrode,

Sie kommentieren treffend die Verzichterklärung unseres Außenministers für alle Deutschen und alle Zeiten („Die Grenzen ... werden von uns Deutschen weder heute noch künftig in Frage gestellt").

Man reibt sich die Augen: Haben wir nicht seit über zwei Jahren eine Regierung, die angetreten ist mit dem Versprechen, mit Vorleistungen Schluß zu machen?

Zwar hat, wie Sie schreiben, der Staatsminister im Auswärtigen Amt die Äußerung seines Bundesministers „behutsam zurechtgerückt". Merkwürdig genug, was sich so in aller Öffentlichkeit abspielt und was der Außenminister sich davon für die deutschen Interessen verspricht.

Oder hat er als überaus erfahrener Politiker – und erst recht als Jurist – nicht mit Widerspruch gerechnet? Wozu wird also ausgerechnet vom Bundesaußenminister Öl ins Feuer gegossen?

Sollte man – frei nach Bismarck – im AA statt solcher öffentlicher Äußerungen nicht lieber dem Rauschen des Mantels der Göttin der Geschichte lauschen?

Mit freundlichen Grüßen
P. Lawrence,
Hamburg 52

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

unser Bundesaußenminister hat keine glückliche Hand mehr. Anzeichen dafür sind die verhinderte Honecker-Visite, der abgesagte Polen-Besuch, der Schleich-Besuch in Prag und vor allem die übereifrige, polenfreundliche Grenzdiskussion, in die er sich dermaßen verrannt hat, daß er sich bereits von seinem Stellvertreter „zurechtrücken" lassen mußte! Statt sich in puncto Grenzen vom weisen Gambetta leiten zu lassen – „Immer daran denken, niemals davon sprechen" –, erinnert Genscher in fataler Weise an jene Duodezfürsten von 1803, von denen Napoleon mit Recht behaupten konnte:

„Man gebe den Deutschen eine Grenze – und sie werden sie verteidigen!"

Dabei trägt der Außenminister selbst ein gerüttelt Maß Schuld daran, daß diese Grenzdiskussion derartig ausgeufert ist.

Bescheinigte er den Vertriebenen in seinen Erklärungen vom 6. und 9. August, daß sie „als Anwälte des Friedens ihre Bewährungsprobe bestanden" hätten und „daß ohne das Friedensbekenntnis auch der Vertriebenen diese Politik (der Ostverträge; der Verf.) nicht durchsetzbar gewesen wäre", zieht er anschließend gegen sie zu Felde, wenn sie sich mit Recht gegen *die hinterlistige* Gleichsetzung von Friedensbekenntnis und Verzicht auf die angestammte Heimat zur Wehr setzen.

Unterzieht man allerdings die Augusterklärungen einer genaueren Durchsicht – besonders diejenige vom 6. August zum Thema „Die Bundesrepublik Deutschland auf Friedens- und Entspannungskurs" –, wundert man sich nicht über den jetzt offenkundigen Dissens der Koalition in der Bewertung der Ostverträge:

Diese Erklärung liest sich streckenweise so, als stammte sie aus der Feder von Bahr, Brandt oder Ehmke aus den siebziger Jahren!

Wenn also der Bundesaußenminister in dieser entscheidenden Frage der Ost- und Deutschlandpolitik nicht „umlernen" kann oder will – aus welchen Gründen auch immer –, sollte er besser einem Nachfolger Platz machen, der die „Wende" von 1982/83 auch in diesem Ressort glaubhaft und überzeugend vertreten kann.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. S. Pelz,
Großhansdorf

*

Zu Herrn Genschers vorlauten und zur Zeit völlig überflüssigen Äußerungen über künftige Grenzen in Europa kann man nur sagen: Herr Genscher erweist sich damit als der erfolgreichste Außenminister Polens!

F. Bengeforth,
Berlin 30

Eindeutig

„Dregger: Wichtiger als die Grenzfrage ist die Freiheitsfrage"; WELT vom 9. Januar

Der CDU/CSU Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger meint in dem veröffentlichten Interview, die Schlesier sollten „eindeutig das ausdrücken", was mit dem Motto „Schlesien bleibt unser" gemeint ist. Er macht dann den Vorschlag, etwa „Schlesien bleibt unsere Heimat" zu sagen. Eine solche Formulierung aber sagt nicht das aus, was die Schlesier ausdrükken wollen. Sie wollen nämlich – durchaus eindeutig – sagen, daß Schlesien nicht nur die Heimat der Schlesier bleibt, was ohnehin wohl kaum umstritten sein kann.

Sie wollten sagen, daß „Schlesien unser bleibt", nämlich ein Gebiet, das aus der deutschen Geschichte nicht auszuklammern ist. Deutsche Geistes- und Kulturgeschichte, Wirtschafts- und Rechtsleben haben enge Beziehungen zu, ja ihre Wurzeln in Schlesien. Wer immer sich zur deutschen Geschichte bekennt, wird auch bekennen müssen: „Schlesien bleibt unser."

Und noch etwas mehr: Schlesien liegt in der Mitte Europas. Es wird – das hoffen wir unentwegt – auch einmal zu dem „Vaterland Europa" gehören, das wohl alle vernünftigen Menschen anstreben. Auch so wird Schlesien unser bleiben. Das alles ist ein sehr friedliches Motto. Es sollte dabei bleiben.

Wenn es nicht in die Köpfe einiger Leute paßt, die die Verantwortung dafür tragen, daß viele Teile der jungen Generation über den Begriff Schlesien nichts mehr wissen, so ist dies etwas anderes. Aber gerade das Verschweigen, das Ausgrenzen Schlesiens aus der Kontinuität der deutschen Geschichte könnte ein bitteres Ende haben, ja es könnte gewissen Kräften Vorschub leisten, die das Motto „Schlesien bleibt unser" ganz anders definieren wollen.

Krafft v. Metnitz,
Berlin 61

Wort des Tages

» Das Leben ist der Grundwert der Menschen. Leben heißt eingegliedert sein in das größere Ganze. Der Mensch ist unersättlich, hungrig nach dem eigentlichen Leben, seinem eigentlichen Wert. Und deshalb kann er sich nie restlos mit dem Erreichten zufrieden geben. Er wird immer wieder über alle Zäune hinweg Ausschau halten. «

Franz Kardinal König; österr. *Theologe (geboren 1905)*

Eigenartig

„Die neue alte Kampagne"; WELT vom 9. Januar

Herr Voslensky zitiert den früheren sowjetischen Vier-Sterne-General Fedjuninskij zu sowjetischen Übergriffen 1945 mit den Worten: „... mit ihren Soldaten und auch mit der Zivilbevölkerung waren wir nicht zimperlich".

In seinem Buch „Nomenklatura", S. 112, fällt ihm zu diesem das russisch-deutsche Verhältnis immer belastenden Thema lediglich ein: „... gab es wenig außergewöhnliche Greueltaten: die Soldaten besoffen sich sinnlos, nahmen den Einwohnern die Uhren und andere Sachen weg und vergewaltigten alle deutschen Frauen im passenden Alter."

Ich frage Herrn Voslensky: Weiß man in der Sowjetunion wirklich nicht mehr über die Vorgänge in Ostpreußen und Schlesien 1945, oder will er die mit dem Schrecken Davongekommenen für dumm verkaufen?

Mit freundlichem Gruß
Dr. D. Meyer-Gieseking,
Gütersloh 1

Vertrieben

„Leserbrief: Andere Gründe"; WELT vom 27. Dezember, und „Den Donauschwaben eine Chance geben"; WELT vom 18. Dezember

Sehr geehrte Herren,

vielen Dank für die Veröffentlichung des Leserbriefes von H.O. Lippens, der sich mit dem Bericht von Carl Gustaf Ströhm auseinandersetzt. Leider muß dieser Leserbrief ergänzt werden:

1. Die Ungarndeutschen wurden nicht dem Potsdamer Abkommen gemäß „ausgesiedelt", sie wurden vielmehr vertrieben, und zwar deshalb, weil die ungarische Regierung einen Antrag auf Vertreibung an die Siegermächte in Potsdam gestellt hat (vgl.: Dr. Johann Weidlein: Geschichte der Ungarndeutschen in Dokumenten, Schorndorf 1959, S. 358).

2. Nicht mit Warschau und Prag, sondern mit Bukarest ist (der „Achsenpartner") Budapest zu vergleichen. Weil Bukarest keinen Vertreibungsantrag in Potsdam gestellt hat, sind die Rumäniendeutschen überhaupt nicht (und nicht nur „nicht total") vertrieben worden.

3. Als die amerikanischen Besatzungsbehörden sich weigerten, weitere Transporte aus Ungarn in ihrer Besatzungszone aufzunehmen, wurden sie von der ungarischen Regierung – torschlußpanikartig – in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands abgeschoben: „Wir dachten, diese Einsicht ... habe in uns die Oberhand gewonnen und wir hätten deshalb die weitere Aussiedlung der Schwaben unterlassen. Statt dessen aber flehen wir die Mächte an, daß wenn die Schwaben schon nicht mehr in die amerikanische Zone gebracht werden können, so sollen wir sie wenigstens in die russische Zone abschieben dürfen!" (Hirtenbrief des ungarischen Episkopats vom 17. 8. 47; zit. bei: Dr. Weidlein: ebenda, S. 391 ff.)

Es war also nicht so, daß die Herren in Budapest (aber keineswegs nur die „neuen kommunistischen Herren Ungarns"!) die Ungarndeutschen „aussiedeln" mußten, sondern es war so, daß besagte Herrschaften in der damaligen weltpolitischen Konstellation eine einmalige Chance erblickten, die Ungarndeutschen endlich und ein für allemal loszuwerden und dabei auch noch die Hände in Unschuld waschen zu können. Geplant war die „Endlösung" der ungarndeutschen Frage nämlich schon vor (!) Hitler. „Ich war unter den ersten, der damals – noch vor der Machtergreifung Hitlers – die deutsche Gefahr in Transdanubien zur Sprache gebracht habe ... Damals haben wir ... die friedliche, auf Abmachungen beruhende Aussiedlung öfter erwähnt ... Im Leben einer Nation sind 200 Jahre aus purer Gastfreundschaft keine so lange Zeit ..., daß man diese nicht kündigen könnte, besonders wenn der Gast dieser Gastfreundschaft nicht mehr würdig ist ..." (Gyula Illyés, in: „Szabad Szó" vom 22. 4. 45; zit. bei: Dr. Weidlein: ebda, S. 132 f.)

Es brächte letztendlich auch für Ungarn nichts, würde die „Sympathie für (das klischeehafte ‚Piroschka'-)Ungarn und seinen (‚gulaschkommunistischen') ‚besonderen Weg'" den Blick für Ungarns Realitäten verstellen.

Mit freundlichen Grüßen
F. Wesner,
Dortmund 14

Personalien

AUSWÄRTIGES AMT

Dr. **Walter Nowak**, seit 1978 im Range eines Gesandten Inspekteur des Auswärtigen Amtes, geht als Botschafter nach Saudi-Arabien. Walter Nowak, 1925 in Oppeln geboren, studierte vor Kriegsende und nach dem Krieg Geschichte, Germanistik, Philosophie und Geologie. Der Dr. phil. war zunächst beim Senator für Volksbildung in Berlin tätig. 1957 trat er in den Auswärtigen Dienst ein. Auslandsstationen waren von 1960 bis 1963 Zypern und 1968 bis 1973 Beirut. Von 1973 bis 1976 war Walter Nowak Ständiger Vertreter des Botschafters in Teheran.

VERANSTALTUNG

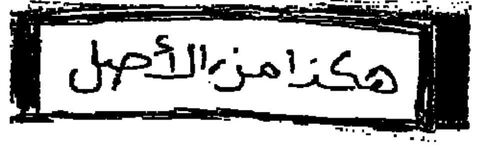
Zum großen Neujahrsempfang haben in Bonn jetzt auch **Ulrich K. Wegener**, Kommandeur des Grenzschutzkommandos West, und **Alfred Kranz**, Leiter der Grenzschutzverwaltung, eingeladen. Vor vielen Gästen aus Politik und Wirtschaft, aus den Botschaften und aus dem Sicherheitsbereich erklärte Wegener, „daß die Probleme auf dem Gebiet der inneren Sicherheit fortbestehen und deren Lösung schwieriger wird". Er sprach von der zunehmenden Gewaltbereitschaft der außerhalb der Verfassung stehenden sogenannten „Autonomen". Gegenüber der WELT fügte Wegener hinzu, er gehe weiterhin davon aus, daß die RAF auch aus dem Ausland Unterstützung erhalte. Mit Sicherheit gebe es da auch heute Verbindungen zum Nahen Osten. In Bonn seien inzwischen die Sicherheitsmaßnahmen erheblich verschärft worden. Zu den Gästen bei Ulrich Wegener und Alfred Kranz gehörten der Kanzleramtsminister Dr. **Wolfgang Schäuble**, der Wehrbeauftragte **Karl-Wilhelm Berkhan**, der Abteilungsleiter für Polizeiangelegenheiten im Bundesinnenministerium, Dr. **Manfred Schreiber**, Verfassungsschutzpräsident **Heribert Hellenbroich**, der stellvertretende Heeresinspekteur **Heinz Kasch**, der stellvertretende Luftwaffeninspekteur **Paul Th. Sommerhoff**, der Inspekteur des Bundesgrenzschutzes, **Karl-Heinz Amft**, und der Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder, **Gebauer**.

KIRCHE

Zum neuen Vorsitzenden des Diözesan-Caritasverbandes für das Erzbistum Köln ernannte Kardinal **Joseph Höffner** Generalvikar **Norbert Feldhoff**. Das Amt war seit dem Tod vom Dompropst **Heinz-Werner Ketzer** im August vergangenen Jahres vakant. Norbert Feldhoff (45) wurde 1965 zum Priester geweiht und ist seit 1975 Generalvikar des Erzbistums Köln. Mit diesem Amt ist die Tätigkeit in zahlreichen diözesanen und überdiözesanen Gremien verbunden. Gleichzeitig ernannte der Erzbischof von Köln Prälat **Heinrich Kochem** (58) zum Geistlichen Beirat des Diözesan-Caritasverbandes. Seine Aufgabe wie die Förderung und Unterstützung der Arbeit des Verbandes im seelsorgerlichen Bereich sein. Heinrich Kochem wurde 1958 zum Priester geweiht. Seit 1982 ist er Leiter der Erzbischöflichen Bibel- und Liturgieschule.

BUCHVORSTELLUNG

„Prominenten in den Topf geschaut" heißt ein Kochbuch, das der saarländische Staatssekretär Dr. **Diethardt von Preuschen** heute in der Bonner Saarland-Vertretung vorstellt. Das Schmackhafteste bei der Kochbuchpremiere dürfte der gute Zweck sein: Ein Teil des Erlöses aus dem Verkauf soll dem Nigeria-Hilfswerk der Katholischen Pfarrgemeinde Emmersweiler zufließen. Zahlreiche Bonner Politiker und Ministerpräsidenten der Länder haben neben Schauspielern ihr Lieblingsgericht verraten. Laut Kochbuch bevorzugt Familie **von Weizsäcker** Fischauflauf mit geriebenem Käse und Butterflocken. Bayerns Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** steuerte eine „Forelle blau" bei und verriet, daß er eine besondere Vorliebe für die italienische und chinesische Küche besitze. Baden-Württembergs Landesvater **Lothar Späth** und Ehefrau **Ursula** schätzen „saure Kutteln" nach schwäbischer Art mit Rotwein und Lorbeer zubereitet. Die Familie von Bundeskanzler **Helmut Kohl** schätzt einen Auberginen-Auflauf. Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** und Frau **Barbara** lieben Quarktorte. **Walter Scheel** und Ehefrau **Mildred** steuerten das Rezept für einen Münchner Schweinsbraten bei. Entwicklungsminister **Jürgen Warnke** einen „Kasspatzen". Stuttgarts OB **Manfred Rommel** schließlich einen „Ofenschlupfer", der aus trockenen alten Brötchen, Äpfeln und Eiern hergestellt wird. Die Idee, Prominenten in den Topf zu schauen und dabei etwas gegen den Hunger in der Dritten Welt zu tun, wurde im Freiburger Herder-Verlag realisiert.



Die Zweifel bleiben

m. – Der Vorstand der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG hat sich in einem Gespräch mit dieser Zeitung erstmals zu jenem umstrittenen Großauftrag geäußert, der der von Beschäftigungsproblemen vor allem in ihrem Hamburger Betrieb geplagten Werft helfen soll, Anschluß an bessere Zeiten zu finden. (Bericht auf Seite 10). Es handelt sich um den Umbau der „United States", einem Schiff, das vor mehr als 30 Jahren gebaut wurde und seit 15 Jahren eingemottet vor sich hin rostet, zu einem modernen Luxuskreuzfahrer. Der Auftrag sei solide finanziert und kalkuliert, sagt der HDW-Finanzvorstand. Daran hat es nie Zweifel gegeben, um so weniger als es sich leicht solide bei einer Bundesbürgschaft finanzieren läßt. Das Unbehagen an dem Projekt rührt daher, daß es sich schwer vorstellen läßt, wie denn später einmal der verbürgte Kredit zurückgezahlt werden soll.

Auch hier zeigt sich der HDW-Vorstand optimistisch. Die angeforderten Gutachten über das Tourismusgeschäft in Amerika seien außerordentlich positiv, versichert er. Daß die Gutachten dem HDW-Vorstand genügen, ist verständlich. Für ihn geht es darum, die Beschäftigung des Unternehmens zu sichern. Die Frage bleibt aber, ob und warum sich die bürgende Bundesregierung mit solchen alles in allem doch dürftigen Auskünften zufrieden geben kann. Der gesunde Menschenverstand muß das „United States"-Vorhaben als eine abenteuerliche Sache empfinden, für die die Bereitstellung einer Bürgschaft in Höhe von 262 Millionen Mark nicht vertretbar erscheint.

Schlußverkäufe

sg. – Alljährlich gleich nach den Feiertagen beginnt der Schlußverkauf. Und alljährlich meldet sich die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels zu Wort, um das Geschehen zu beklagen. Der Winterschlußverkauf beginne erst Ende Januar und zwei Wochen vor diesem Termin sei jegliche werbliche Herausstellung von Sonderangeboten untersagt. So stehe es im Gesetz. Nun sollen Gesetze befolgt werden, kein Zweifel. Und wenn es nicht geschieht, ist es Sache der Behörden, Verstöße zu verfolgen. Daß ein Wirtschaftsverband seine Mitglieder anprangert, ist schon ein denkwürdiges Verhalten. Die verstoßen ja nicht gegen das Gesetz aus Jux und Dollerei, sondern weil der Markt sie dazu zwingt. Gesetze in diesem Feld sollen Auswüchse verhindern oder eingrenzen, aber nicht Verhältnisse konservieren, über die die Realität längst hinweggegangen ist. Nichts spricht dagegen, das Gesetz den wirtschaftlichen Sachverhalten anzpassen. Hier Vorschläge zu machen, wäre wohlverstandene Aufgabe der Handelsfunktionäre.

AGRARPOLITIK / Kaum Spielraum für Anhebung der Erzeugerpreise

Von der Europäischen Gemeinschaft werden Entscheidungen erwartet

WILHELM HADLER, Brüssel

Die europäischen Agrarpolitiker werden in den kommenden Monaten nicht *um unpopuläre Entscheidungen herumkommen. Dies gilt in* Brüssel als ausgemacht. Schon die leeren Kassen zwingen die Verantwortlichen, die Markt- und Preisstützung weiter einzuschränken. Für eine Anhebung der Erzeugerpreise gibt es wenig Spielraum, weil sich die Handelspartner immer stärker gegen subventionierte Exporte der Gemeinschaft zur Wehr setzen.

Sowohl die Landwirtschaftsminister wie auch die neue Brüsseler Kommission sind sich im klaren darüber, daß die im vergangenen Jahr begonnene Lockerung der Preisgarantien für Überschußerzeugnisse noch nicht ausreicht. Die Frage ist weniger, ob die Landwirte weitere Opfer bringen müssen als vielmehr, wie die Opfer verteilt und preislich gestaffelt werden können.

Der Italiener Filipe Pandolfi, der heute erstmals dem Agrarministerrat vorsitzt, hat sich zwar zunächst vorgenommen, die Beschlüsse des Dubliner *EG-Gipfels* über den Ausbau der Weinmarktordnung in Detailregelungen umzusetzen und die seit langem überfälligen Entscheidungen zur Agrarstrukturpolitik voranzutreiben. Soweit das bevorstehende „Preismarathon" dafür noch Zeit läßt, will Pandolfi jedoch auch die Diskussion über die mittelfristige Ausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik zu einem Schwerpunktthema seiner Prä*sidentschaft machen.*

Der neue Brüsseler Agrarkommissar Frans Andriessen hat bereits wenige Tage nach seinem Amtsantritt Kontakt mit Pandolfi aufgenommen. Auch mit den Landwirtschaftsministern Rocard (Frankreich) und Jopling (Großbritannien) sowie mit dem Präsidium des Europäischen Bauernverbandes (COPA) ist Andriessen in der vergangenen Woche zusammengetroffen.

Die EG-Behörde muß seit dem 1. Januar mit einer finanziellen Zwölftel-Regelung leben, da das Straßburger Europa-Parlament den Haushaltsplan der Gemeinschaft abgelehnt hat. Sie hat bereits Mühe, die zwingend anfallenden Agrarausgaben zu tätigen. Für Preiserhöhungen ist in dem auf einen Finanzbedarf von nur zehn Monaten ausgerichteten Budgetentwurf von vornherein kein Geld vorgesehen gewesen.

Mehrkosten könnten (wegen der Erschöpfung der EG-Einnahmen) nur dann finanziert werden, wenn sich der Rat zur Gewährung zusätzlicher Mittel bereitfinden würde, sei es durch Vorauszahlungen auf die zum 1. Januar 1986 anstehende Aufstok*kung* des *Mehrwertsteueranteils* oder durch eine vorzeitige Heraufsetzung des Einnahmeplafonds.

Die Kommission will am Mittwoch nächster Woche zum ersten Mal über ihre Preisvorschläge beraten. Der Rat wird dann voraussichtlich Mitte Februar in die Diskussion über das „Preispaket" eintreten. Als sicher gilt bereits jetzt, daß die Kommission für das nächste Wirtschaftsjahr eine Senkung der Garantiepreise für Getreide *um fünf Prozent* verlangen wird. Sie ist dazu nicht nur wegen der für diesen Sektor bestehenden Garantieschwelle (Preissenkung bei Überschreiten einer festgelegten Produktionsmenge) verpflichtet, sondern auch gegenüber den anderen Getreide-Exportländern im Wort. Schon die Thorn-Kommission hat sich gegenüber den Gatt-Partnern verpflichtet, die europäischen Getreidepreise schrittweise an das niedrigere Weltmarktpreisniveau anzunähern.

Sorgen bereitet der Kommission auch die verzögerte Anwendung der Milchquotenregelung. Als einziger Mitgliedsstaat hat nach wie vor die Bundesrepublik die für Produktionsüberschreitungen vereinbarte „Superabgabe" von den Landwirten eingetrieben (und inzwischen gegen von der Kommission zu beanspruchende Vorauszahlungen verrechnet). Die EG-Behörde hat den anderen Regierungen Zahlungen in entsprechender Höhe gekürzt. Betroffen werden *dadurch* jedoch nur die öffentlichen Finanzen dieser Länder und nicht die Bauern. Die Kommission ermittelt im Rahmen eines Vertragsverletzungsverfahrens.

VOLKSWAGENWERK

Seat-Mehrheit im Visier – Aufsichtsrat muß beschließen

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die Volkswagenwerk AG wird bei ihrer nächsten Aufsichtsratssitzung höchstwahrscheinlich den Kauf von 51 Prozent der spanischen Seat-Automobilwerke beschließen. Die Vorverhandlungen wurden in der vergangenen Woche in Madrid abgeschlossen. Seit *1982 unterhalten* VW *und* Seat einen Werksvertrag. Das Volkswagenwerk beteiligte sich jedoch nicht an der Finanzstruktur des spanischen Unternehmens.

Die 1950 gegründeten Seat-Werke gehörten bis 1981 zur Hälfte den italienischen Fiat-Werken und gingen nach der Trennung voll in den Besitz der staatlichen Holding INI über. Insgesamt produzierten die Seat-Werke fünf Millionen Wagen. Seit 1982 stellen die Seat-Werke in ihren Fabriken mit einem modernen Maschinenpark von VW neben den Typen Passat und Polo eigene Produkte her.

Mit der Übernahme der Seat-Aktien würde VW-Audi nachholen, was dem Unternehmen schon vor anderthalb Jahrzehnten angeboten worden war; damals zu günstigeren Bedingungen, weil Seat noch das absolute Monopol in Spanien besaß. Heute verfügt Seat in Spanien über einen Marktanteil von 25 Prozent.

An erster Stelle stehen in Spanien *die Fasa-Renault (1982* produzierte Renault 296 000 Wagen, von denen 134 200 in den Export gingen) gefolgt von Seat mit 240 000 Wagen, davon 124 800 für den Export und Ford mit 222 000 Wagen, von denen 158 000 ausgeführt wurden. Die Marktanteile verteilen sich wie folgt: Renault 33 *Prozent, Seat 25 Prozent, Ford 12 Pro*zent, General Motors (Opel) 10 Prozent, die Gruppe PSA (Talbot-Citroen, Peugeot) 17 Prozent. In diesen Zahlen sind die Importe der einzelnen Unternehmen eingeschlossen.

Die Monopolstellung der Vergangenheit hatte sich für die Seat-Werke verheerend ausgewirkt, als Spanien sich dem internationalen Wettbewerb *stellte. Abgesehen von einer* überbesetzten Verwaltung, mit der auch der italienische Partner nicht fertig wurde, mußte der aus der freien Wirtschaft geholte Manager Anton Azos in einer ersten Sanierungsphase den Mitarbeiterstamm von 31 000 auf zunächst 25 000 reduzieren.

Heute verfügt Seat über vier große Werke. Das Hauptwerk liegt im Freihafengebiet von Barcelona, das Motoren- und Ersatzteilwerk Matorell und Prat de Llobregat ebenfalls in Katalonien. Das neue Werk Landaben, das Seat von Leyland übernahm liegt bei Pamplona (Navarra).

Die nach der Trennung von Fiat erfolgte Umstrukturierung brachte erwartungsgemäß ein Defizit, das die Holding INI zunächst nicht ausglich. 1983 erreichte dieses Defizit etwa 125 *Mrd. Pesetas (rund 2,25 Mrd. DM).* Im Hinblick auf die Zusammenarbeit und die Übernahme der Aktien durch VW entschloß sich INI dann die Lükke im Defizit zu stopfen.

Japan stört den Welthandel

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die Entscheidung über die Zukunft des multilateralen Welthandelssystems fällt in erster Linie in Tokio. Denn die gewaltigen Überschüsse, die Japan im Handel mit den USA und der Europäischen Gemeinschaft aufgetürmt hat, müssen die Protektionisten in den Partnerstaaten auf den Plan rufen.

Daran ändert auch der Umstand nichts, daß die Regierungsvertreter des fernöstlichen Inselreiches in ihren Gesprächen mit Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann wieder das hohe Lied des Freihandels gesungen haben, daß sich Deutsche und Japaner über die Notwendigkeit einer neuen Liberalisierungsrunde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und *Handelsabkommens* (Gatt) einig waren. Die Bundesregierung hat sich mit diesen Vorstellungen bisher noch nicht einmal in der EG durchsetzen können und in Japan ist Papier besonders geduldig.

Die sechs Programme zur Marktöffnung, die Tokio in den vergangenen drei Jahren erlassen hat, konnten das Problem nicht entschärfen. Im Gegenteil. In den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres kletterte das Defizit der USA im Japan-Handel auf 25 Milliarden Dollar, das der EG verharrte bei acht Milliarden.

Während dieser Zeitspanne nahm beispielsweise das deutsche Defizit um 27 Prozent auf 9,3 Milliarden Mark zu, obwohl das Wachstumstempo in Japan doppelt so hoch war wie in der Bundesrepublik. Die Ausgleichsmechanismen wirken in diesem Bereich also nicht mehr.

Dies liegt vor allem an der für ein Industrieland atypischen Importstruktur Japans. Dort fallen Fertigwaren kaum ins Gewicht. Sie machen nur 27 Prozent der Einfuhren aus, verglichen mit 57 Prozent in der Bundesrepublik und in den Vereinigten Staaten. Das Argument, Japan verfüge über keine Rohstoffe, zieht nicht. Abgesehen von der Kohle gilt dieses auch für die Bundesrepublik. Japan ist einfach zu wenig in die internationale Arbeitsteilung integriert.

Hinzu kommen noch die Exportoffensiven in einzelnen Bereichen, die im Ausland für Unruhe sorgen. Auch sie fallen aus dem üblichen Rahmen heraus. Denn sie sind nur aufgrund des Zusammenspiels der Wirtschaft mit dem Staat möglich. Gemeinsam werden zielgerichtete Strategien entwickelt, gegen die einzelne Unternehmen nur schwer ankommen.

Die Folge: Es wird in den freien Warenaustausch eingegriffen. Die Japaner werden zu Exportselbstbeschränkungsabkommen gedrängt, was in den Abnehmerländern zwar den politischen Druck mildert, aber eigentlich wenig bringt. Den Nutzen haben die Japaner. Sie können aufgrund des geringeren Angebots höhere Preise durchsetzen, was ihre Er*tragskraft stärkt. Einige Länder* behindern gleich die Importe aus Fernost. Wenn sich in Japan nichts ändert, dann werden die Handelsbeschränkungen weiter wachsen.

In den vergangenen Jahren hat es Tokio geschickt verstanden, im günstigen Licht zu erscheinen. Unmittelbar vor großen Konferenzen wurden Liberalisierungsprogramm veröffentlicht, wurden die Zölle unter das Niveau der EG und der USA gesenkt. So wird es auch in diesem Jahr sein. Unmittelbar vor dem nächsten Weltwirtschaftsgipfel in Bonn Anfang Mai wird die Regierung Nakasone mit neuen Maßnahmen aufwarten. Da die anderen eine Prüfung zusagen, steht Tokio wieder einmal gut da, ohne daß sich nennenswert etwas geändert hat.

Die Appelle an hiesige Firmen, sich stärker in Japan zu engagieren, sind zwar richtig, aber sie fruchten nur etwas, wenn die Produkte in Japan absetzbar sind. Dem stehen aber Mentalitätshemmnisse der Konsumenten und der Wunsch der Groß*firmen nach Autarkie entgegen.*

Für die Europäer wird das Problem noch dadurch erschwert, daß die Japaner auch aus politischen Gründen in erster Linie auf die USA Rücksicht nehmen. Die Gefahr ist nicht gering, daß der japanisch-amerikanische Schulterschluß im Technologiebereich zu Lasten der EG geht.

Der Fall Japan muß auf dem internationalen Parkett endlich angegangen werden. Es hilft nichts, darüber noch einmal zehn Jahre zu diskutieren. Wenn der japanische Staat ähnliche Anstrengungen wie bei den Exporten auf der Importseite machen würde, dann ließe sich mittelfristig sicher einiges bewegen. Dieses würde den Handel fördern, nicht strangulieren. Auf dieser Grundlage ließe sich dann auch leichter über den Abbau des Protektionismus reden.

AUF EIN WORT

„Ärmel hochkrempeln ist nach wie vor der Schlüssel zum Erfolg. Wenn aber der Staat den Bürgern unablässig und immer tiefer in die Tasche greift, dann sind nur zwei Reaktionen *denkbar: Der eine läßt* seine Ärmel lieber wieder herunter und geht spazieren. Der andere geht in die Schattenwirtschaft, damit sich seine Anstrengungen auch lohnen."

Walter Braun, Präsident des Landesverbandes des Bayerischen Groß- und Außenhandels, München.
FOTO: LUDWIG HARREN

Heimtextil endete mit Zuversicht

dpa/VWD, Frankfurt

Zum Ende der Internationalen Fachmesse für Heim- und Haustextilien (Heimtextil) strahlten die Geschäftsleute wesentlich mehr Zuversicht aus als zu Beginn der Messetage, heißt es in einem Abschlußbericht der Veranstalter. 1700 Aussteller hatten ihr Angebot vorgeführt. Vor allem das Auslandsgeschäft mit Vorhän*gen, Teppichen und Betten lief gut.* Angesichts des Dollar-Kurses verstärkte sich vor allem das Einkaufspotential der USA. Mit 56 000 Fachbesuchern wurde das Ergebnis als „solide Ausgangsbasis" gewertet.

GROSSBRITANNIEN

Trotz Pfund-Schwäche kein Eingriff in den Markt

WILHELM FURLER, London

Das britische Pfund Sterling dürfte auch im Verlauf dieser Woche unter Druck bleiben, obwohl die großen Geschäftsbanken ihren Basis-Ausleihezinssatz um einen Punkt auf 10,5 Prozent angehoben haben. Doch diese am vergangenen Freitagvormittag vorgenommene und umgehend von der Bank von England sanktionierte Maßnahme, zeigte an den Divisenmärkten keinerlei Wirkung.

So schloß das Pfund zum Wochenende in New York mit dem Rekord-Tiefstand von 1,185 Dollar. Auch gegenüber den kontinentaleuropäischen Währungen erreichte das Pfund neue Rekord-Tiefen, so gegenüber der D-Mark von 3,5475.

Die Tatsache, daß die erste Zinsanhebung in Großbritannien seit dem Juli vergangenen Jahres den Pfundkurs nicht einmal leicht in die Höhe treibt, wird an den Devisenmärkten als Zeichen für eine sich fortsetzende Schwäche der britischen Währung gewertet. Sonntagszeitungen in Großbritannien berichteten bereits, daß sich die Regierung Thatcher auf eine Pfund-Dollar-Parität von eins zu *eins eingestellt habe.*

Die Regierung in London ist offensichtlich der Auffassung, daß die Entwicklung des Pfundkurses ganz den Marktkräften überlassen werden sollte. So wurde auch die Zinsanhebung nicht von Whitehall inszeniert, sondern die Banken reagierten damit auf einen scharfen Anstieg der Geldmarktsätze. Die Regierung vertritt die Ansicht, daß [illegible] um einen in erster Linie um ein [illegible]änomen der Dollar-Stärke handelt. Zum anderen bringe ein schwacher Pfundkurs für die britische Wirtschaft erhebliche Wettbewerbsvorteile.

US-AKTIENMÄRKTE

Gewinnmitnahmen stoppen Wall Street nur kurzfristig

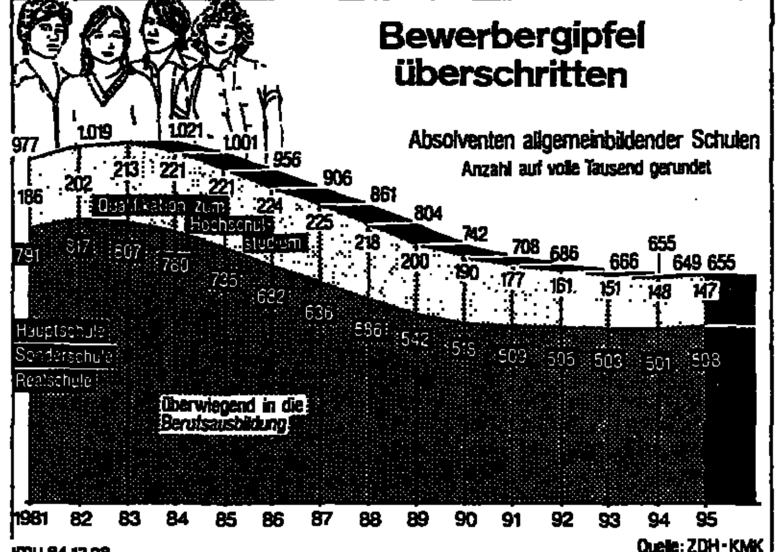
DW. New York

Nach eher mäßigem Jahresbeginn kamen die amerikanischen Aktienmärkte sehr schnell in Schwung. Nachdem die Experten weiteren Rückgang der Zinsen vorhersagten, stiegen die Kurse an der Wall Street *auf breiter Front. Trotz eines* schwachen Börsenschlusses am Freitag, der aber allgemein als technische Reaktion gewertet wird, war der Dow-Jones-Index für 30 Industriewerte mit 1218,09 um 33,13 Punkte höher als in der Vorwoche. Das ist der größte Wochenzuwachs seit der dritten Oktoberwoche 1984. Der umfassende NYSE-Index stieg um 2,39 Punkte auf 96,99. Die Umsätze waren hoch. *Im Tagesdurchschnitt wechselten* 101,96 (Vorwoche 78,61) Millionen Aktien den Besitzer.

Sehr gut hielten sich zum Wochenschluß die Aktien der Luft- und Raumfahrtunternehmen. So gingen Boeing, McDonnell Douglas, Lockheed, General Dynamics und United Technologies mit höheren Kursen aus dem Markt. Dagegen erlitten Spitzenwerte wie IBM, General Electric, International Paper und Procter and Gamble nach Gewinnmitnahmen Verluste.

Allgemein wird erwartet, daß der Dow Jones in den nächsten Tagen das Niveau von 1240 testen könnte. Das setzt allerdings weitere Prime-Rate-Senkungen voraus und günstige Konjunkturdaten. Sehr viel Beachtung fand ein Zeitungsinterview von Paul Volcker, dem Präsidenten der US-Notenbank, in dem er erklärte, daß die Inflation zwar noch nicht völ*lig besiegt, aber soweit unter* Kontrolle sei, daß Aussichten für eine längere Periode der Preisstabilität bestünden. Für die Konjunkturentwicklung gab Volcker eine optimistische Prognose bis ins nächste Jahrzehnt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Der Kampf um Ausbildungsplätze hat in den letzten Jahren zu grotesken Auswüchsen geführt. Noch immer warten viele Jugendliche auf den ersehnten Ausbildungsplatz. Außerdem haben sich infolge unsicherer Berufsaussichten in akademischen Berufen viele zum Hochschulstudium qualifizierte Absolventen allgemeinbildender Schulen für eine duale *Ausbildung entschieden und damit Bewerber aus Haupt- und Realschu*len verdrängt. Doch dürfte sich diese unbefriedigende Situation in den nächsten Jahren deutlich entspannen, denn die Zahl der Absolventen insbesondere aus Haupt- und Realschulen läßt ständig nach. QUELLE: IMU

Nigeria dementiert

Wien (dpa/VWD) – Nigeria bleibt weiterhin Mitglied der Organisation erdölexportierender Länder (Opec). Dies erklärte der nigerianische Energieminister Tom David West in einem Telefon-Interview mit der Opec-Agentur Opecna in Wien. Wie die Agentur berichtete, nahm West damit Stellung zu Berichten, wonach sein Land einen Austritt aus dem Öl-Kartell plane. Nigeria werde an den für am 28. Januar in Genf geplanten Opec-Konferenzen teilnehmen.

Investitionsverbot bleibt

Stockholm (dpa/VWD) – Die schwedische Regierung hat die in Südafrika tätigen Unternehmen des Landes zur Einhaltung des seit 1979 geltenden Investitonsverbotes gemahnt. Seit 1979 wurde nur in 15 Ausnahmefällen gestattet, alte Anlagen zu ersetzen. Investitionen sind ferner zulässig, wenn sie die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verbessern. Dem Parlament in Stockholm liegt eine Novelle zum sogenannten Südafrikagesetz vor. Es sieht vor, daß von der Regierung genehmigte Investitionen noch im selben Jahr vorgenommen werden müssen.

Ausstellung in Stockholm

Stockholm (dpa/VWD) – In Stockholm wird vom 19. bis 27. Januar erstmals seit 23 Jahren wieder eine internationale Autoausstellung stattfinden. Fachseminare werden sich mit den Themen Jugend im Verkehr und der 100jährigen Geschichte des Autobaus befassen. Liebhaber von Veteranen können einen Benz Motorwagen von 1886 und Schwedens ältesten Personenwagen, einen Vabis aus dem Jahr 1897, besichtigen.

Streit um Flugtarife

Luxemburg (dpa/VWD) – Das Pariser Polizeigericht hat den Europäischen Gerichtshof (EGH) angerufen, in einem Vorabentscheidungsverfahrens zu urteilen, ob die französischen Bestimmungen über die Festlegung der Flugtarife mit dem EWG-Vertrag vereinbar sind. Frankreich schreibt vor, daß die Fluggesellschaften nur zu staatlich anerkannten Tarifen fliegen dürfen. Die Gesellschaften KLM, British Airways, Air France und Air *Lanka* werden *derzeit strafrechtlich* verfolgt, weil sie 1981 auf verschiedenen Strecken niedrigere Tarife berechnet haben als offiziell gebilligt.

Neuer Hochseehafen

Bukarest (dpa/VWD) – Rumänien hat am Wochenende den neuen Hochseehafen am Schwarzen Meer bei Mangalia, südlich des bisher einzigen Hochseehafens Constanta, in Betrieb genommen. In Mangalia befand sich in der Antike der Hafen Calatis. Als erstes Schiff wurde der rumänische Frachter „Fierbinti" mit 6800 Tonnen Walzstahl beladen.

Gegen Wirtschaftszonen

Düsseldorf (dpa) – „Wirtschaftliche Notstandsinstrumente sind kein Ersatz für aktive Konjunktur- und Beschäftigungspolitik." Mit dieser Aussage lehnte der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen (SPD) den vom Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Bernhard *Worms,* formulierten Vorschlag ab, an Rhein und Ruhr in Zonen mit rechtlichem Ausnahmestatus das Investitionsverhalten der Wirtschaft regional zu beeinflussen.

Neue Kredite für Marokko

Paris (dpa/VWD) – Die wichtigsten Gläubiger Marokkos haben dem nordafrikanischen Staat neue Kredite von jährlich rund drei Mrd. Dollar sowie einen weiteren Zahlungsaufschub für seine Auslandsschulden in Aussicht gestellt. Das war das Ergebnis dreitägiger Gespräche auf Einladung der Weltbank in Paris. Außerdem stimmten die Gläubiger der Eröffnung der eigentlichen Umschuldungsverhandlungen im Rahmen des sogenannten „Pariser Klubs" zu.

Weg der Kurse

	11.1.84	4.1.84
Boeing	58,25	54,75
Chrysler	31,375	30
Citicorp	38,875	37,50
Coca-Cola	63,875	62,125
Exxon	44,875	44,25
Ford Motors	46,125	43,125
IBM	122,625	119,75
PanAm	4,375	4,375
US Steel	27,50	25,50
Woolworth	38,25	36,875

HANDWERK

Hinter der Wirtschaft noch ein Stück zurückgeblieben

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die wirtschaftliche Entwicklung im Handwerk hat, anders als in früheren Jahren, 1984 mit der allgemeinen Aufwärtsentwicklung in der Wirtschaft nicht Schritt halten können. Dies stellt der Generalsekretär des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, Klaus-Joachim Kübler, fest. Auch 1985 werde das Handwerk hinter der allgemeinen wirtschaftlichen Erholung zurückbleiben.

Das Handwerk konnte nach den Angaben Küblers im abgelaufenen Jahr seinen Umsatz lediglich um rund zwei Prozent real steigern. Das Hinterherhinken begründet Kübler vor allem damit, daß die Handwerksbetriebe von der kräftigen Steigerung der Auslandsnachfrage kaum profitieren konnten. Am Export könne das Handwerk nur indirekt als *Zulieferer* für die Industrie partizipieren. Die Handwerksbetriebe seien zu 98 Prozent auf den Binnenmarkt *ausgerichtet.*

Für das Baugewerbe rechnet Kübler mit weiteren Produktionseinbußen. Im Wohnungsbau seien die Auftragseingänge *schon jetzt um ein* Viertel geschrumpft. Da das Bau- und Ausbaugewerbe nahezu zwei Fünftel des gesamten Handwerksumsatzes bestreitet, ziehe es auch 1985 das Ge*samtergebnis unter das* der übrigen Wirtschaft.

Auch das Kraftfahrzeughandwerk befinde sich „nicht im vollen Licht der Konjunktursonne". Dazu habe die immer *noch nicht* abgeschlossene Diskussion um den richtigen Weg zur Herabsetzung der Schadstoffemissionen beigetragen. Kübler fordert unter anderem eine steuerliche Förderung der Nachrüstung des gesamten Kfz-Bestandes mit Katalysatoren.

EINZELHANDEL / Der Schlußverkauf hat schon gleich nach Weihnachten begonnen

„Veranstaltung für die Mottenkiste"

HANNA GIESKES, Bonn

„Winterwarme Wäsche stark verbilligt" – „Mollige Stiefel im Sonder*angebot"* – „Preisrutsch bei Markenski". Nie war das nachweihnachtliche Streichkonzert im Handel so laut wie in diesem Jahr. Viele Schaufenster sehen aus, als habe der Schlußverkauf längst begonnen, und wie alle Jahre wieder hebt die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels mahnend den Zeigefinger: Der Einzelhändler habe sich an die heute beginnende vierzehntägige Karenzzeit vor dem Schlußverkauf zu halten, in der die Herausstellung von Sonderofferten verboten ist.

„Das ist doch ein Witz", meint der Chef einer feinen Herrenboutique in Düsseldorf. Seine Kunden wollten nur herabgesetzte Ware kaufen, „und wenn ich sie im Schaufenster nicht anbiete, kommt niemand in meinen Laden." So machte er auch keinerlei Anstalten, am Samstag nach Ladenschluß die Schildchen mit den durchgestrichenen Preisen aus dem Fenster zu nehmen.

„Zu Weihnachten ging kaum etwas", sagt der Leiter eines Textilkaufhauses in Krefeld. Sein Lager sei zu voll. Allerdings kann auch er nicht erklären, warum warme Winterware und Wintersportartikel angeblich *nur* noch als Sonderangebote „gehen". Zur Zeit müßten sie auch regulär verkäuflich sein, räumte er ein.

Der Handel scheint sich selbst nicht zu *trauen: „Einer fängt immer* an mit den Sonderangeboten, und dann müssen wir nachziehen", klagt der Inhaber eines Bonner Schuhgeschäfts; da beginne er lieber gleich als erster. Er weiß, *daß der Fachhandel,* der durch die Verbände fortwährend auf seine besonderen Beratungsleistungen pochen läßt, sich durch solche Aktionen unglaubwürdig macht. Doch auf den Schlußverkauf könne er nicht warten.

„Wir sind abhängig vom Lieferrhythmus der Hersteller", erklärt die Eigentümerin einer Boutique in *Bonn,* und der sei anders als Verbandsfunktionäre sich das vorstellten. Anfang Dezember bekam sie schon die Hochsommerware geliefert, „und da habe ich mit Sonderangeboten Platz schaffen müssen". Aus ihrer Sicht gehört diese Veranstaltung in die Mottenkiste.

So wie sie denken viele, mit Ausnahme der großen Anbieter. „Wir halten den Schlußverkauf für sinnvoll", heißt es bei einem großen Warenhauskonzern. Vermutlich deshalb, weil sich die Großen eigens zu diesem Zweck billig bei den Herstellern eindecken können, die selbst eine Art Schlußverkauf inszenieren. Vielleicht haben die großen Handelsunternehmen nach Weihnachten gerade deshalb besonders laut die Preispauke geschlagen.

OECD-EXPORTKREDITE

Mindestzinsen werden gesenkt

J. Sch., Paris

Die im Oktober 1983 vereinbarte halbautomatische Anpassung des Exportkreditkonsensus der OECD ist jetzt zum zweiten Mal wirksam geworden. Im Juli 1984 waren die Mindestzinsen für staatlich subventionierte Exportkredite einheitlich um 1,2 Prozentpunkte erhöht worden; jetzt, entsprechend dem Trend, Zinsen zu senken, werden sie ermäßigt.

Nach der am 15. Januar in Kraft tretenden neuen Matrix dürfen gegenüber der reichen Länderkategorie die Zinssätze für kurzfristige Kredite (2 bis 5 Jahre) 12,0 (bisher 13,35) Prozent und bei längerfristigen Krediten (ab 5 Jahre) 12,25 (13,60) Prozent nicht übersteigen. Für die mittlere Länderkategorie werden die Zinssätze auf 10,70 (11,55) und 11,20 (11,90) Prozent ermäßigt, für die ärmsten Länder allgemein auf 9,85 (10,70) Prozent.

Die neuen Mindestsätze unterschreiten damit auch das Niveau, das sie zwischen Oktober 1983 und Juli 1984 gehabt hatten. Die Bundesrepublik ist nicht direkt betroffen, da das nationale Zinsniveau unter dem der OECD-Mindestzinsen liegt.

HOWALDTSWERKE-DEUTSCHE WERFT / Vorstand nimmt zum „United-States"-Auftrag Stellung

„Der Umbau ist solide kalkuliert und finanziert"

J. BRECH, Hamburg

Die Zweifel an der Seriosität des möglichen Großauftrags für die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW), Kiel, das US-Passagierschiff „United States" für den Amerikaner Richard H. Hadley in ein Kreuzfahrtschiff umzubauen, haben den Werft-Vorstand aus der Reserve gelockt. Der Vorstandsvorsitzende Klaus Ahlers und der Finanzchef Jochen Rohde haben in einem Gespräch mit der WELT erklärt, daß der Riesenauftrag nach Hamburg kommen werde, daß er solide finanziert und kalkuliert sei und die Beschäftigungsprobleme des HDW-Betriebs in Hamburg löse.

Der unter drei Vorbehalten unterschriebene Vertrag wird nach den Worten von Rohde in Kürze wirksam. Die Bundesbürgschaft sei bewilligt und die Aufbringung von Eigenmitteln in den USA abgeschlossen. Jetzt gehe es nur noch um die „Feinabstimmung des Vertragswerks", die aufgrund der US-Gesetzgebung kompliziert sei.

Das Investitionsvolumen für den Umbau der „United States" einschließlich der Zulieferungen in den USA beziffert Rohde mit 436 Mill. DM. Die in der Öffentlichkeit immer wieder genannte Summe von 700 Mill. DM sei aus der Luft gegriffen. Zu den Umbaukosten kämen Nebenkosten von rund 140 Mill. DM, die unter anderem den Ankauf des Schiffs und Kosten der Markteinführung beinhalten.

Dieser gesamte Finanzbedarf von 576 Mill. DM soll zu 121 Mill. DM aus in den USA aufgebrachten Eigenmitteln gedeckt werden. Nach Angaben von Rohde ist dieses Volumen über Kapitalsammelgesellschaften inzwischen komplett gezeichnet. Die Commerzbank und die Kreditanstalt für Wiederaufbau gewähren einen Kredit von 262 Mill. DM, der Hermes-gedeckt ist. Angaben über eine Bürgschaft für 364 Mill. DM seien unzutreffend, erklärt Rohde. Schließlich machen US-Banken weitere Kredite von 53 Mill. DM (schiffsbezogen) und von 140 Mill. DM für den Aufbau der Organisation und des Managements der Reederei locker, erklärt Rohde.

Probleme, daß die künftige Eignerin des Kreuzfahrtschiffes, die United States Cruises Inc. (an ihr wird der Initiator und jetzige Besitzer Hadley nur noch mitbeteiligt sein), aus späteren Gewinnen die Fremdmittel nicht bedienen und tilgen könnte (einen Teil des Umbaus müßten dann die deutschen Steuerzahler finanzieren), sieht Ahlers nicht. Die angeforderten Gutachten über das Kreuzfahrtgeschäft von der US-Westküste nach Hawaii seien überaus positiv. Heute, so Ahlers, machten etwa 1,6 Mill. US-Bürger eine Seereise, das Marktvolumen werde mittelfristig aber auf 15 bis 20 Millionen Passagiere geschätzt. Daß Hadley und seiner „United States" bislang die Verkaufsorganisationen und das Know-how fehlten, um das vorhandene Potential auszuschöpfen, sei ein Mangel, räumt Ahlers ein.

Die HDW-Bosse weisen schließlich auf die unbestrittene Bedeutung dieses Großauftrags für den Hamburger Betrieb hin. Der Auftrag sei mit einem Höchstmaß an Risiken und dennoch schwarzen Zahlen kalkuliert. Er sichere in Hamburg die Grundauslastung für anderthalb Jahre und gleiche somit Beschäftigungsschwankungen im anfälligen Reparaturgeschäft aus.

Wenn die „United States" im Winter über den Atlantik verschleppt wird und in Hamburg ankommt, wird es den HDW-Betrieb in der heutigen Form allerdings nicht mehr geben. In der zweiten Jahreshälfte soll der Betrieb rechtlich in einer GmbH verselbständigt und ein Tochterunternehmen von HDW werden. Damit, so formuliert Ahlers diplomatisch, eröffne man Dritten die Möglichkeit, unternehmerische Verpflichtungen einzugehen, setze den Hamburger Betrieb unter stärkeren Erfolgszwang und wecke Kräfte, an die die Hauptverwaltung in Kiel per Fernsteuerung nur schwer herankäme.

Das Jahr 1985 werde der Hamburger Betrieb auch ohne die „United States" gut über die Runden bringen, *erklärt Ahlers. Verluste im Reparaturbereich* dürften durch Gewinne aus dem lukrativen Maschinenbau ausgeglichen werden. Insgesamt sehe HDW ein wenig optimistischer in die Zukunft. Das Unternehmenskonzept 1983 sei weitgehend realisiert, und die innerbetrieblichen Erfolge beachtlich. HDW werde 1983/84 (30. 9.) mit einem Verlust schließen, erwarte 1984/85 aber ein ausgeglichenes Ergebnis. Der voraussichtliche Umsatz von 1,6 (1,1) Mrd. DM ist nur noch mit rund 7500 Mitarbeitern abgewickelt worden.

ISRAEL / Außenhandelsdefizit erheblich vermindert

Inflationsrate ist gesunken

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Nach zwei aufeinanderfolgenden Jahren steigender Außenhandelsdefizite hat Israel einen gewaltigen Sprung nach vorne gemacht und das Jahr 1984 mit einer Verringerung des Defizits um etwas mehr als eine Milliarde Dollar – das wären mehr als 29 Prozent – abgeschlossen. Dies geht aus der soeben veröffentlichten Statistik hervor. Die Ursache war ein Anstieg der Exporte um 650 Mill. Dollar auf über 5,5 Mrd. Dollar und eine Senkung der Importe um 366 Mill. auf etwas über acht Mrd. Dollar.

Diese Verbesserung machte sich schon das ganze Jahr bemerkbar; im Dezember – einen Monat nach der Einführung des Sozialpaketes samt Sparmaßnahmen – wurden alle Erwartungen übertroffen: Von 146 Mill. Dollar im November reduzierte sich das Monatsdefizit auf weniger als zehn Mill. Dollar. Der Höhepunkt war im Juli überschritten worden, nachdem die Lücke kurzfristig 360 Mill. Dollar ausgemacht hatte.

Auch die Inflation nahm drastisch ab. Die Dezemberrate wird erst morgen endgültig bekanntgegeben; doch aufgrund bisheriger Schätzungen liegt sie zwischen fünf und sieben Prozent, verglichen mit fast 20 Prozent im November.

Dieser Erfolg ist allerdings trügerisch. Denn im Dezember ist die Inflation im Grunde nur aufgeschoben worden. Durch den gesetzlichen Preisstopp wurden fast alle Preise – außer mit behördlich genehmigten Ausnahmen – auf einem künstlich niedrigen Niveau gehalten. Dies muß vor einer Verlängerung des Sozialpakets, das am 5. Februar abläuft, ausgeglichen werden. Die Regierung möchte für das neue Paket eine Laufzeit von einem Jahr haben. Zu diesem Zweck will Finanzminister Itzhak Moday die Subventionen abbauen, die in manchen Fällen mehr als 100 Prozent betragen. Verbrauchsgüter wie Treibstoff und Elektrizität werden derzeit infolge des Preisstopps unter Einstandspreis abgegeben.

Es wird daher wahrscheinlich im Februar, vielleicht aber noch während der Laufzeit des jetzigen Pakets, eine sprunghafte, von oben her dekretierte Teuerung geben, um das Preisniveau der Wirklichkeit anzupassen. Darauf soll ein Jahr der Preisberuhigung folgen.

Die bisherige Verbesserung erfolgte allerdings zum Teil auf Kosten des schwächsten Bevölkerungsteils: Die Arbeitslosigkeit stieg auf mehr als sieben Prozent und steigt weiter. Gerade dies wollte die Regierung durch ein Brechen der automatischen Indexierung der Löhne vermeiden. Doch wegen des Widerstandes der „Histadrut" (Allgemeiner Gewerkschaftsverband) gelang dies nur teilweise. Mehrere große Industrieunternehmen sahen sich schon gezwungen, Arbeiter zu entlassen. Falls der Gewerkschaftsverband nicht nachgibt, wird es zu einer noch größeren Entlassungswelle kommen. Alle staatseigenen Betriebe sind schon angewiesen worden, zehn Prozent ihres Personals zu kündigen, und der Einstellungsstopp im Staatsdienst wurde bis Ende 1985 verlängert. (SAD)

Hamburgs Messe soll attraktiver werden

dpa, Hamburg

Hamburgs Messe will sich künftig *stärker auf Fachausstellungen* konzentrieren, neue Messesektoren erschließen und Messen und Kongresse mehr miteinander kombinieren, ohne dabei die sogenannten Publikumsmessen zu vernachlässigen. Dies sind einige der Ziele, die der neue Messechef, Franz Zeithammer, in Hamburg verwirklichen will. *Dabei soll* die Messe der Hansestadt, betonte Zeithammer, überschaubar bleiben. Zeithammer, der sein Amt am 1. Januar dieses Jahres als Nachfolger des vorzeitig ausgeschiedenen Hans-Joachim Hoerenz antrat, ist bei der Hamburg Messe und Congress GmbH (HMC) für Messen und Ausstellungen zuständig, während sein gleichberechtigter Geschäftsführungskollege Paul Busse sich vorrangig um Kongresse kümmert.

Als „Wachstumsbranchen" für Hamburgs Messe sieht Zeithammer, der von der Düsseldorfer Messegesellschaft kommt, unter anderem die Fachbereiche Elektronik, Gesundheit und Umwelt sowie Handwerk und Freizeit. Eine wichtige Aufgabe sei außerdem, mehr Aussteller vor allem aus Skandinavien und den Ostblockstaaten in die Hansestadt zu holen. *Die großen Messen für die ganze* Familie werden von den Plänen kaum berührt.

SINGAPUR / Ausländische Beteiligungen nehmen zu

Drehscheibe Südostasiens

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

In den letzten Jahren hat Singapur mit zweieinhalb Millionen Einwohnern den stärksten Aufschwung des Fernen Ostens erlebt. Er wurde durch die zunehmende Ungewißheit über das politische Schicksal seines Konkurrenten Hongkong begünstigt. Während sich die ausländischen Unternehmen aus Hongkong angesichts der Übernahmegefahr durch die Volksrepublik China zurückzogen, investierten sie verstärkt in Singapur. Die vor 25 Jahren gegründete Inseldemokratie präsentiert sich heute als finanzielle, kommerzielle und verkehrstechnische Drehscheibe Südostasiens.

„Unsere Geschichte ist die Zukunft", hört man dort auf die Frage, warum das historisch-koloniale Singapur mit seinen „Barockbauten" Chinatown systematisch dem Boden gleichgemacht wird. Dafür schießen die Wolkenkratzer wie Pilze aus der Erde. Innerhalb eines Jahres wird sich die Beherbergungskapazität für die Ausländer verdoppeln. Dabei ist sie schon jetzt sehr beachtlich. Die zahlreichen Luxushotels bieten allen nur erdenklichen Komfort und Service – mit für Europäer ungewohnter asiatischer Liebenswürdigkeit. Die Infrastruktur dieser Stadt gilt als perfekt.

Der amerikanische Einfluß ist überall zu spüren. Die Technologie, die hier bereits bis in die Haushaltscomputer vorgedrungen ist, kommt aus den USA und in zweiter Linie aus Japan. In der Lebensart spielt das japanische Element aber kaum eine Rolle. Die Landessprache ist trotz der chinesisch-malaysisch-indischen Abstammung der Bevölkerung Englisch. Man muß sich vor allem international verständigen, heißt die Parole der Regierung.

Gewiß sind im äußeren Erscheinungsbild dieser Stadt auch einige europäische Elemente zu entdecken. In den Luxusgeschäften locken in riesiger Auswahl vor allem französische und italienische Mode und Eleganz. *Diese Artikel* werden von aufsteigenden Kadern als Statussymbole *gekauft und so getragen, daß man die* teure Marke gut erkennen kann. Hier bleibt wohl doch noch ein gewisser Minderwertigkeitskomplex zu kompensieren.

Für den Europäer ist Singapur inzwischen allerdings sehr teuer geworden. Denn der Singapur-Dollar ist praktisch mit dem US-Dollar indexiert. Gleichwohl verbuchte Europa in letzter Zeit in Singapur vergleichsweise nicht so große Absatzerfolge wie auf dem amerikanischen Markt.

Eine Ausnahme ist das europäische Flugzeugbaukonsortium Airbusindustrie, das hier und in anderen südostasiatischen Staaten in seiner Klasse inzwischen drei Viertel des Marktes erobern konnte. Gute Chancen besitzen auch die europäischen Ingenieurfirmen. Traditionelle Industrieerzeugnisse aus Europa haben dagegen an Stellenwert verloren.

Die Weltwirtschaftskrise der letzten Jahre hat Südostasien kaum getroffen. Das Sozialprodukt nahm in den Ländern dieser Region – Hongkong, Taiwan, Südkorea und Singapur – kräftig zu. Gleichzeitig konnten sie nicht zuletzt dank der Textilexporte *Südkoreas* ihren Anteil am Welthandel stark ausweiten. Mit einem monatsdurchschnittlichen Export von 9,5 Milliarden Dollar steht diese Ländergruppe inzwischen an vierter Stelle in der Weltrangliste nach den USA (19 Milliarden Dollar) sowie Japan und der Bundesrepublik (je 14 Milliarden Dollar). In den fünfziger Jahren war der gesamte Ferne Osten (einschließlich Japan) erst zu 6 Prozent am Welthandel beteiligt gewesen.

Der Annäherung an Amerika steht in Singapur eine zunehmende Distanz zu Europa gegenüber. Trotz aller asiatischer Höflichkeit läßt man den Besucher aus dem alten Kontinent wissen, daß er sich auf seinen früheren Lorbeeren auszuruhen begänne. Hier dagegen werde durchgehend hart gearbeitet, und hier gäben die jungen dynamischen Kräfte den Ton an.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Reinhard Höhn: Examen ohne Angst, Verlag wwt, Bad Harzburg 1984, 235 S., 23,80 Mark.

Angst haben und lernen, sie zu eliminieren, gehört zur elementaren Entwicklung des Menschen und ist nicht nur Kennzeichen unserer Zeit. Besonders die Prüfungsangst stellt eine „allgegenwärtige Erscheinung" dar. Professor Höhn, Vorstand der Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft und Autor auf dem Sektor Managementliteratur, gibt dem Leser probate Mittel an die Hand, mit diesem ernsten Lebensproblem fertigzuwerden. Er wendet sich an Kandidaten, die bereit sind, „aus eigener Kraft" gegen ihre Examensangst wirksam anzugehen. Das Buch vermittelt darüber hinaus eine Anleitung zur Selbsthilfe. Es weist Wege, wie typische Störfaktoren beseitigt werden können.

Bappert / Maunz / Schricker: Verlagsrecht, C. H. Beck Verlag, München 1984, 807 S., (Ln.) 148 Mark.

Die erste Auflage des Kommentars zum „Gesetz über das Verlagsrecht vom 19. 6. 1901" erschien 1952. Auch wenn seitdem das Verlagsgesetz beinahe von jeder Reform unberührt *blieb, so änderten sich in 32 Jahren* doch Auslegung und Anwendung der Vorschriften auf diesem Rechtsgebiet. Der Einfluß des Urhebergesetzes von 1965 ist nicht zu leugnen, aber auch andere Gesetze, wie das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, wirkten sich auf das Verlagsrecht aus.

Rolf G. Heinze: Der Arbeitsschock, Eugen Diederichs Verlag 1984, 160 S., 19,80 Mark.

Seit Beginn der 80er Jahre werden auch in der Bundesrepublik Umrisse einer gesellschaftlichen Krise diagnostiziert. Nicht nur die ökonomische Wachstumsdynamik ist ins Stocken geraten, auch der Wohlfahrtsstaat scheint an seine Grenzen zu stoßen. Der globale Einsatz neuer Technologien läßt darüber hinaus Vollbeschäftigung im herkömmlichen Sinn als Illusion erscheinen. Der Autor gibt einen umfassenden Überblick auf die Auswirkungen der Krise, stellt mögliche arbeitsmarkt- und sozialpolitische Alternativen vor und bewertet sie.

Ilse Lenz: Kapitalistische Entwicklung, Subsistenzproduktion und Frauenarbeit, Der Fall Japan, Campus Verlag, Frankfurt 1984, 332 S., 56 Mark.

Eine weitere Studie zum Thema Frauenarbeit im Zeitalter der Industrialisierung liegt mit dieser Dissertation über die industrielle Entwicklung Japans vor. Die Autorin geht von einer umfassenden Definition des Arbeitsbegriffs aus, der – aus der Sicht der Frauen – die Arbeit in der Produktion wie den Faktor der menschlichen Reproduktion einbezieht. Die Zusammenhänge zwischen geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, Patriarchat und kapitalistischer Entwicklung werden am Beispiel der japanischen Industrialisierung aufgezeigt. Frauenbeschäftigung zu Niedrigstlöhnen in exportorientierten Industriezweigen wird gegenwärtig, wenn auch unter anderen Rahmenbedingungen, in den neu industrialisierenden Ländern Ostasiens nachgeahmt.

Franz Josef Scholz: Ratenkreditverträge, Verlag C. H. Beck, München 1983, 274 S., 42 Mark.

Das Finanzwesen ist ohne den Ratenkredit nicht denkbar. In vielfacher Ausprägung, als Abzahlungsverkauf, drittfinanziertes Abzahlungsgeschäft, Mietkauf oder Finanzierungsleasing, betrifft er nicht nur die Konsumenten und Endverbraucher, sondern auch die gewerbliche Wirtschaft und freie Berufe. Ziel des Buches ist es, die zahlreichen gesetzlichen Vorschriften und die aktuelle Rechtsprechung vor allem den Beteiligten auf der Kreditgeberseite verständlich darzulegen und einen Überblick über die praktische Gestaltung und Abwicklung von Ratenkreditverträgen zu geben. Scholz ist als Handelsrichter ein erfahrener Fachmann im Kreditgewerbe.

INTERLÜBKE / Investitionen werden verdoppelt

Hoffnung auf Exporterfolge

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Besser als der Durchschnitt der deutschen Möbelindustrie mit seiner Plusrate von 2,4 Prozent hat 1984 die Interlübke Gebr. Lübke GmbH & Co KG, Rheda-Wiedenbrück, mit einer Umsatzsteigerung um vier Prozent *auf 104 Mill. DM abgeschnitten.* Die gleiche Wachstumsrate erwartet Horst Lübke, geschäftsführender Gesellschafter des seit 1937 existierenden Familienunternehmens, auch für 1985.

Ebenso wie im Berichtsjahr, als das Umsatzplus nur durch eine Steigerung der Exportquote auf 37 (34) Prozent (gut doppelt so hoch wie beim Branchendurchschnitt) gelang, setzt das Unternehmen auch jetzt hauptsächlich auf Auslandsmärkte.

Gute Chancen sieht Horst Lübke da noch in der Schweiz, auf dem US-Markt und in Japan. Auf dem japanischen Markt, wo der bisherige Lizenznehmer durch einen Direktimporteur abgelöst wurde, könnten es 1985 schon acht Mill. DM Umsatz werden. Auf dem Heimatmarkt hingegen und ebenso auf den traditionellen „Nachbarmärkten" (Belgien, Frankreich, Holland) registriert die Firma nicht anders als die Branche Sättigungserscheinungen.

Diese haben Interlübke jedoch nicht von der Traditionslinie abgebracht, auf das mit Schwerpunkt bei der Schrankwand liegende Markenartikel-Sortiment hoher Qualität zu setzen *und aller Preisschleuderei fernzubleiben.* Der im März 1984 realisierten Produktpreiserhöhung um durchschnittlich 2,8 Prozent soll in diesem März eine ähnliche Erhöhungsstufe folgen. Dank der Absatzkonzentration auf einen ausgewählten Händlerstamm werde man auch künftig die Politik unverbindlicher Preisempfehlungen durchhalten. Das Gros der Fabrikanten und des Möbeleinzelhandels wird nach Lübkes Ansicht bis Ende 1985 die zumeist zu „Mondpreisen" (mit entsprechend hohen Rabatten) entarteten unverbindlichen Preisempfehlungen ganz aufgeben.

Vertrauen in ihre Marktposition zeigt die Firma auch mit ihrem für 1985 auf 6,5 (3) Mill. DM verdoppelten und aus der Innenfinanzierung bestrittenen Investitionsplan. Er dient in erster Linie der Verbesserung der Produktionsstruktur.

Reiseagenturen mit 1984 zufrieden

J. Sch., Paris

Besser als erwartet ist für die in Frankreich tätigen Reiseveranstalter das vergangene Jahr ausgefallen. Mit rund drei Millionen Buchungen wurde das Niveau von 1982 wieder erreicht, nachdem 1983 300 000 Kunden infolge des Austerity-Plans der Regierung verlorengegangen waren. Dieses Ergebnis war vor allem den verstärkten Buchungen für Auslandsreisen zu verdanken.

Das bedeutet nach Angaben des Branchenverbands aber auch gegenüber 1982 eine Verbesserung. Denn *der Anteil der ins Ausland* verreisten Franzosen an Alturlaubern hat sich insgesamt seit 1978 kontinuierlich von 16,9 auf 14,3 Prozent vermindert. Allerdings waren von den im März 1983 stark verschärften Devisenbeschränkungen die Pauschalreisen ins Ausland weitgehend ausgenommen worden.

Zwar verbuchten die Agenturen 1984 wegen der Dollar-Hausse einen Rückgang der Buchungen für die USA, und auch die Antillen waren weniger gefragt. Um so besser lief aber das Geschäft für den Mittelmeerraum. Eine starke Belebung brachten zum Jahresende die Weihnachts- und Silvesterreisen in europäische Hauptstädte und in die Skiorte. Bis Ostern sind die französischen Wintersportreisen praktisch ausgebucht. Der organisierte Urlaub, so stellte Verbandspräsident Jean-Claude Murat fest, ist inzwischen weitgehend konjunkturempfindlich.

NAMEN

Rolf Pagnia, Geschäftsführer der NUR Touristik GmbH, Frankfurt, feiert heute seinen 60. Geburtstag.

Dr. **Hellmut Goebel**, Vorsitzender der Geschäftsführung und Gesellschafter der Burkhardt + Weber GmbH + Co. KG, Reutlingen, schied Ende 1984 aus der Unternehmensleitung aus.

Gerd Voß, bis Ende 1982 Vorstandsvorsitzender der Securitas-Gilde Lebensversicherung AG und der Victoria-Gilde Krankenversicherung AG, wurde am 13. Januar 65 Jahre alt.

Otto Garde, von 1950 bis 1972 Vorstandsvorsitzender der Concordia Lebensversicherungs-AG, Köln (heute Colonia Leben), vollendete in diesen Tagen sein 80. Lebensjahr.

BILDSCHIRMTEXT / In der Wirtschaft wird das neue Kommunikationsmittel schon vielfach genutzt

Nur der Verbraucher zieht noch nicht mit

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Der Reise-Riese TUI bietet seinen Reisebüro-Partnern die Direktbuchung über Bildschirmtext (Btx) an. Die Elektrohandels-Einkaufsgenossenschaft Interfunk informiert eine wachsende Zahl von Mitgliedern über aktuelle Angebote und nimmt ihre Bestellungen per Btx entgegen. Ein Btx-Basar, mit dessen Hilfe die Händler dringend benötigte Teile untereinander austauschen können, sorgt für zusätzliche Attraktivität.

Die Fotohändler-Organisation Ringfoto hat ebenfalls den Bestellverkehr auf den Bildschirm gebracht, bietet ihren Gesellschaftern aber zusätzlich die „Lieferung" graphischer Werbevorlagen per Bildschirmtext-anschluß und Drucker an. Keine Frage: Die Wirtschaft erkennt zunehmend den Nutzen des neuen Kommunikationsmittels. „Wir bemühen uns, unsere Händler auf diesen professionellen Markt vorzubereiten", hat denn auch Interfunk-Chef Seringer das strategische Fazit gezogen.

Das allerdings widerspricht der ebenso einfachen wie genialen Grundidee des neuen Kommunikationsmittels: Man nehme zwei Geräte mit sehr hoher Haushaltssättigung – Fernsehgerät und Telefon –, verknüpfe sie mit einem zentralen Computer, und schon wird das Telefonnetz zum feinstgeknüpften Datennetz aller Zeiten, der Fernseher (mit einem Zusatzgerät, dem Decoder zur Umsetzung der Computer-„Sprache" in Bildzeichen und einer Tastatur fürs „Zwiegespräch") zum Terminal.

Banken könnten damit den Kundenverkehr vom Schalter ins Wohnzimmer verlegen und Versandhäuser den Bestellvorgang von der Postkarte auf den Bildschirm, so die Vorstellung. An dieser Zielsetzung, der etliche Anbieter mit enorm aufwendiger Programmvorbereitung schon entgegengearbeitet haben, hat sich nichts geändert.

Nur: Der Endverbraucher spielt nicht mit. Statt der Anfang des Jahrzehnts vorausgesagten 150 000 oder der noch im Herbst vergangenen Jahres erhofften 45 000 Anschlüsse waren es zum Jahresende 1984 erst runde 20 000, und davon weniger als ein Drittel private.

Statt daß die Haushalte das Bildschirmtextsystem zu dem neuen „Massenmedium" machen, als das es noch unlängst gefeiert wurde, sind es nun vor allem die Unternehmen, die darauf anspringen. Sie lockt vor allem die Möglichkeit der kostengünstigen (wenn auch nicht sehr schnellen) Datenfernübertragung unter Ausschluß der Öffentlichkeit (in sogenannten geschlossenen Benutzergruppen), um beispielsweise – wie etwa als Pionier der Versicherungskonzerns Iduna – den Außendienst direkt in den Zentralcomputer hineinarbeiten zu lassen.

Die Zurückhaltung der ursprünglich angepeilten Zielgruppe hat ihre Gründe. Zwei Fehlstarts des neuen Postdienstes durch immer neue Verzögerungen beim Software-Partner IBM und auch die nach dem Startschuß im Juni 1984 noch kolportierten technischen Probleme haben selbst die kleine Schar von vielleicht einer halben Million innovationsfreudiger Alleskäufer fürs erste verprellt.

Auch die Unterhaltungselektronik-Hersteller taten wenig, um ihrem Hoffnungsträger Bildschirmtext flotter auf die Beine zu helfen. Statt wie Loewe Opta, der mehrjährige Monopolist im Konsumenten-Btx, eigene Decoder mit spezifischen Vorteilen rechtzeitig zu entwickeln, warteten die meisten auf den Einheits-Chip-Decoder der Philips-Tochter Valvo, der erst im Herbst 1984 lieferbereit war.

Auch ihre Reserve ist indessen verständlich. Weil der Bildschirmtext im äußerst anspruchsvollen CEPT-Standard (der auch komplizierte Farbgraphiken erlaubt) vorerst eine rein deutsche Angelegenheit bleiben wird, ist der Markt nur begrenzt. Daß damit auch der Decoderpreis – mit immer noch mehr als 1000 Mark Aufpreis für die ins Fernsehgerät eingebaute Variante – nicht eben der eines Massenprodukts ist, macht andererseits aber auch dem Kunden den Kaufentschluß nicht leichter.

Inzwischen hat wenigstens die Post einige Klimmzüge gemacht, um den breiten Btx-Start wieder zu beschleunigen. So wurden 1984 Investitionen von 200 Millionen Mark (aus dem Gesamtpaket von einer halben Milliarde) vorgezogen abgewickelt, um schon Anfang 1985 etwa 95 Prozent der Telefonkunden den Btx-Zugang zum Nahtarif zu ermöglichen.

Die ursprüngliche Planung hatte zu diesem Zeitpunkt erst den Anschluß von Ortsnetzen mit etwa 50 Prozent der Teilnehmer vorgesehen und bis Ende 1985 die Aufstockung auf 78 Prozent. Für das verbesserte Angebot wird denn auch eifrig die Werbetrommel gerührt, 1984 allein für fünf Millionen Mark.

Nachdem für eine ganze Weile Sendepause im Prognosen-Äther geherrscht hatte, sind jetzt wieder optimistischere Signale zu empfangen. Bei „störungsfreier Ausbreitung", so das Beratungsunternehmen Diebold, das der Post schon seit Beginn der Btx-Versuche zur Seite stand, seien die 150 000 Anschlüsse bis Ende 1985 zu erreichen, und bis 1990 könnten es *2,8 Millionen werden.*

Bis dahin soll dann auch das Übergewicht der Halb- und Vollprofis im Netz – 1986 noch bei 60 Prozent – auf 45 Prozent abgebaut sein. Am Fluß der Btx-Informationen dürfte der professionelle Datenverkehr aber auch dann noch den größeren Anteil haben. Denn die Zahl der „externen" (privaten) Rechner, die an die Computer der Btx-Zentralen angeschlossen sind (überwiegend für geschlossene Benutzergruppen), soll von derzeit etwa 100 bis 1990 auf mehr als 2000 steigen.

Ob die zuversichtlichen Prognosen auch eintreffen werden, hängt jetzt vor allem von zwei Dingen ab: dem Funktionieren des Systems und der Qualität des Informationsangebots. Denn: „Der aktuelle Frust wird rasch wieder abzubauen sein. Aber der Verbraucher muß auch das Gefühl haben, daß er für sein Geld einen Gegenwert bekommt", meint Interfunk-Chef Seringer.

DETA AKKUMULATOREN / Preise unter Druck

Nur gedämpft optimistisch

dos, Bad Lauterberg

Die Deta Akkumulatorenwerk GmbH, Bad Lauterberg, erzielte im Geschäftsjahr 1984 trotz der Probleme mit Starterbatterien auf dem inländischen Markt „insgesamt zufriedenstellende Ergebnisse". Albrecht Leuschner, Vorsitzender der Deta-Geschäftsführung, hält sich mit Zahlenangaben zwar noch zurück. Als sicher gelte aber, daß der Vorjahresumsatz von knapp 150 Mill. DM übertroffen wurde und ein deutlich positives Ergebnis erzielt wird.

Vor allem die günstige Entwicklung im Industriegeschäft – in diesem *Bereich sei die Position* weiter gefestigt worden – habe dazu beigetragen. Differenziert beurteilt Leuschner dagegen das Starterbatteriegeschäft, auf das etwa die Hälfte des Umsatzes entfällt. Während der Export „sehr erfolgreich" war, verlief das Inlandsgeschäft völlig unbefriedigend.

In der Erstausrüstung, so Leuschner, habe der Streik *in der Automobilindustrie* Ausfälle gebracht, die nicht wieder aufgeholt werden konnten. Zudem ergab sich auch ein Rückgang bei der Erstausrüstung im Nutzfahrzeugbereich (Landmaschinen). Das Ersatzgeschäft sei mengenmäßig zwar besser verlaufen als 1983; das unzureichende Preisniveau habe indes dazu geführt, daß lediglich der Vorjahresumsatz wieder erreicht wird. Leuschner verweist auf den Wettbewerbsdruck im Inland, der zu Preiseinbußen zwischen 5 und 7 Prozent führte.

Die Aussichten für 1985 beurteilt Leuschner nur „gedämpft optimistisch". Die ungewisse Entwicklung der Automobilindustrie lasse eine Besserung des Geschäfts mit Starterbatterien im Inland nicht erwarten, so daß schon bald mit Kurzarbeit gerechnet werden muß. Hinzu komme der anhaltende Druck infolge der weltweiten Überkapazitäten.

RENTENMARKT / Angst vor Erhöhung der Leitzinsen

Ausländer lösten Positionen

Der Rentenmarkt, an dem sich das Geschäft zunächst auf einer recht stabilen Kursbasis abgespielt hatte, geriet zum Schluß unter den Einfluß der Leitzinsdiskussion, die vor allem Ausländer zu Positionslösungen animierte. Die Folge war ein Wiederanstieg *der Zinsen,* der *sich* bei *den* umlaufenden Papieren auf Bundestitel und DM-Auslandsanleihen beschränkte. Etwas stärker, nämlich um gut 0,10 Prozentpunkte, zogen die Renditen im Emissionsgeschäft an, worauf sich aber die Emittenten noch nicht recht eingestellt haben, so daß sie bei der Kapitalaufnahme nur selten zum Zuge kamen. Man erwartet in dieser Woche wegen der Diskussion über eine Leitzinserhöhung einen weiteren Renditeanstieg. (cd.)

Emissionen	11.1. 85	4.1. 85	28.12. 84	30.12. 83	30.12. 82
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,65	6,63	6,58	7,88	7,45
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,74	6,74	6,72	7,72	7,04
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,56	6,58	6,56	7,83	7,61
Schuldverschreibungen der Industrie	6,82	6,89	6,94	8,29	8,24
Schuldverschreibungen öffentl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,64	6,64	6,65	7,90	7,65
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,33	6,34	6,34	7,64	7,43
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,15	7,15	7,14	8,30	7,94
Inländische Emittenten insgesamt	6,63	6,64	6,64	7,80	7,63
DM-Auslandsanleihen	7,19	7,18	7,20	8,08	8,45

Der treueste Freund unserer Familie ist von uns gegangen

Heinz Köster

* 13. 8. 1908 † 10. 1. 1985

In stiller Trauer

Liselotte Möhring geb. Steinberg
Berlin 33
Pierre Musard
und
Evelyn Musard geb. Möhring
Paris
sowie vier Enkel
und zwei Urenkel

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreise statt.

Heinz Köster

* 13. 8. 1908 † 10. 1. 1985

Es gilt Abschied zu nehmen von Heinz Köster, dem ehemaligen Chefredakteur der BERLINER MORGENPOST. Dreizehn Jahre lang hat er erfolgreich und souverän die Arbeit seiner Redaktion geleitet, bis er 1972 in den Ruhestand trat.

Unser Haus hat dem engagierten Zeitungsmann viel zu verdanken. Der im Urteil unbestechliche und faire Journalist war uns immer ein Vorbild.

Wir werden Heinz Köster in guter Erinnerung behalten.

AXEL SPRINGER VERLAG
ULLSTEIN-VERLAG
Vorstand, Geschäftsführung, Verlagsleitung

Wir trauern um unseren alten

Chefredakteur

Heinz Köster

Mehr als zwanzig Jahre lang hat er, zunächst als Chef vom Dienst, dann als stellvertretender Chefredakteur und von 1960 bis 1972 als Chefredakteur die Geschicke der BERLINER MORGENPOST geleitet.

Unter seiner Führung entwickelte sich eine der traditionsreichsten Tageszeitungen Berlins zur größten Abonnementzeitung der Stadt. Die Geradlinigkeit seines Charakters, sein überragendes Wissen, sein sicheres politisches Urteil, die Liebe zu seiner Vaterstadt Berlin und seine Fürsorge für das Redaktionskollegium sind unvergeßlich. Wir werden uns seiner stets in tiefer Dankbarkeit erinnern.

Redaktion
BERLINER MORGENPOST

Am 10. Januar 1985 verstarb unser Aufsichtsratsmitglied

Dr. Heinrich Arndt

geb. 3. August 1909

Der Verstorbene trat 1924 als kaufmännischer Lehrling in unser Unternehmen ein und war von 1945 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1973 zunächst als Alleinvorstand und später als Vorsitzender des Vorstandes tätig. 1973 wurde Dr. Heinrich Arndt in den Aufsichtsrat gewählt und stand uns seit dieser Zeit mit seinen umfassenden Kenntnissen und reichen Erfahrungen als wertvoller Ratgeber zur Seite.

Herr Dr. Heinrich Arndt hat mit seiner starken Persönlichkeit in mehr als 60jähriger Tätigkeit die erfolgreiche Entwicklung und den Geist unseres Unternehmens in einzigartiger Weise geprägt. Stets war die Tradition und das Wohl der Firma Samson das oberste Ziel seines Handelns, auf das er uns alle verpflichtet hat.
In Dankbarkeit werden wir über den Tod hinaus sein Andenken in Ehre halten.

Aufsichtsrat, Vorstand, Betriebsrat und Belegschaft
der
SAMSON AKTIENGESELLSCHAFT
Frankfurt am Main

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 17. Januar 1985, um 11.30 Uhr in der evangelischen Kirche in Frankfurt-Bergen statt.

Erich Thiele

Oberstudienrat i. R.

* 22. 6. 1894 † 8. 1. 1985

Um ihn trauern

Wolfgang und Karin Thiele
mit Florian und Sebastian
Heino und Ursula Thiele
mit Maren, Frank und Hilke
Erdmann und Erika Thiele
mit Mark
Fridburg Thiele
Margarete Thiele

2000 Hamburg 73
Babenstieg 10 e

Die Beerdigung findet statt am Freitag, dem 18. Januar 1985, um 11 Uhr auf dem Friedhof Hamburg-Bergstedt.



Bilder im bildlosen Medium – Zwischenbilanz des Funkkollegs „Kunst“ vom Saarländischen Rundfunk

Mit Multiple-Choice den Meistern auf der Spur

Die Kunst ist lang, das Leben kurz.“ Dieser Satz war auch den Programmgestaltern des derzeit laufenden Funkkollegs bewußt, als sie sich daran machten, dem interessierten Laien die Geschichte der Kunst in 30 einstündigen Radiosendungen (Federführung: Saarländischer Rundfunk) nahezubringen.

Mit 42 000 Teilnehmern ist das Funkkolleg „Kunst“ das am zweitbesten belegte der Funkkollegs, die vom Deutschen Institut für Fernstudien (DIFF) an der Universität Tübingen veranstaltet werden. Leider werden *sie nicht von allen Rundfunkanstalten* ausgestrahlt – SFB, NDR und der Bayerische Rundfunk beteiligen sich nicht, obwohl man gerade dem letzteren Sender soviel Kulturfeindlichkeit nicht zugetraut hätte.

Knapp die Hälfte der Sendungen ist gelaufen, und das ist ein guter Moment für eine Zwischenbilanz. Da *die Kunst weder allein noch in* ihrer wissenschaftlichen Bearbeitung ganz darstellbar ist, mußten sich die Autoren des Programmes beschränken. Das Team unter der Leitung von Werner Busch (Ruhr-Universität Bochum) entschloß sich dazu, nicht Stilgeschichte, nicht Motivkunde (Ikonographie) zu treiben, sondern eine alte Forderung von Jakob Burckhardt einzulösen, nämlich die Geschichte der Kunst nach ihren Aufgaben zu betrachten. Heutzutage sagt man nicht mehr „Aufgaben“, sondern „*Funktionen*“, *und so ist der Leitgedanke* des Funkkollegs der Funktionsbegriff.

Folgerichtig ist das Programm des Funkkollegs, für das insgesamt 29 zum großen Teil überaus namhafte Autoren tätig sind, nach den Funktionsbereichen gegliedert, die die Kunst im Laufe ihrer Geschichte auszufüllen hatte:

1. Die religiöse Funktion (Kathedralkunst, Bilderkult und Bildersturm, Monumentalmalerei im Kircheninnenraum, Altarbild);

2. die ästhetische Funktion (Kunstsammlungen und Museen, Autonome Kunst, Objektkunst, Ästhetisierung des Lebens und des Alltags, Volkskunst);

3. die politische Funktion von Kunst (Platzanlagen, Rathausbauten, Schlösser, Bilder zur Herrschaftsbestätigung und *Herrschaftskritik*, Denkmäler, Architektur und Nationalbewußtsein) und

4. die abbildende Funktion von Kunst (*Verhältnis zwischen* Kunst, Natur und Wissenschaft, Holländische Kunst des 17. und Englische Kunst des 18. Jahrhunderts, Montage der Wirklichkeit in der Kunst).

Dieser programmatische Ansatz, der eine Geschichte der grundlegenden Funktionen von Kunst an etwa 160 zentralen Beispielen geben will, *ist weniger dogmatisch*, als es bei oberflächlicher Betrachtung den Anschein hat. Denn ebensowenig „wie es heute noch einen allgemeinverbindlichen Begriff von Kunst gibt, so wenig kann man nun in diesem Funkkolleg den einzelnen Gegenstand in ein geschlossenes (so auch gar nicht vorhandenes) Funktionen-System einordnen, gleichsam katalogisieren. Um bei der Suche nach seinen ursprünglichen und heutigen Funktionen zu einer sachgerechten Annäherung an das Kunstwerk zu kommen, muß der einzelne Gegenstand ... zunächst aus seinem Entstehungsprozeß heraus, aus seinen materialen, gesellschaftlichen und zeithistorischen Bedingungen im weitesten Sinne erklärt werden.“

Mit dieser Absichtserklärung, die auch bisher streng verwirklicht wurde, ist eine lobenswerte Offenheit des Funkkollegs gegeben. Die einzelnen Stunden sind nach jeweils demselben Dreierschema aufgebaut: Zuerst wird die Problemstellung erläutert, dann folgt eine intensive Analyse, und zum Schluß wird alles auf eine höhere Ebene zum weiteren Ausblick gehoben.

Wie kann man nun im Radio über Kunstwerke sprechen? Ganz einfach – indem man Begleitmaterialien an die eingeschriebenen Kollegiaten sendet. Für etwa 100 Mark erhalten diese dann einen Abbildungsband von ansprechender Qualität (wenn auch etwas barockem Lay-out, für das das DIFF verantwortlich ist) und nach und nach sogenannte Studienbegleitbriefe, in denen weiteres Abbildungsmaterial zu den Sendungen zu finden ist, sowie Texte zur Vor- und Nachbereitung der Kollegstunde. Ohne diese Materialien kann man nur wenig Nutzen aus dem Funkkolleg ziehen.

Für die Sendungen der Kollegstunde gibt es vier Sprecher. Daß keine Sprecherin dabei ist, war nicht beabsichtigt – es stand nur zur fraglichen Zeit beim Saarländischen Rundfunk keine qualifizierte Sprecherin zur Verfügung. Ähnlich ist es um die einzige Autorin der Studieneinheiten bestellt. Sie ist, obwohl das so aussehen mag, keine Alibi-Frau, sondern die einzige Kunsthistorikerin, die Zeit genug hatte, beim Funkkolleg mitzumachen.

Es ist auch nicht gerade wenig, was die Autoren für ein mittelprächtiges Honorar von etwa 5000 Mark leisten müssen. *Da ist* eine Kollegstunde im Umfang von 20 Normseiten, dazu ein „Nachtext“ zur Vertiefung des Stoffes, der noch mal 30 Seiten umfaßt, und, zusätzlich, allerlei didaktischer Krimskrams (zum Beispiel Multiple-Choice-Aufgaben), der überaus zeitraubend ist. So beklagte sich ein Marburger Professor darüber, daß, *hätte er gewußt, wieviel Mühe* die didaktische „Petersilie“ macht, er lieber verzichtet hätte. Ein Münchener Ordinarius war sogar so entnervt, daß er einen durchgängigen 120-Seiten-Text schickte und das Team vom DIFF daraus das Nötige machen ließ.

Für andere Kritikpunkte gibt es aber kaum Entschuldigungen. Es ist deutschen Geisteswissenschaftlern offensichtlich kaum möglich, sich für Laien verständlich auszudrücken. So leiden einige Kollegstunden und auch Begleitmaterialien einfach daran, daß sie *sprachlich und gedanklich* ein zu hohes Niveau fordern. In einigen Kollegstunden (zum Beispiel der Kollegstunde 4 von Willibald Sauerländer über die Kathedralfassade) ist das nicht so, aber manchmal fragt man sich bei der einen oder anderen Passage, wer das überhaupt noch verstehen soll. Vielleicht kann in Zukunft noch mehr darauf geachtet werden, daß man volksnäher wird.

Die Hoffnung vieler Kollegiaten, durch Teilnahme am Funkkolleg Kunst endlich nicht mehr so ratlos vor Produktionen der zeitgenössischen Avantgarde zu stehen, wird sich auch wohl nur teilweise erfüllen, denn die Moderne kommt ziemlich knapp weg. Zu knapp.

Einige der Autoren lassen aber auch ungebremst ihren ideologischen Schaum ab. So – und das ist ein Blick auf das, was noch kommen wird – begeistert sich Franz Verspohl (Osnabrück) derart an der Republik Florenz, daß man glaubt, er schwärme über die Oktoberrevolution. Ande*rerseits verbat sich Tilmann* Buddensieg, zum Entsetzen des Saarländischen Rundfunks, daß in seiner Kollegstunde, in der er lang und breit über Krupp in Essen spricht, auch erwähnt wird, daß Krupp Rüstungsgüter hergestellt hat.

Aber das sind nur kleine Schönheitsflecke, die, wie die schwarzen *Klebepünktchen im Gesicht* von Rokoko-Damen, nur darauf aufmerksam machen, wie wohlgestaltet der Rest ist.

HANS MURMANN





ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Tennis-Masters-Turnier
Endspiel im Herren-Einzel
11.05 Na, sowas!
11.55 Tagebuch
12.10 Schauplätze der Literatur
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.15 Tagesschau
15.25 Montagsgeschichten
Wiederholung von zwölf Kurzgeschichten
Die Viererbande / Wahrheit und Dichtung
16.25 John Law und die zerplatzte Seifenblase
Kanadischer Zeichentrickfilm
16.55 Anna, Ciro & Co. (5)
17.05 ARD-Sport extra – aus Pfronten
Ski-Weltcup
Slalom der Damen
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Jenseits der Morgenröte
2. Teil: Spur der Leiden
21.15 Krieg der Bomber
Eine zeitgeschichtliche Dokumentation
2. Teil: Wer Wind sät ...
22.00 Gespenstergeschichten
Die Brücke nach Fenders
Mit Peer Augustinksi, Paul Albert Krumm, Irm Hermann u. a.
Da heftige Unwetter eine Brücke zerstört haben, kehrt Marvin Phelps in ein alleinstehendes Haus ein, das ihm alsbald ein Rätsel aufgibt: Die Bewohner sind nach eigenen Angaben schon vor 20 Jahren gestorben ... Beginn einer sechsteiligen Reihe, in der gruselige Erzählungen bekannter Schriftsteller auf den Bildschirm gebracht werden.
22.30 Tagesthemen
23.00 Das Nacht-Studio
Der andere Blick
Ungarischer Spielfilm (1982)
Nach langem Suchen gelingt es der ungarischen Journalistin Eva, endlich wieder eine Anstellung zu finden. Doch da sie dort auch über *unbequeme Wahrheiten* berichten will, erregt sie schnell Aufsehen ...
0.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Einführung in das Mietrecht
2. Folge: Der Umzug
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Boomer, der Streuner
Molly, die Ausreißerin
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Fallensteller
Nachdem Colt in seinem Übereifer den V-Mann einer Untersuchungskommission verhaftet hat, soll er selbst dessen Rolle übernehmen, um ein Verbrechen *aufzuklären*.
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.56 Programm-Service
19.00 heute
19.30 Reportage am Montag
Arabiens letztes Paradies
Gerd Helbig porträtiert für die heutige Sendung Jemen, ein bereits 1914 geteiltes Land in Arabien, in dem die Armut des Staates in krassem Gegensatz zum privaten Reichtum steht.
20.15 Frau in Gefahr
Amerikanischer Spielfilm (1980)
Mit Lynda Carter, Ronny Cox, Louanne u. a.
Regie: Alan J. Levi
21.45 heute-journal
22.05 Wassily Kandinsky
Film von Georgia von der Rohe
22.55 Signorina Mafalda
Fernsehfilm von Herbert Brödl und Cornelia Bretthauer
Valerio, ein ehemaliger Fernfahrer und Gastwirt, lernt in Venedig einen Mann kennen, der ihm als Gegenleistung für *fünf* LKW-Fahrten die Räumlichkeiten für eine Trattoria überlassen will. Valerio willigt ein, und schon auf dem ersten *Transport lernt er eine Anhalterin* kennen, die seine Freundin wird ...
0.35 heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Gesucht – Gefunden
Diesmal im Programm der beliebten „Such-Sendung“: Stricken und Skorpione
Moderation: Sonja Kurowsky und Rainer Nahn
21.45 Landesspiegel
Kuik Teo – ist Plattdeutsch noch zu retten?
22.15 Thema des Monats
Schützt uns ein Schutzraum?
Diskussion über ein geplantes neues Zivilschutzgesetz

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
Trockene Haut
19.15 Tauchen (2)
19.45 Sonnenclub
Heizen auf neue Art
20.00 Tagesschau
20.15 Das Revier der Großen Tümmler
21.00 Das Montagsthema
Der stumme Schrei – Thema Abtreibung
22.00 Das *schwarze Zimmer*
Amerikanischer Spielfilm (1935)
(Mit deutschen Untertiteln)
23.05 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Catweazle (1)
18.55 Wombles (1)
19.05 Drei – D Spezial
20.00 Das Vichy-Regime und sein Ende in Sigmaringen
20.45 Die Sprechstunde
Trockene Haut
21.30 Drei aktuell
21.45 Direktion City
Die Banklady
22.30 Das Modern Jazz Quartet

SÜDWEST

Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Bonanza
20.20 Atemwege
Über eine heilende Erfahrung für Körper und Seele
21.05 Klimbim
21.50 Gottes Manager am Ende Europas
Ein irischer Landpfarrer und seine irdischen Unternehmungen
22.35 Rückblende
Elvis Presley
22.50 Jazz
Attila Zoller Trio
23.25 Nachrichten

BAYERN

18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
Schneegedanken
22.05 Künstliche Intelligenz
Hoffnung und Alptraum
Bericht von Reinhold Gruber
22.50 Schauplatz New York
Mit schmutzigen Händen
Kriminalfilm
23.35 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold
Amerikanische Hitparade
14.00 Die Waltons
Das Feuer
15.00 Das alte Dampfroß
Raubüberfall
15.30 Musicbox
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stargästen, Gags und Überraschungen
16.30 Prairie
Alpenüberquerung
Zeichentrick
17.00 Raumschiff Enterprise
Der Fall Charlie
18.00 Westlich von Santa Fe
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick
Aktuelles vom Tage
anschl. Quiz
18.45 Hardcastle und McCormick
Wer selbst im Glashaus sitzt
20.30 WM – Das Wirtschaftsmagazin
Moderation: Jeanette Enders und Friedhelm Busch
21.00 Galerie Buecher
Eine Fernsehfortsetzungsgeschichte
Die 2. Folge der Dokumentation zur Entstehung der „Galerie Buecher“ wird die Zuschauer mit den literarischen Paten und den Autoren der „*unendlichen*“ Serie bekannt machen. Fritz Eckhardt, Sandra Paretti und Johannes Mario Simmel bringen ihre Schreiberfahrung in das Unternehmen „Galerie Buecher“ ein. Die Zuschauer haben außerdem die Gelegenheit, den Drehbuchautoren der „Galerie Buecher“ über die Schulter zu schauen.
21.30 APF Blick
– Aktuell
– Rundblick
– Sport und Wetter
22.15 Und der Regen verwischt jede Spur
Deutsch-französischer Spielfilm (1972)
Mit Alain Noury, Anita Lochner, Wolfgang Reichmann u. a.
Regie: Alfred Vohrer
Der Student Alain will in Lübeck Material sammeln für seine Diplomarbeit über Thomas Mann. Hier lernt er Christine kennen. Doch ihre glückliche Romanze endet tragisch, denn Christines Vater läßt nichts unversucht, die Beziehung zu zerstören. Aber auch Christines neue Liebe zu Martin ist überschattet ...
anschl.
APF blick
letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Löwenzahn
Für Kinder von vier bis acht Jahren
5. Wo geht es hier zum Käferzoo? Peter und die Kinder aus der *Nachbarschaft* sind empört, als sie feststellen, daß Herr Lehmann für eine Sammlung Schmetterlinge tötet und aufspießt. Sie beschließen, einen Käferzoo mit lebendigen „Bewohnern“ zu eröffnen.
anschl. Kompass
Ein Lexikon mit Bildern und Berichten
– Kräfte (1)
19.00 heute
19.30 Sportreport
Mit „Sport am Montag“ *aus* Österreich
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 cinema international
Der gewisse Kniff
(The Knack ... And How To Get It)
Englischer Spielfilm (1965)
Mit Rita Tushingham, Ray Brooks, Michael Crawford, Donal Donelly u. a.
Regie: Richard Lester
23.10 Kennwort: Kino
Anläßlich des deutschen Kinostarts von „Paris, Texas“ führte Hans Peter Kochenrath ein Interview mit Wim Wenders.
23.20 3SAT-Nachrichten

KRITIK

„Lebenslüge“ Kabelfernsehen

Es will schon was heißen: Der Län*derspiegel* (ZDF) *wurde nicht* zum Zerrspiegel, Ludwigshafen und seine Fernseh-Kabelzentrale erhielten die ihnen zustehende Fairneß. Wie sieht nun eigentlich der „Durchbruch zur Konkurrenz und zu mehr Qualität“ – so Ministerpräsident Vogel – tatsächlich aus an der Schwelle zum eigentlichen privatrechtlichen Fernsehen? Der Zuschauer erfuhr es nicht, und ein Blick in den „offenen Kanal“, der auch bei Befürwortern des privatrechtlichen Fernsehens nicht unumstritten ist, erhöhte nur seine ungestillte Neugier.

Immerhin sollte ein Interview mit Claus Detjen, dem Chef der Kabelgesellschaft, ein wenig Aufschluß über die neuen Medien geben – dazu ein abgefragter Prominentenkreis, der mangels Temperament die Bezeichnung Diskussionsrunde kaum verdiente. Viel Wehklagen war dabei, wie gehabt, und SPD-Landesvorsitzender Hugo Brandt brandmarkte die „Lebenslüge“ des Kabelfernsehens – nämlich die ursprüngliche Vorspiegelung, es handele sich bei dem Ludwigshafener Projekt um einen „Versuch“. In Wirklichkeit sei es ein „nicht rücknehmbarer“ Anfang gewesen. Da hat er gewiß recht.

Aber sicher ist, daß die Bürger diese „Lüge“ eher verzeihen werden als die Chuzpe, mit der ihnen SPD-Politiker die Vielfalt des Fernsehens jahrelang vorenthielten. ZDF-Intendant Stolte sah, schlecht gelaunt, keinen Grund, sich „dem Privatfernsehen anzupassen“. Auch eine Lebenslüge, wenn wir schon dabei sind: In Wirklichkeit weiß keiner besser als er, wie fair sich das öffentlich-rechtliche Fernsehen schon jetzt präventiv auf die Konkurrenz eingestellt hat – mit den reichen Mitteln des Etablierten, von Gebührengeldern Gefütterten.

MARIUS PERMANN

Medienschelte ohne Strichliste

Kein Journalist läßt sich gern (und quasi aus der Luft gegriffen) sagen, er verbreite „banale Nachrichten“. Hamburgs Kultursenatorin Helga Schuchardt hatte das mit Blick auf die Nachrichtensendung „APF blick“ von SAT 1 in einer Rede vor dem renommierten Überseeklub getan. Die parteilose Politikerin (früher FDP) hatte bei ihrer zunächst generellen Medienschelte nicht mit Armin Halle, dem APF-Chefredakteur, gerechnet. Der bat sie nämlich sofort für den nächsten Abend ins Hamburger „blick“-Studio. Als Halle dann konkret nachhakte, mußte die Senatorin jedoch passen. Sie habe keine Strichliste geführt, aber sie mußte auch zugeben, daß sie erst einmal, und zwar am 1. Januar, „blick“ gesehen hätte. Der Fall Lambsdorff z. B. sei ihr zu einseitig dargestellt worden. Halle entgegnete dazu selbstkritisch: „Wir lassen uns zu wenig Zeit.“

Auch für Helga Schuchardt hatte er leider zu wenig Zeit. Die drei Minuten in „blick“ waren nicht tief und stichig; sie waren nur Sticheleien. „Gut, Sie lernen ja auch noch“, sagte die Kultursenatorin, und Halle nahm den versöhnlichen Schluß auf: „Vielleicht kommen Sie mal wieder. Da können wir uns erneut unterhalten.“

KARLHEINZ MOSE

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden †
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheiko (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giesler, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geiler, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6

Pankraz, die Subkultur und die Computerkids

Matthias Horx, Unterhäuptling der Frankfurter Anarcho-Szene und nicht unbegabter Schriftsteller, hat ein Büchlein über die sogenannte „Chip-Generation" auf den Markt geworfen, über all jene acht- bis achtzehnjährigen „Computerkids" *also, die Tag für Tag* selbstvergessen vor ihrem Heimcomputer hocken, eigene Software ausarbeiten, Videospiele spielen, die Programme anderer Videospiele „knacken", auf dem schwarzen Markt mit solcherart geknackten Programmen Handel treiben, vereinzelt sogar als „Hacker" in fremde Systeme eindringen, um sich beispielsweise an den Gehaltslisten von Siemens zu weiden oder die Briefträger-Dienstpläne der Bundespost zu studieren.

Das Buch ist eine putzige Mischung aus Wehleidigkeit und harscher Selbstkritik. Mit dem Neid des Dreißigjährigen, der seine eigene Jugend soeben hinter sich gebracht hat, beschreibt es die Binnenwelten der „Kids", die bereits eine eigene, sich gegen die Erwachsenen abkapselnde Computersubkultur ausgebildet haben, zetert über ihren angeblichen Elitarismus und ihr mangelndes Sozialgefühl. Andererseits ist Horx noch zu jung und selber viel zu sehr den Computern und Videospielen verfallen, als daß er nicht immer wieder von der Subkultur der Kids fasziniert wäre. Aus diesem Stand der Faszination heraus schleudert er schwere Vorwürfe gegen die eigenen Gesinnungskumpane von der alternativen Szene, deren Technikfeindschaft und steinzeithafte Häkel- und Töpfermentalität eine ganze Generation von Heranwachsenden den „Herrschenden" in die Arme trieben.

In der Tat ist sich das Gros der Alternativen mit einem großen Teil des traditionellen Bildungsbürgertums einig in der Ablehnung der neuen Computerkultur, die angeblich geisttötend, indiskret, kommunikationsfeindlich und sogar undemokratisch sei. Während bürgerliche Eltern häufig beklagen, daß der Filius durch den Computer der Familie entfremdet werde, regen sich Alternative darüber auf, daß die Computerkids sich von der Wohngemeinschaft absentierten, kein Interesse mehr am „Friedenskampf" zeigten und sich lieber auf dem Programm-Schwarzmarkt herumtrieben, statt Anti-Atom-Ketten zu bilden. „*Die Computer versauen* uns den ganzen Nachwuchs", polterte kürzlich ein bekannter Öko-Freak.

Pankraz hält die Vorwürfe für zutreffend, aber unberechtigt. Heranwachsende müssen sich psychologisch von der Erwachsenenwelt absetzen, das ist ein biologisches Gesetz, das für Bürger- und Arbeiterkinder genauso gilt wie für solche aus „grünen" Verhältnissen. Das von Grünen oder von „fortschrittlichen" Eltern gern geübte allzu intensive und servile Sich-Einlassen auf die Mentalität der Jungen macht diese keineswegs glücklich. Sie wollen ja gar nicht problemlos kommunizieren, wollen im Gegenteil etwas ganz und gar Eigenes haben. Da kommt die Computerwelt gerade recht.

Diese Computerwelt, so hört der Junge, wird von den Erwachsenen abgelehnt und sogar gefürchtet. Nun, herrlich, das ist genau das Richtige! Der Einstieg in die Computer verschafft einem nicht nur Distanz, sondern auch das Gefühl der Überlegenheit, wenn etwa Erwachsene in sprachlosem Staunen beobachten, wie souverän der Junge mit *dem Medium umgeht*, und angesichts vergleichsweise simpler Operationen die Nasenlöcher vor Bewunderung aufsperren. In gewissen Milieus ist der Computer jedenfalls die einzige noch verbliebene Möglichkeit für die Jungen, der Zudringlichkeit und Anbiederei der Erwachsenen zu entgehen.

Außerdem ist er ein ideales Mittel der Kompensation. Zwar trifft die Behauptung von Horx nach Pankraz' eigenen Beobachtungen nicht zu, daß Computerkids überwiegend körperlich benachteiligte Außenseiter der jugendlichen Gemeinschaft seien, schwächliche Brillenträger mit einer Fünf im Turnen und wenig Geschick bei Mädchen. Aber zweifellos eröffnet der Computer ein völlig neues Feld für jugendliches Kräftemessen, auf dem die bisher kaum geschätzten geistigen, mathematisch-logischen Eigenschaften einen unwahrscheinlich hohen Stellenwert erhalten. Die „stillen Wasser" haben jetzt bessere Chancen als früher.

Horx versucht etwas krampfhaft, die Gefühlserlebnisse der Computerkids so eng wie möglich an die ihm vertrauten Welten anzubinden. Den Einstieg in die Software vergleicht er mit einem „Trip", auf den die Jungen „abfahren". Das Knacken eines Programms ist für ihn „geil" oder sogar „supergeil". Doch solche Szenensprache kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Abenteuer der Computerwelt sich fundamental und höchst positiv von denen der Alternativwelt unterscheiden.

Während die Sprache der Alternativen von ideologischen Befangenheiten, von Politklischees und eingeschliffenen Rankünen nur so strotzt, ist die Sprache der Computer kühl, sachlich, ganz und gar unideologisch. Während die Aktionen der Alternativen stets nur mit enormem Gefühlsaufwand und Engagement in Gang gesetzt werden können, erfordern der Aufbau der Software oder das Knacken eines Programms einen kühlen Kopf, strengste Logik, Phantasie und große Geduld. Hier werden Tugenden gefordert, die „draußen" in der bürgerlichen oder alternativen Welt oftmals schon verlernt sind oder gar verketzert werden. Die Befürchtungen des Matthias Horx sind berechtigt: Die Welt der Computerkids ist eine echte Gegenwelt gegen die geistigen Regressionen der alternativen Szene.

Wie die Kids sich später in die Erwachsenenwelt hineinfinden, ist eine zweite Frage. An Informatikernachwuchs wird es wohl keinen Mangel geben. Und man darf darauf hoffen, daß der Anteil der Hetzer und Spinner, der Verführbaren und der Verführer deutlich geringer sein wird als bei den heutigen Jahrgängen.

Pankraz







Kalligraphische Initialen: Der Buchstabe A mit singenden Mönchen und Heiligen von Nerio, Bologna um 1320, ein E mit der Beschneidung Christi, ebenfalls von Nerio, sowie ein S mit der Bekehrung des heiligen Paulus, Florenz um 1375, alle aus der Münchner Ausstellung FOTOS: KATALOG

Gesammelt, was Mönche heimlich versilberten

Selbst die großen, gutausgestatteten Museen verfügen noch über Bestände, die bislang nicht wissenschaftlich bearbeitet wurden und darum weitgehend unbekannt blieben. Dazu gehören auch die bedeutenden ausgeschnittenen Miniaturen, die die Staatliche Graphische Sammlung in München jetzt zum erstenmal in der Ausstellung „Die italienischen Miniaturen des 13. bis 16. Jahrhunderts" zeigt. Dank der Unterstützung durch die Stiftung Volkswagenwerk konnten alle Blätter in zweieinhalbjähriger Arbeit untersucht und katalogisiert werden. Trotzdem bleiben noch viele Fragen offen.

Warum eine Miniatur ausgeschnitten und zum ästhetisch eigenständigen Bild umfunktioniert wurde, läßt sich kaum noch feststellen. Die Säkularisation und damit die Auflösung großer Kloster- und Kirchenbibliotheken mag dabei eine Rolle gespielt haben. Aber auch, daß die voluminösen Chorbücher zum einen schwer, und damit schwer zu transportieren waren, zum anderen für komplette Handschriften eine Einfuhrsteuer bezahlt werden mußte, wohingegen Einzelblätter steuerfrei waren. Also trennte man die Miniaturen heraus. Bereits 1825 versteigerte Christie's in London die Miniaturen der Sammlung des Abate Celotti. Mitunter erlagen natürlich auch Mönche oder Bibliotheksbenutzer der Versuchung, die Miniaturen herauszuschneiden und zu versilbern. Begünstigt wurde diese Unart noch durch die liturgischen Reformen des 15. Jahrhunderts, in denen komplette Chorbuchserien durch neue ersetzt wurden.

Von den 223 ausgestellten Stücken stammen 190 aus liturgischen Handschriften, 19 aus juristischen Texten und einer aus einem philosophischen. Allerdings konnte nur selten die genaue Textstelle ausfindig gemacht werden, zu der die Miniatur einst gehörte. Unter diesen schönen Buchmalereien befinden sich auch Fragmente, die man bislang für toskanisch gehalten hatte, die sich aber nun als spanische Miniaturen entpuppten.

Das sind vor allem Initialen eines Antiphonars aus dem ersten Viertel des 16. Jahrhunderts. Auch hier bestechen die wunderschönen kalligraphischen Initialen, die tiefblau oder warm-rot aufleuchten. Zu den herausragenden italienischen Stükken zählen vier bisher unbekannte Miniaturen von Nerio, einem der ganz großen Buchmaler aus dem Bologna des 14. Jahrhunderts.

Seine Figuren streben nach oben, sind gedrungen und kurz im Körper, haben kurze Arme und gabelartige Hände und kleine nach oben gestreckte Köpfe. Typisch sind auch die Gesichter, breite Hälse mit keilförmigen Antlitzen. Fasziniert und wehmütig betrachtet man die Überreste einer großen vergangenen Buchkultur, die mit ihrer Bildhaftigkeit das Lesen der heiligen Bücher wertvoller machen wollten (bis 17. Februar, Katalog 30 Mark.)

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Die 15. Bitburger Gespräche oder: Der Aufstand der Galeerensklaven gegen die Dampfschiffahrt

Prognosen für Familie Düstermann

Ich hoffe nur", sagte Frau Professor Elisabeth Noelle-Neumann, „daß Sie nicht, sobald ich draußen bin, wieder daran glauben, daß der technische Wandel zum Wertewandel in der Arbeitsgesellschaft führt."

In der Tat, etliche der zu den von dem früheren Mainzer Justizminister Otto Theisen eröffneten und geleiteten 15. „Bitburger Gesprächen" versammelten Gelehrten hatten diese populäre Ansicht vertreten. Die Allensbacher Meinungsforscherin freilich bewies einen ganz anderen Zusammenhang. Sie hat seit Jahren das Phänomen untersucht, das neuerdings sogar dem Ausland auffällt: „Herr und Frau Düstermann" nannte es soeben die „Financial Times".

Ein Beispiel von vielen: Zwischen 1967 und 1972 ist die Zahl derjenigen, die sich dazu bekennen, ihre Kinder zur Pflichterfüllung zu erziehen, von 76 auf 67 Prozent zurückgegangen. Dazu hat sich die Deutung des Zürcher Sozialphilosophen Lübbe durchgesetzt, daß dieser „Wertewandel" die notwendige Reaktion auf den technischen Wandel sei. Dagegen stellte Frau Noelle-Neumann die Ergebnisse einer Umfrage in mehreren Ländern mit technologischem Aufschwung, die bewiesen, daß es eine „deutsche *Sondersituation*" gebe.

Die Frage, ob man sich am Arbeitsplatz einsetze, bejahten in USA 68, Schweden 56, Großbritannien 66, Israel 79 Prozent, in Deutschland aber eine Minderheit von 42 Prozent. Die Frage, ob man nur tue, was verlangt werde, bejahten in Deutschland weit mehr Menschen (42 Prozent) als in den anderen Ländern (USA 24, Schweden 36, Großbritannien 30, Israel 18). Überall wurde ein Anwachsen des Freiheitsgefühls am Arbeitsplatz bekundet, nur in Deutschland nicht. Mit der Folge, daß in Deutschland der Umgangston rüder (öffentliches Abkanzeln durch den Vorgesetzten usw.) und die Unlust des Unlustigen verstärkt wird dadurch, daß er naturgemäß weniger interessante Aufgaben zugewiesen bekommt und strengere Aufsicht hinnehmen muß.

Die Ursache für diese Unlust sei also nicht in den Arbeitsbedingungen zu suchen, so Frau Noelle-Neumann, sondern in den Schulbüchern und den Medien. Und zwar auch nicht an der Freizeitgestaltung an sich; in anderen Ländern wird auch viel ferngesehen. „Es muß am Programminhalt liegen." Der allgemeine Trend zu Arbeit und Leistung habe sich umzukehren begonnen in den Jahren, als die Fernsehdichte in der Bundesrepublik Deutschland auf 40 bis 50 Prozent stieg. Bei Gruppen von Menschen, die etwa die gleiche Einstellung zu Arbeit, Leistung, Zuver*sicht hatten, habe man festgestellt*, daß bei denjenigen, die sich Fernsehgeräte anschafften, die Stimmung deutlich absank, bei den anderen jedoch nicht. Bei Befragungen zeige es sich immer wieder, daß die meisten zwar für sich selber vernünftige Standpunkte in Anspruch nehmen, aber zugleich überzeugt sind, daß die Mehrheit anders, negativ, denkt.

Woher aber dann die immer noch große deutsche Tüchtigkeit, der Erfolg des deutschen Exports? Wieder einmal liegt die Erklärung in der von Frau Noelle-Neumann entdeckten Schweigespirale: Noch sind die Menschen nicht so negativ, wie sie sich geben. Aber der Einfluß einer herrschenden öffentlichen Meinung (etwa: daß nur der Dumme oder Charakterlose sich „anpaßt") sorgt dafür, daß nach zwei, drei Generationen dieser Wertewandel dann tatsächlich wirken und eine schlechtere Arbeitsmoral hervorbringen kann, wenn man nichts dagegen unternimmt in der Hoffnung auf einen „Pendelschlag". Die Professoren Hartmut Schiedermair (Köln) und Hans-Hugo Klein (Bundesverfassungsrichter) wiesen freilich darauf hin, daß „Nullbock nicht mehr ‚in' ist" und die Studenten eifriger und freudiger arbeiteten als früher.

Aus der praktischen Erfahrung mit den Arbeitnehmern nach Einrichtung von Computersystemen berichteten Willi Uszko (Hamburg-Mannheimer Versicherung), Günther Gruppe *(SEL) und Professor Heinz-Gerhard* Franck (Rütgerswerke AG) über Erfolge bei der Umschulung und großes Interesse bei den Arbeitnehmern selber; vor allem die jungen Leute könne man nicht früh genug an den Computer lassen. Uszko merkte an, daß wahrscheinlich die Abschaffung der Galeeren und ihrer Sklaven durch die Dampfschiffahrt auf Protest gestoßen wäre, hätte es damals eine Ruderergewerkschaft gegeben. Prompt meldete die Ruderergewerkschaft sich zu Worte in Gestalt des früheren Saar-Wirtschaftsministers Klumpp (FDP) mit der Befürchtung, daß die weniger Intelligenten schließlich nichts mehr zu tun bekämen, und der Frage, ob man nicht mit der Einführung neuer Techniken eher zögern und lieber, statt automatische Bankschalter einzurichten, am Samstag arbeiten sollte. Die Heiterkeit war groß; welche weniger Intelligenten können samstags am Bankschalter arbeiten, aber keine Computer bedienen?

Die Bilanz der Referenten aus der Wirtschaft und des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, lautete im übrigen, daß die neuen Technologien im Büro kaum zu Arbeitsplatzverlusten geführt haben, daß Programmfachkräfte teilweise verzweifelt gesucht werden und daß die Arbeit als insgesamt interessanter, übersichtlicher empfunden werde. Franke hob hervor, daß die Grundlagen für die neue Qualifikation in der Schule gelegt werden *müßten; ironischen Beifall erntete* seine Forderung, daß die Lehrer eben deshalb nicht mehr Kulturpessimismus und Konflikttheorien, sondern Konsens vertreten müßten.

ENNO v. LOEWENSTERN

Der Schriftsteller Werner Helwig wird 80 Jahre alt

Vagabund neben der Zeit

Heute feiert der in Genf lebende Autor zahlreicher Romane, Erzählungen, Essays und kritischer Beiträge zur Literaturszene Werner Helwig seinen 80. Geburtstag. Es ist ein außergewöhnliches Jubiläum und ein singulärer Fall geistiger Aktivität. Werner Helwig hatte sich bereits in den dreißiger Jahren in seinem Schweizer Exil auf die Endrunde der Naziherrschaft vorbereitet. Er ist aus diesem Exil nicht wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Seine Devise, die durchzuhalten ihn seine Frau Yvonne, eine sensible, kultivierte Romanin, wieder und wieder bestärkte, hieß kurz und klar: Kompromißlos, konsequent, unbestechlich. Helwig war zum Widerstand entschlossen.

Als Hitler nach der Machtübernahme die deutsche Jugendbewegung zerschlug und auch die klügsten Köpfe des Nerother Bundes, dem der Autor angehörte, liquidieren ließ, entschloß sich der junge, von einem nachbürgerlichen Zeitalter träumende Idealist zur unbefristeten Emigration. Nach jahrelangem, zermürbendem Papierkrieg wurde er endlich Schweizer und in die Eidgenossenschaft integriert. Er setzte sich durch und fand bald auch Anerkennung als Schreibender.

Das Gesamtwerk umfaßt heute 80 Titel, darunter mitreißende Reisebücher in einer souverän gehandhabten Sprache wie das mich immer wieder bewegende „Isländische Kajütenbuch", das seit seinem ersten Erscheinen 1950 nichts von seiner Faszination eingebüßt hat. Die Neuauflage von 1983 beweist, daß Bücher auch Jahrzehnte überleben können, wenn ihre Sprache jung bleibt. Helwigs Werk ist ein Kompendium geistiger Sinnsuche in einer oft als apokalyptisch erlittenen Zeit.

Es war ihm zuwider, sich in Szene zu setzen, sich lautstark zu Wort zu melden und überall dabei zu sein, wo Preise, Titel und Ehrungen vergeben wurden. So blieb er sich selbst treu. Mit solchen Eigenschaften ausgestattet, konnten dem Sinnsucher so überzeugende Künstler-Porträts gelingen wie das von Giorgio de Chirico, von Salvador Dali und dem malenden Zöllner Henri Rousseau, dem der Autor wesensverwandt ist.

In seinen stürmischen Jugendjahren war Helwig der „blauen Blume des Wandervogels" verschworen, schrieb er den großen Roman „Raubfischer in Hellas". In seinem Spätwerk machte er sich Picassos Lebens- und Arbeitsmotto zu eigen: „Ich suche nicht, ich finde". In Salvador Dali erkannte der vielseitige Autor den Gegenpol zur Naivität Rousseaus. Der Capri-Kenner Helwig entlarvte Dalis hypertrophe Visionen in seinem die Kunstgeschichte revolutionierenden Essay „Mystifikation der Impotenz" (1973). Mit dem Erinnerungsbuch „Capri – magische Insel" schuf der im mediterranen Raum heimisch gewordene Erzähler das Gegenbild zu Dali in der Gestalt des Hymnikers Theodor Däubler. Dieser heute vergessene Magier des Gedichts war in den dreißiger Jahren, „in denen für mich noch Welt passierte", einer der vielen Gesprächspartner der Familie Helwig. Hier, in diesem capresischen Idyll, betreten wir ureigenes Helwig-Land.



Seine Sprache blieb jung: Der Schriftsteller Werner Helwig FOTO: HORST TAPPE

Aber niemand hat uns den gewaltigen und zerstörerischen Zauber des eisigen Nordens sprachlich so dicht und farbig nahegebracht wie eben dieser ganz dem Mittelmeerischen verhaftete „Vagabund jenseits der Zeit". Der geographische Bogen, der sein Leben überspannt, schließt auch die ergreifende „Totenklage" (1984) für die verstorbene Frau und Muse Yvonne ein. Ich möchte dem Dichter und Wanderer zwischen beiden Welten danken. Es ist ihm gelungen, die realistische und magische Komponente der Literatur eng miteinander zu verknüpfen. Die letzten Sätze seines Essays „Die Geheimnisse eines Zöllners" erhellen auch Helwigs eigenes Geheimnis: „Was aber allen Betrachtern gleichermaßen aufgehen muß angesichts seines umfänglichen Gesamtwerkes, ist die Gleichmäßigkeit seiner Anstrengung. Ihr verdankt er seine Siege. Keiner kann sie ihm nehmen."

PETER JOKOSTRA

Utrecht: Erste Wiederaufführung der in Amerika entdeckten Bach-Choräle

Wie aus mitteldeutschen Dorfkirchen

Mit geistigem Eigentum war man zur Bachzeit noch nicht so pingelig. Organisten schrieben voneinander ab, und wo der eine einen Kirchenjahrszyklus nicht zu Ende gebracht hatte, komponierte der andere weiter: so offenbar der junge Kirchenmusiker Johann Sebastian Bach in Arnstadt eine Reihe Choralvorspielen seines älteren Vetters und Schwiegervaters Johann Michael Bach. Damit entstand ein liturgisch vollständiges „Arnstädter Orgelbuch", von dem sich dank dem Kopiertrieb der Organisten eine Abschrift erhielt; diese gelangte über den Darmstädter Organisten Christian Heinrich Rinck und den Bach-Sammler Lowell Mason 1874 in die Bibliothek der Yale-Universität.

Zwar hat Gerhard Herz in seiner 1982 beendeten Studie über „Bach-Quellen in Amerika" auf die Rinck-Sammlung in Yale hingewiesen und daß sie wohl noch mancherlei Unentdecktes berge: Diese Schrift wurde unlängst als Mitgliedsgabe der Neuen Bach-Gesellschaft verteilt. Doch es reicht nicht, von der Existenz einer Quelle zu wissen – man muß sie auch ausschöpfen. Unabhängig voneinander gelangten dazu der Landauer Organist und Musikforscher Wilhelm Krumbach, der eine Sammlung von ca. 200 000 Musiktiteln sein eigen nennt und sich auf die Groß- und Kleinmeister der Bach-Zeit spezialisiert hat, und der Bach-Spezialist Christoph Wolff von der Harvard-Universität, der diesen Fund kürzlich auf einer Pressekonferenz präsentierte (vergl. WELT vom 22. 12. 1984).

Krumbach hatte die neuentdeckten Choralvorspiele, als deren Autor Bach nun zweifellos feststeht (und es gibt noch ca. 60 andere, bei denen dies nur vermutet werden kann), den verschiedensten Rundfunkanstalten und Plattenfirmen in der Bundesrepublik angeboten, ohne dabei mehr zu finden als Desinteresse und Zweifel. So kam es, daß die erste Wiederaufführung dieses „Arnstädter Orgelbuchs" in dem musikalisch immer wieder so unternehmungslustigen Holland stattfand, wo eine rührige Bach-Vereinigung dabei ist, sich zur niederländischen Sektion der Neuen Bach-Gesellschaft zu etablieren: in der Utrechter Jacobikirche, deren ins 16. Jahrhundert zurückgehende, immer wieder umgebaute Orgel sich fast wie Bachs Arnstädter Orgel registrieren läßt. Die erste Rundfunkaufnahme wird es in der Schweiz geben. Fast wäre es noch zu Konflikten mit der Yale-Bibliothek gekommen, die nach geklärter Echtheit Wilhelm Krumbach die Utrechter Premiere nur kompromißweise als einmalige Ausnahme gestattete.

Brechend voll vor allem an jungem Publikum war die Jacobikirche an diesen beiden Abenden. Das Hörergebnis läßt an der Echtheit dieser Bach-Funde auch in stilistischer Hinsicht keinen Zweifel. Die Stücke weisen voraus auf Bachs „Orgelbüchlein" der Weimarer Zeit: Sie haben dieselbe kontrapunktische Dichte, ökonomische Eleganz und Schlankheit des Satzes, der zumeist „monothematisch" unter einer einzigen, einheitlichen Idee steht. Sie kennen die zierliche Raffinesse einer wie im Vorbeigehen hochchromatischen Harmonik, aus deren Dominantschlüssen für unser Ohr jene „persönliche" Ansprache entsteht, die uns in Bachs Musik Geborgenheit erleben läßt.

Wohlgemerkt dringt Bach hier noch nicht zu jenen grandiosen Quintfallketten und -bögen vor, deren Möglichkeit erst später mit der Einführung der gleichschwebenden Temperatur verknüpft sein sollte. Diese Stücke sind überhaupt mehr nach innen gekehrt; sie atmen, richtig registriert, die heimelige Atmosphäre mitteldeutscher Dorfkirchen, in denen ja bis heute manches Silbermannsche Wunderwerk klingt und in deren Musikpflege sich naiver Glaube mit künstlerischem Anspruch ganz selbstverständlich vertrug.

Bachs Raffinesse besteht hier eher darin, daß er die einzelnen Akkorde durch wie immer angelegte Kombinationen zum Leuchten bringt und daß er dies innerhalb einer stachlig strengen kontrapunktischen Satzweise möglich werden läßt. Dazu dienen auch die Würzen modaler Skalen wie etwa in dem Orgelbüchlein-Choral „Christus, der uns selig macht" und neben diesem wachen harmonischen Sinn eine phantastische melodische Erfindung von „Kontrasubjekten" unter tonmalerischem Aspekt; man denke hier an „Wachet auf, ruft uns die Stimme". Die „obligate" Behandlung des Pedals versteht sich von selbst, und in der geschmeidigen Entwicklung von Stimmen und Gegenstimmen deutet sich an, was aus diesem Komponisten späterhin werden sollte. Dieses Jugendwerk mag u. a. aus Bachscher Familientradition erwachsen sein – der junge Komponist Johann Sebastian hat hier aber schon sein gewichtiges Wort gesprochen.

DETLEF GOJOWY

JOURNAL

Sultan von Brunei stiftet Hemingway-Preis

AFP, Paris

Ein neuer Literaturpreis, der mit 50 000 Dollar dotierte „Ritz-Paris-Hemingway-Award", ist in Paris zum ersten Mal ausgeschrieben worden. Die neue Literaturauszeichnung wurde in dem Pariser *Luxushotel Ritz in Gegenwart zahl*reicher namhafter Schriftsteller feierlich vorgestellt. Ernest Hemingway war bei seinen zahlreichen Aufenthalten in Paris regelmäßig im Ritz abgestiegen. Der Preis wurde vom Sultan von Brunei, Hassanal Bolkiah, gestiftet. Die internationale Jury unter dem Vorsitz des Schriftstellers Pierre Salinger wird am 29. März den Gewinner des Hemingway-Literaturpreises vorstellen. Ausgewählt wird er aus allen in Englisch geschriebenen oder ins Englische übersetzten Romanen, die „die Tradition Hemingways am besten widerspiegeln".

Max Bill Vorsitzender des Vereins Bauhaus-Archiv

dpa, Berlin

Der Schweizer Maler, Bildhauer und Architekt Prof. Max Bill ist in Berlin zum neuen Vorsitzenden des Vereins Bauhaus-Archiv gewählt worden. Die Mitgliederversammlung traf ihre Wahl einstimmig. Bill tritt die Nachfolge des Industriellen Philip Rosenthal an, der Anfang Dezember aus Protest gegen die Wahl von Peter Hahn zum neuen Leiter des Bauhaus-Archivs zurückgetreten war. Der 1908 in Winterthur geborene Bill studierte Ende der zwanziger Jahre am Bauhaus in Dessau. 1953 bis 1955 baute er die Ulmer Hochschule für Gestaltung, deren Rektor er von 1951 bis *1956* war.

Intendant Barfuß löst Vertrag vorzeitig

dpa, Düsseldorf

Der Generalintendant der Deutschen Oper am Rhein, Grischa Barfuß (67), wird bereits zum Ende der kommenden Spielzeit aus seinem Amt scheiden. Nach Auskunft der Dramaturgie der von den Städten Düsseldorf und Duisburg getragenen Oper erklärte er, er könne „den bis zum 31. Juli 1987 geschlossenen Vertrag zu seinem Bedauern nicht aufrechterhalten". Er werde ihn vorzeitig ein Jahr früher als vorgesehen beenden. Nachfolger von Barfuß soll der zurückgetretene Chef der Hamburger Staatsoper, der 52jährige Kurt Horres, werden. Wie aus informierten Kreisen verlautete, wird über seine Berufung der für den 22. Januar einberufene Verwaltungsrat entscheiden.

Schwerpunkt Musik bei der Kieler Woche

dpa, Kiel

Die Kieler Woche vom 22. bis zum 30. Juni steht im Zeichen der Musik. Unter dem Motto „Musik – Brücke zwischen den Völkern" soll „ganz Kiel zum Klingen" gebracht werden, wurde am Freitag mitgeteilt. Auf dem Kieler-Woche-Kongreß zum Thema „Musikalische Begabungen finden und fördern – Erfahrungen in den Ländern des Ostseeraums" erörtern Pädagogen Begabtenförderung und Musikerziehung. Das Treffen wird mit einem Konzert von Preisträgern des Wettbewerbs „Jugend musiziert" eröffnet. Zum ersten Nordischen Kammerorchester-Wettbewerb sind unter anderem Ensembles aus Kopenhagen, Oslo, Tallin und Stockholm eingeladen.

Die Vertreibung des Geistigen

dpa, Wien

Mit einer in Wien eröffneten Ausstellung werden namhafte österreichische Künstler geehrt, die von den *Nationalsozialisten vertrieben* worden waren und von denen viele nach der Befreiung nicht nach Österreich zurückkehrten. Die bis zum 4. Februar dauernde Ausstellung hat den Titel „Die Vertreibung des Geistigen aus Österreich". Mit rund 1500 Exponaten einschließlich Biographien wird das Schicksal von Malern, Musikern, Schriftstellern und Schauspielern nachgezeichnet, darunter Elias Canetti, Oscar Straus, Ödön von Horvath, Maria Jeritza, Fritz Lang, Friedrich Torberg und Albert Paris Gütersloh.

Wladimir Poliakoff †

SAD, Paris

Wladimir Poliakoff, Bruder des russischen Malers Serge Poliakoff und Doyen der Zigeuner-Tänzer und -sänger, ist im Alter von 98 Jahren in einem Altersheim bei Paris gestorben. Wladimir Poliakoff kam vor 65 Jahren mit seiner Familie nach Frankreich, nachdem er zu Beginn des Jahrhunderts in Moskau als Sänger und Tänzer Karriere gemacht hatte. Auch in Frankreich trat er bis ins hohe Alter als Sänger und Tänzer einer Zigeunertruppe auf. Erst im vergangenen November wurde er mit dem „Internationalen Preis der neun Musen", einem Preis zur Unterstützung der Zigeunerkultur, ausgezeichnet.

Blitzschnell, heimtückisch, tödlich: Nebel

H. PANZRAM/DW. Frankfurt

Die seit Jahren schwersten Verkehrskatastrophen im Rheinland, bei denen am Freitag nachmittag auf der Autobahn A 61 südwestlich von Köln elf und auf dem Autobahnring Neuss zwei Menschen ums Leben gekommen und insgesamt 61 Menschen zum Teil schwer verletzt worden waren, sind durch innerhalb weniger Minuten auftretende vier Meter hohe Nebelbänke ausgelöst worden. Auch gestern legte sich vor allem bei Weilerswist immer wieder Nebel über die Straßen, ließ Sichtweiten von kaum 50 Metern zu und hüllte die spärlichen Spuren der inzwischen geräumten Unfallstellen in diffuses Licht. Nur noch zerbeulte Leitplanken, dunkle Reifenabdrücke im Schnee und zerwühlte Äcker, glitzernde Scherben und vergessene Blechteile auf den Randstreifen erinnerten daran, daß hier zwei Tage zuvor Menschen gestorben sind.

Nebel, eines der unterschätztesten Naturereignisse, entsteht durch Abkühlung der Luft bis zu ihrer Sättigung mit Wasserdampf, also bei hundert Prozent Luftfeuchte. Dann bilden sich kleinste Tröpfchen mit einem Durchmesser von einem zehntel Millimeter, zehntausend davon gehen in einen Fingerhut. Diese winzigen Tröpfchen fordern bei uns mehr Tote und Verletzte pro Jahr als alle Gewitter zusammen. Dieser Sättigungsgrad wird um so früher erreicht, je kälter die Luft ist. Da der stärkste Temperaturrückgang im Winter an Abenden unmittelbar über dem Erdboden einsetzt, bilden sich dort auch meist bei klarem Himmel die ersten Bodennebel. Die Meteorologen nennen das Strahlungsnebel, weil die (Kälte-) Ausstrahlung des Bodens die Ursache ist. Gefördert wird diese Art der Nebelbildung durch eine geschlossene Schneedecke; sie fördert die Ausstrahlungskälte. Es gibt auch noch den Mischungsnebel, wenn Luftmassen unterschiedlicher Temperatur und Feuchte aufeinandertreffen und sich mischen. Zum dritten kann es zu Advektionsnebeln kommen. Advektion ist die horizontale Verlagerung von Luftmassen. Einfacher ausgedrückt: Dann treibt eine leichte Brise irgendwo anders entstandenen Nebel über die Fahrbahn, wie das wahrscheinlich bei der Massenkarambolage der Fall war.

Nebel hat die unangenehme Eigenschaft, in seiner Dichte überraschend schnell zu wechseln. Die Bodennebel hängen nicht nur von der Wetterlage ab, sondern auch von dem Untergrund und damit dem Feuchtigkeitsangebot, über dem sie sich bilden. Da der Untergrund manchmal auf kürzerer Entfernung stark wechselt, kann sich auch die Nebeldichte sehr plötzlich ändern. Wer leichten Nebel mit überhöhtem Tempo durchfährt, findet sich daher unter Umständen unversehens in einer dichten „Wolke", die ihm keinen Überblick mehr ermöglicht.







Bundeskanzler Kohl und Frau Marianne gehörten zu den letzten Gästen. Gelassen in die Zukunft blickend: das Ehepaar Diepgen. Im Gespräch: Oppositionsführer Vogel, Ministerpräsident Rau und der Intendanten-Kandidat Nowottny. FOTOS: HOLSCHNEIDER/MACHOWIAK/AP

Der Kanzler bewies seine Steherqualitäten

DIETER DOSE, Berlin

Als der erste Mann des Staates Ehefrau Marianne (geblümtes, hochgeschlossenes Kleid) zum ersten Tanz bat, herrschte auf der Tanzfläche des Berliner Congress-Centrums schon beängstigendes Gedränge. Bundespräsident Richard von Weizsäcker führte die zahlreich erschienene Bonner Prominenz beim Berliner Presse- und Funkball (Motto: „Kain und Kabel") an. Unter 47 000 Glaskugeln, 13 000 ligurischen Rosen, Ginster, Schleierkraut und weißem Flieder vergnügten sich 3000 Ballgäste bis in den frühen Morgen.

„Frohes neues Jahr" hieß zwischen Ballsaal und Bierbar der meist entbotene Gruß. Viele der Ballbesucher begegneten sich zum erstenmal seit dem Jahreswechsel. Der Smoking dominierte, die Fracks blieben in der Minderzahl. Das weiße Smokinghemd hat den farbigen den Rang abgelaufen. Glanzvolle Roben der Damen setzten der rauschenden Ballnacht Glanzlichter auf. Eine riesige Modenschau – alles was „in" ist, war präsent. Schlichte wie glitzernde Kreationen. Viele Pailettenkleider, hauteng und geschlitzt.

„Steherqualitäten" bewiesen die Bonner Politiker. Allen voran Bundeskanzler Helmut Kohl und Ehefrau Hannelore (blauschimmerndes kurzes Abendkleid). Quizmaster Hans Rosenthal war einer der letzten Plausch-Partner. Oppositionschef Hans-Jochen Vogel und der Berliner SPD-Spitzenkandidat für die Wahlen am 10. März, Hans Apel, gehörten zu den fleißigsten Tänzern. Außenminister Hans-Dietrich Genscher hielt es lange am Stehbiertisch aus. Dort lotste ihn NRW-Ministerpräsident Johannes Rau zu einem Gespräch unter vier Augen weg. Ballgeflüster über sein Zusammentreffen mit dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker . . .

Wahlen stehen in Berlin vor der Tür – klar, daß viele Gespräche um die Politik gingen. Und während die fröhliche Runde an der Champagner-Bar (das Glas zu 11,60 Mark) der Berliner FDP keine Chance mehr gab, strahlte Berlins Umweltsenator Horst Vetter (FDP) am Biertresen Optimismus aus.

Um Genf und die neue Verhandlungsrunde ging es beim Wein zwischen Bundespräsident von Weizsäcker und dem Berliner SPD-Politiker Harry Ristock.

„Vier kleine Gewinne und 16 Nieten", berichtete der Bundespräsident über sein „Erfolgserlebnis" bei der Super-Tombola mit Gewinnen im Wert von 750 000 Mark. Kein Hauptgewinn für einen Prominenten. Verteidigungsminister Wörner, im vergangenen Jahr durch die Kießling-Affäre am Presseballbesuch verhindert, gewann eine Autodecke, Berlins erster Mann, Parlamentspräsident Peter Rebsch, einen Kaffeeautomaten, Filmproduzent „Atze" Brauner verließ die Ballnacht mit Lexika unter dem Arm.



3000 Gäste bewegten sich im Tanz. Mehr als 1000 wurden abgewiesen. Für '86 ist alles ausverkauft. FOTO: STARK-OTTO

Frankreich und Italien bekommen den Winter '85 nicht in den Griff. In beiden Ländern regt sich Kritik an der Obrigkeit

In Paris regiert die Selbstkritik

GRAF KAGENECK, Paris

Bis zum Sonntag waren in Frankreich 106 Menschen Opfer der außergewöhnlichen Kältewelle geworden, die Westeuropa seit Jahresbeginn heimsucht. Die Zahl erschreckt. Wie ist so etwas möglich, fragen Kommentatoren. Sind wir weniger widerstandsfähig als andere Europäer? Sorgt der Staat nicht genügend vor? Nimmt die Armut, von der plötzlich wieder die Rede ist, bei uns einen größeren Umfang an als anderswo? Man schämt sich ein bißchen und schwankt in seinem Glauben, daß Frankreich ein modernes, auf alle Launen der Natur vorbereitetes Land sei.

Frankreich ist gewiß mehr von der Kältewelle überrascht worden als traditionell vom Winter heimgesuchte Länder. Seit 1956, als die Seine in Paris zugefroren war, hat es solche Minus-Grade nicht mehr gegeben. Man hatte sich an eine Serie außerordentlich milder Winter gewöhnt, in denen es, wenn überhaupt, erst spät im Jahr ein wenig schneite und das Thermometer selten unter Null fiel.

Nun aber, bei minus 10, 15 oder gar 25 Grad wie im Jura, dreht alles durch. Wettermeldungen beherrschen die Nachrichtensendungen, und sie werden nicht im kühlen News-Ton, sondern mit dem jagenden Akzent von Katastrophenmeldungen vorgetragen. Wenn eine Autobahn vereist, eine Nationalstraße zugeschneit ist, glaubt man, aus dem Radio Meldungen über eine bevorstehende Invasion zu vernehmen.

Und fast jeden Tag gibt es Tote. Die meisten von ihnen sind Clochards, deren es allein in Paris etwa 3000 gibt. Viele von ihnen weigern sich, die Asyle der Heilsarmee oder der Stadtverwaltung aufzusuchen und ziehen die uneingeschränkte Freiheit auf dem Metro-Rost oder der Parkbank vor. Einige wollen scheinbar sterben, betrinken sich mit Rotwein und warten im Vollrausch auf Gevatter Tod.

Aber auch Kranke und Greise werden, meist auf dem Weg zum Einkauf, wenn sie auf glattem Trottoir hinstürzen, Opfer des beißenden Frostes. Viele von ihnen sterben, einsam oft, in zuwenig geheizten Wohnungen oder ersticken, wenn ein Ofen undicht, eine Gasleitung in der Kälte brüchig geworden ist. Am Freitag morgen fand man so eine sechsköpfige Familie in ihrem Dach-Domizil im 20. Arrondissement.

Um den vielen, die in diesem Winter in Paris kein Dach über dem Kopf haben, das Überleben zu ermöglichen, hat die Verwaltung die 375 Metro-Stationen auch nachts offengelassen. 18 Grad plus herrschen immerhin dort unten.

In Rom herrscht die kalte Wut

KLAUS RÜHLE, Rom

Das Wochenende geht in die italienische Geschichte als das kälteste ein, das die Apenninenhalbinsel seit 100 Jahren erlebt hat: 27 Grad unter Null in Parma, 22 Minusgrade in Florenz, 11 in Rom. Und nichts deutet darauf hin, daß die Lage sich bald wesentlich bessert. Im Gegenteil, zieht doch schon aus Rußland die nächste Kältewelle heran. Im Süden Italiens stellen anhaltende Schneefälle und Tieftemperaturen die Bevölkerung vor schwierige Probleme. In Kampanien und Calabrien sind Dörfer weiterhin von der Außenwelt abgeschnitten. Die Baracken und Notwohnungen, in denen immer noch Hunderte von Familien nach dem letzten Erdbeben untergebracht sind, bieten kaum Schutz gegen Kälte und Schnee. Eine große Zahl der für Süditalien so typischen Schafherden geht an Futtermangel zugrunde, und Rudel von ausgehungerten Wölfen und Wildhunden bedrohen den Viehbestand. Der Straßen- und Eisenbahnverkehr in Süd- und Inselitalien leidet seit einer Woche unter den Folgen des harten Winters. Tag für Tag werden in den Medien „Frontberichte" vom Kampf gegen General Winter gemeldet.

Böse sieht es auch in Ligurien und vor allem an der sogenannten Blumenküste aus. An der für ihr mildes Klima bekannten Riviera haben Eis und Schnee schwere Schäden an den Obst- und Blumenkulturen angerichtet. Sie werden auf mindestens 250 Millionen Mark geschätzt. Fast 90 Prozent aller nicht überdachten Blumenfelder für Rosen, Nelken, Veilchen und Margeriten sind vernichtet.

Ein Kapitel für sich bildet die Situation in der Landeshauptstadt. Zwar ist der Verkehr im Stadtgebiet wieder etwas flüssiger geworden, aber noch immer sind die römischen Krankenhäuser von Opfern der ungewohnten Verhältnisse überfüllt. Es hagelt Strafmandate gegen säumige Hausbesitzer, die die Bürgersteige nicht reinigen.

Die Attacke von General Winter hat dazu geführt, daß über die Hälfte der Arbeitnehmer zu Hause geblieben ist. Wegen der hohen Abwesenheitsquote in den Ministerien und öffentlichen Dienststellen sind Disziplinarstrafen gegen alle die verhängt worden, die aus meteorologischen Gründen blau gemacht haben. Das gilt insbesondere für Lehrer, die sich angesichts zu kalter Schulen schlicht „abgemeldet" haben. Schon wird der Linksregierung Roms angesichts der Teuerungen und Versorgungs-Engpässe Unfähigkeit vorgeworfen.

Chronologie eines makabren Witzes

DW. Bahrein

Als Fehlalarm haben sich Meldungen über den Absturz eines Verkehrsflugzeugs mit angeblich 197 *Menschen an Bord erwiesen.* Das meldete gestern mittag um 13.05 Uhr die französische Nachrichtenagentur AFP. Am Samstag hatte sich hartnäckig das Gerücht gehalten, ein Flugzeug, möglicherweise eine Lufthansa-Maschine, sei vor der iranischen *Küste niedergegangen.* Als erste Agentur schreckte um 18.39 Uhr AP die Redaktion auf. In der Kurzmeldung hieß es: „Ein Verkehrsflugzeug ist am Samstag in den Persischen Golf abgestürzt. Dabei sollen nach israelischen Angaben 135 Insassen ums Leben gekommen sein. 62 hätten gerettet werden können."

Um 18.47 Uhr scheint sich die Meldung zu bestätigen. Der Abhördienst des israelischen Rundfunks habe Angaben des Kontrollturms des Flughafens von Kuwait aufgefangen, denenzufolge an Bord des verunglückten Flugzeugs 197 Menschen gewesen seien, meldet AP. Schon neun Minuten später, um 18.56 Uhr, gab es jedoch erste Zweifel. Um 19.10 Uhr erklärte ein Sprecher der Lufthansa in Frankfurt, es gebe keine Hinweise darauf, *daß ein Flugzeug der Lufthansa* verunglückt sei. Alle Lufthansa-Maschinen vom Typ Boeing 707 befänden sich zur Zeit am Boden. Gleichwohl bestätigte AP um 19.36 Uhr den Absturz. Nur war jetzt von einem „Flugzeug unbekannter Herkunft" die Rede. „Sehr wahrscheinlich" hätten einige Insassen überlebt. Um 20.47 Uhr erschien das erste Dementi. Unter „Vorrang, Achtung Redaktionen" hieß es: „Bitte verwenden Sie die Meldung über den Flugzeugabsturz im Persischen Golf vorerst *nicht mehr.*" *Vom Kontroll*turm in Kuwait sei inzwischen mitgeteilt worden, es hätten sich Zweifel bezüglich des aufgefangenen Notsignals ergeben.

Um 22.14 Uhr verbreitet Reuter aus Kuwait folgende Meldung: „Für einen Absturz einer Verkehrsmaschine am Samstag . . . gibt es nach den Worten des Leiters der Flugsicherung in Kuwait nach intensiver Überprüfung keine Hinweise, obwohl Fluglotsen in Kuwait und Muscat von einem Funkspruch berichtet hatten, nach dem 62 von 197 Personen an Bord eines nicht identifizierten Flugzeugs einen Absturz über dem Golf überlebt hätten. Eine Minute später präzisiert Reuter unter Berufung auf die kuwaitische Nachrichtenagentur Kuna, der Notruf sei möglicherweise von einem tragbaren Funkgerät aus und nicht von einem in Not geratenen Flugzeug gesendet worden.

Aus Tel Aviv sorgte dann der israelische Funker Micky Gurdus für neue Unruhe, als er berichtete, er habe den Notruf eines Passagiers eines Flugzeugs vom Typ Boeing 707 aufgefangen, das nahe der iranischen Küste abgestürzt sei. Der Mann habe gebrochen englisch gesprochen und den Kontrollturm in Aden angerufen.

Wenig später konkretisieren sich aber die Zweifel. Reuter spricht zum erstenmal von einem „offensichtlich falschen Notruf". Es bestehe kaum mehr Zweifel, daß es sich um einen schlechten Witz gehandelt habe.

Und bei dieser Version ist es seither geblieben.

Romeo-und-Julia-Tragödie

AP, Los Angeles

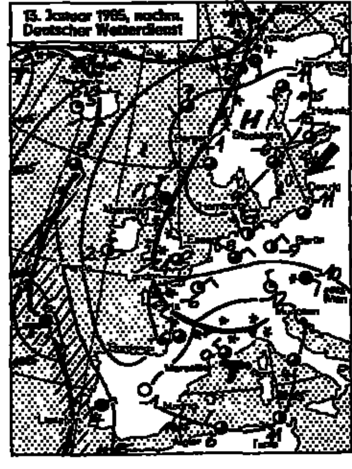
Die amerikanischen Behörden haben am Wochenende die Frau identifiziert, deren Leiche am Montag in einem Koffer auf dem Flughafen von Los Angeles gefunden worden war. Dabei handelte es sich um die frischverheiratete 20jährige Iranerin Katau Safaie, die von ihrem Mann, dem 31jährigen Iraner Machmud Ayasi, in dem Koffer in die USA eingeschmuggelt werden sollte. Ayasi, der dort seit fünf Jahren studiert, beging am Donnerstag Selbstmord, nachdem er vom Tod seiner Frau erfahren hatte.

ZU GUTER LETZT

Eine Jugendwerkstatt gehört nicht neben ein Bordell, meinte ein Wiesbadener Bordellbesitzer und zog für seine Überzeugung sogar vor Gericht. Die Folge: Die Jugendwerkstatt wird weichen. Das meldete dpa.

WETTER: Kalt

Wetterlage: Zwischen einem kräftigen Hoch über Skandinavien und einem Tief über dem Mittelmeer fließt arktische Kaltluft von Nordosten her nach Deutschland.



Vorhersage für Montag:
Im gesamten Bundesgebiet und West-Berlin teils aufgelockerte, teils starke Bewölkung, aber nur gelegentlich leichter Schneefall. Tageshöchsttemperaturen um minus 7, in Süddeutschland um minus 10 bis minus 15 Grad. Mäßiger, in freien Lagen frischer Nordostwind.

Weitere Aussichten:
Leichte Frostabschwächung, sonst wenig Änderung.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	-9°	Kairo	20°
Bonn	-12°	Kopenh.	-9°
Dresden	-13°	Las Palmas	19°
Essen	-8°	London	-1°
Frankfurt	-10°	Madrid	-1°
Hamburg	-7°	Mailand	-5°
List/Sylt	-7°	Mallorca	8°
München	-12°	Moskau	-11°
Stuttgart	-11°	Nizza	2°
Algier	6°	Oslo	-13°
Amsterdam	-7°	Paris	-6°
Athen	12°	Prag	-12°
Barcelona	0°	Rom	4°
Brüssel	-10°	Stockholm	-6°
Budapest	-10°	Tel Aviv	22°
Bukarest	-12°	Tunis	11°
Helsinki	-15°	Wien	-10°
Istanbul	8°	Zürich	-8°

Sonnenaufgang* **am Dienstag:** 8.20 Uhr, Untergang: 16.43 Uhr; **Mondaufgang:** 2.20 Uhr, Untergang: 12.11 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Fahrzeug ohne Rückwärtsgang als Auto der Zukunft?

SIEGFRIED HELM, London

Margaret Thatchers Lieblings-Unternehmer Sir Clive Sinclair (44), der Welt erster Hersteller von Taschenrechnern, Billig-Digitaluhren und Taschenfernsehern, hat seine neueste Erfindung vorgestellt: ein umweltfreundliches, weil benzinfreies „Auto", das freilich keinen Rückwärtsgang besitzt, dafür aber billiger als jeder Konkurrent der Straße rollt. Sir Clive, der wie ein englischer David den japanischen Goliaths Computer verkauft, hat mit seiner Neuentwicklung „C 5" das Klassenziel zwar noch nicht erreicht, doch wagte er die Prognose: „Am Ende des Jahrhunderts wird der Benzinmotor nur noch im Museum vorkommen."

Der „C 5" ist eine Vorstufe auf der Suche nach dem Stein der Weisen in der rund hundertjährigen Geschichte des Automobils, wie die Londoner „Times" die Suche nach einem praktikablen Elektroauto nannte. Sir Clive werde als Wohltäter der *Menschheit gelten, wenn ihm der* Durchbruch gelinge. Der „C 5" ist buchstäblich eine Miniversion des Autos der Zukunft. Es rollt auf drei Rädern. Damit kann es jedermann ab 14 ohne Führerschein, Versicherung und Steuer fahren – auch ohne Sicherheitsgurte. Im Postversand ist es für 399 Pfund zu beziehen.

Für sportliche Fahrer ist dieses batteriegetriebene Elektroauto freilich nicht das richtige. Von flottem Überholen kann bei einer Spitzengeschwindigkeit von 24 Stundenkilometern keine Rede sein, dafür dürfte dieses „Buggie" das Traumauto der Grünen sein. So ein rechter Grüner findet sicher nichts dabei, in die Pedale zu treten, wenn der Motor, eine Weiterentwicklung italienischer Waschmaschinentechnologie, bei Steigungen gar zu schwachbrüstig wird, oder der Empfehlung der Hersteller zu folgen, bei abschüssiger Straße Batterie zu sparen, im Freilauf zu rollen. Denn dem Motor geht nach rund 32 Kilometern der Atem aus. Dann muß die Batterie erst wieder aufgeladen werden.

Der als Erfinder zum Ritter geschlagene Sinclair bezeichnete sein stromlinienförmiges Dreirad als „einen Kulturschock für den Autofahrer" und hofft auf einen Absatz von 150 000 Stück noch für '85. Schon im Juni wird das Hoover-Werk in Merthyr Tydfil eine Kapazität von 200 000 Stück erreichen.





Der Mann, der Margaret Thatcher gefällt: Sir Clive Sinclair bei der Vorstellung des benzinlosen Buggy – die Vorstufe zum Stein des Weisen? Autohersteller dürften noch keine Schlafstörungen bekommen. FOTO: AP

Junge Leute fanden das Auto bei der Vorstellung todschick. Zwar hat es den Nachteil, ein Einsitzer zu sein, so daß die Freundin ihr eigenes braucht, wenn sie nicht im Fahrrad hinterherhetzen will. Dafür hat das Buggie einen abschließbaren Kofferraum. Strenggenommen ist Sinclairs Auto ein batteriegetriebenes Pedalfahrzeug, das geschickt der gesetzlichen Lage angepaßt wurde. Es benötigt keine Zulassung. Man braucht also weder ein Nummernschild noch einen Sturzhelm.

Englands Automobilverband bemängelte, daß dieses „Auto" ohne Versicherung auf die Straßen losgelassen werden soll. Sir Clive wäre kein brillanter Geschäftsmann, wenn er sich dadurch ins Bockshorn jagen ließe. In Kooperation mit einer großen Versicherung bietet er eine Police für 80 Mark für Erwachsene und eine für 200 Mark für 14jährige an.

Interessenten soll nicht verschwiegen werden, daß dieses Fahrzeug 1600 Kilometer zum Gegenwert von 4,5 Liter Benzin schafft. Die Schlichtversion kommt sogar ohne Hupe aus. (SAD)